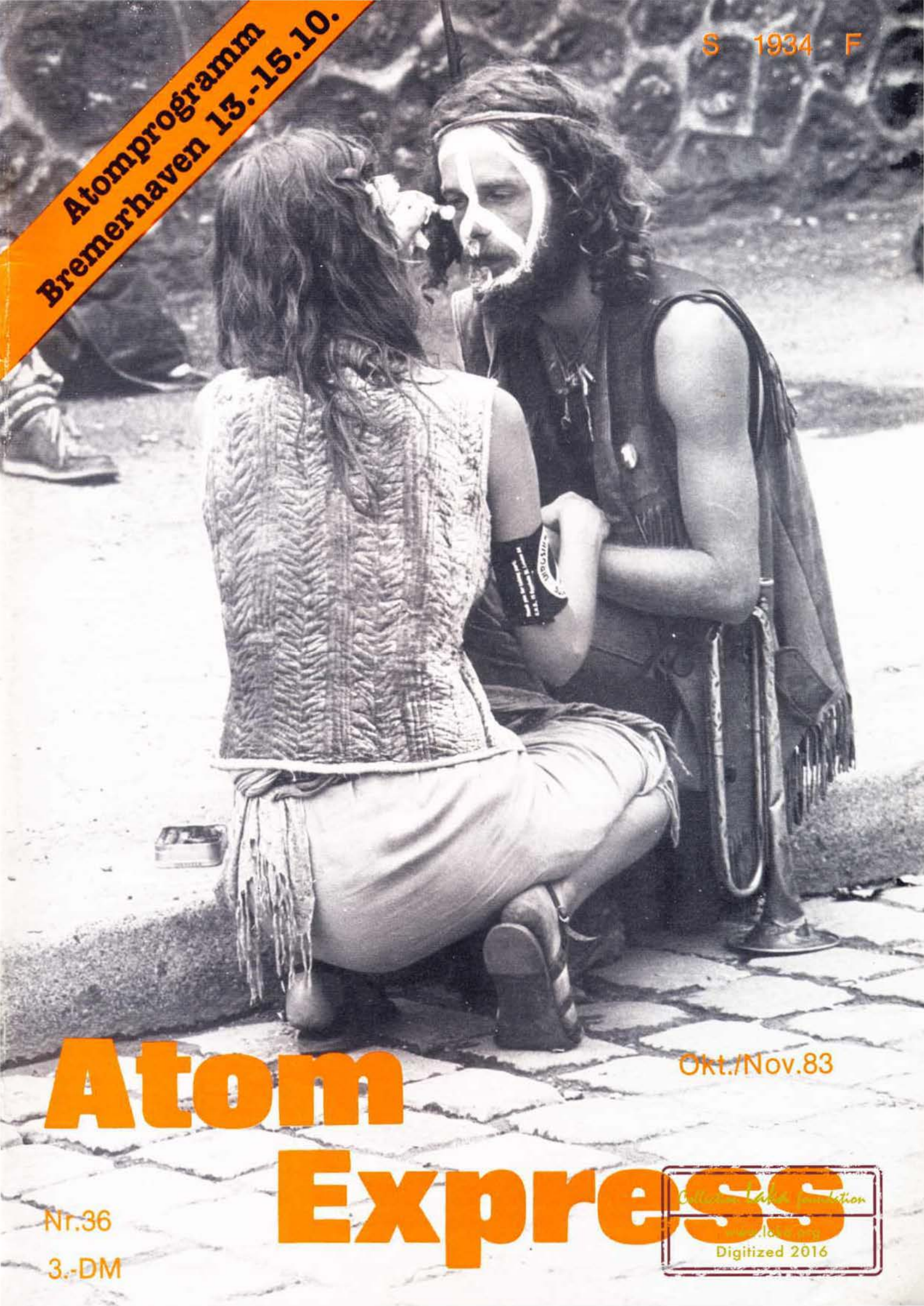


Atomprogramm Bremerhaven 13.-15.10.

S 1934 F

Atom Express

Okt./Nov.83

Nr.36

3.-DM

Collection Labor Foundation
www.iisg.nl
Digitized 2016

Schwandorf

Mit einer 14-stündigen Mahnwache in der Regensburger Innenstadt protestierten Gegner der WAA am 6. August gegen das anstehende Genehmigungsverfahren für den Bau der WAA.
Gleichzeitig erinnerten sie an den Bombenabwurf auf Hiroshima vor 38 Jahren und machten deutlich, daß Plutonium aus zivilen Wiederaufbereitungsanlagen ebenso für den Bau von Atombomben verwendet werden kann.

Foto: BIWAK/ Rita Lell

Neue Adresse:

Achtung...Achtung...Achtung...

Nachdem es lange Zeit für uns schlecht auf dem Immobilienmarkt aussah, haben wir jetzt doch einen erfolgreichen Abschluß tätigen können. Der Umzug ist über die Bühne gegangen, die Bücher stehen im Regal und die Einweihungsfete ist am Samstag (morgen, haha, d.S.), wenn der Atom Express zum Druck geht.

Neue Adresse:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
- Redaktion Atom Express -
Reinhäuser Landstr.24
Postfach 1945
34 GÖTTINGEN
Tel.0551/7700158 (alte Num.)

Ausstellung zur zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie

Im Rahmen der Ausstellung über Energiealternativen und politische Konsequenzen in Hamburg hat unsere Initiative einen Stand zum Zusammenhang zwischen der zivilen und militäriachen Atomenergienutzung aufgestellt.
Dieser Stand kann ab sofort auch anderen Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Möglicherweise wird sein Einsatz während der Aktivitäten zu den WAAs Schwandorf und Dragahn interessant. Nötig ist lediglich ein Tapetentisch und dahinter eine Wand oder Stellschilder.
Auf dem Tisch stehen Modelle verschiedener Atomanlagen, davor veranschaulichen kleine »Plutonium-Fässer« das Inventar bzw. den jährlichen Ausstoß an Plutonium. Veranschaulicht ist auch die Menge Plutonium, die für den Bau einer Bombe ausreicht.
An den Schildern hängen Darstellungen
- zum Brennstoffkreislauf und die Abzweigungen für die Bombenherstellung
- zur Giftigkeit des Plutoniums (auf dem Foto nicht zu sehen)
- zur Bombenherstellung und funktionsweise
- sowie ein ausführlicher Text über die Geschichte des militärischen und zivilen Atomprogramms.

Anfragen und Bestellungen des Ausstellungsstandes bitte an:
BBU-Hamburg
Bartelsstr.26
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/4398671

Bundesweite Koordination

Liebe Atomkraftgegner,

die bundesweite Atommüllkonferenz hat am 20.2.1983 in Karlstein (bei Hanau) beschlossen, daß wir vom Anti - Atom - Büro Diemelstadt die Koordination der Anti AKW BIs übernehmen. Hiermit wollten wir eine Anlaufstelle schaffen, die den BIs auf Bundesebene die Möglichkeit gibt, Informationen bundesweit zu streuen. Ein weiterer Punkt war es, den Informationsaustausch zwischen den Standort-BIs und damit den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung zu stärken. Gerade jetzt ist es nötiger denn je, in einer Gegenoffensive der CDUC-SUFDPSPD gegenüberzutreten.
Wir haben diese Aufgabe, die uns übertragen wurde, sehr ernst genommen. Nun müssen wir feststellen, daß trotz großer Bemühungen unsererseite die BIler den bundesweiten Widerstand, das Organisieren der Atommülltreffen etc. anscheinend nicht ernst genug nehmen.
Das äußert sich zum einen darin, daß die meisten BIs diese Möglichkeit der Zusammenarbeit nicht nutzen und keine Informationen weitergeben, zum anderen tragen die wenigsten BIs die anfallenden Kosten (5 DM/Monat) mit.
Wir machen diese Arbeit sehr gerne und erachten sie als außerordentlich wichtig.
Wir möchten daher auf diesem Weg alle auffordern, des Widerstandes wegen zuverlässiger und pünktlicher mitzuarbeiten, damit die Chancen der Koordination besser genutzt werden.
Weitere BIs, die in den Verteiler aufgenommen werden wollen und bereit sind, 5,- / Monat locker zu machen (Ausnahmeregelungen für Härtefälle), sollen sich bei uns melden !
In Hoffnung auf eine besser funktionierende Zusammenarbeit und mit atomfeindlichen Grüßen

Annette

Kontakt:
Anti-Atom-Büro
Auf dem Ort 10
3549 Diemelstadt / Wethen
Tel.: 05694 - 737

Konto Nr. 01018084
Sparkasse Waldeck BLZ 523 500 05
Stichwort: Realschule Waldeck

Impressum

Herausgeber: Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.
Preis: 3.- DM
Ein **Abonnement** kostet 20.- DM für sechs Ausgaben incl. Porto. Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer zahlen ab Expl. 2.- DM.
Alte Atom Express-Nummern schicken wir, soweit noch vorrätig, zum Preis von 1.- DM pro Heft incl. Porto zu.

Konto: Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Marienstr. 10, 34 Göttingen PSchA Hannover Nr. 148 99 - 308

Druck: Steidl, Düstere Straße, Göttingen

V.i.S.d.P. Bernd Weidmann, Reimar Paul, Enno Brand, Jan Bonorden.

INHALT

Stand des Atomprogramms 5
Kann die Anti-AKW-Bewegung endgültig einpacken - ein Strategiepapier 7
Standortberichte
Trockenlager Ahaus 14
Urananreicherungsanlage Gronau 16
AKW Brunsbüttel 17
AKW Wyhl 18
Atomtransporte 19
Atommüllkonferenz in Gronau 20
Kriminalisierung
Krefeld 24
Brokdorf-Prozess 25
Leistungsbescheide Anti-Atom-Dorf nicht rechtens 28
Sommerlager Wendland
Berichte rund um Gorleben und Dragahn 29
Schacht Konard: Eine »Richtigstellung« 39
Göttingen: Öffentliches Gelöbnis abgesagt 40
Bremerhaven 13.-15.10.83
Warum nach Bremerhaven 42
Aktionsrahmen, Lagekarte, Stand der Vorbereitungen 43
Blockadekonzept-Vorschläge 47
Energiebroschüre 50

Zum 7. Mal!

zu bestellen bei:
Gegenwind Verlag
Hagenweg 2
3400 Göttingen
oder
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Reinhäuser Landstr. 24

256 Seiten voller Informationen zu den Themen:
— Stand des Atomprogramms
— Wiederaufbereitung
— Bestrahltes Gemüse
— Wärme-Kraft-Kopplung
— Forschungsgelder im Energiebereich
— Kriminalisierung
— Der neue Personalausweis
— Kriminalgeographie und Volkzählung
— Neue Polizeiwaffen
— Geschichte der IG-Farben
— Rüstungswirtschaft
— Raketen- und Atomanlagenstandorte
— Munitionstransporte
— Bücherliste, Filmliste
— Umfangreicher Adressenteil

Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen!

IM HERZEN DER BESTIE

Ein Aktionshandbuch gegen Rüstungs- und Atomgeschäfte
(Schwerpunkt konventionelle und atomare Rüstungsexporte, Uranabbau)

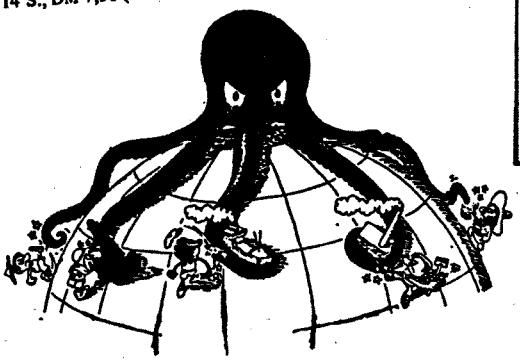
- mit Adressen von Archiven, Bibliotheken und anderen Informationsquellen (Zeitschriften, Nachschlagewerke) zur bundesdeutschen Atom- und Rüstungsindustrie und zu ihren Auslandsgeschäften;
- mit einem umfangreichen, kommentierten Literatur-Verzeichnis zu konventionellen und atomaren Rüstungsexporten und Uranabbau;
- mit Adressen und Beschreibungen von Aktionsgruppen, die zu diesen Themen arbeiten und
- mit einem kommentierten Medienverzeichnis: Dias, Filme, Ausstellungen und Video.

160 S., mit vielen Ill., DM 7,50 (für Aktionsgruppen und ab 10 Ex. DM 5,–) plus Porto

URANABBAU IN NAMIBIA

Gestohlenes Uran für die strahlende Zukunft der Bundesrepublik

In Namibia, das von Südafrika besetzt gehalten wird, liegt Rössing, die größte Uranmine der Welt. Dieses Buch geht auf die deutsche Beteiligung an dem skrupellosen Urangeschäft ein und setzt sich besonders mit den Gesundheitsgefahren durch Uran auseinander.
Im Anhang finden sich Medien, Literatur und Aktionsgruppenadressen zum Thema.
Beilage: Eine Übersichtskarte über die Verwicklung Westeuropas in das Namibia-Urangeschäft (Atomkraftwerke, Firmen, Behörden etc.). Eine Weltkarte über Uranvorkommen und Uranminen.
114 S., DM 7,50 (für Aktionsgruppen und ab 10 Ex. 5,50 DM) + Porto



MEDIEN ZUM AUSLEIHEN:

STRASSE DES GELBEN KUCHENS

Video, VHS-System, ca. 30 Min.

Deutsche Fassung eines englischen bzw. niederländischen Fernsehfilms über den Raubbau von Namibia-Uran, die südafrikanische Besetzung Namibias, den Widerstand der SWAPO, die Details über beteiligte Firmen (natürlich auch deutsche), Verwicklung der betreffenden Regierungen und insbesondere die genaue Transportroute des an sich geheim gehaltenen Transportweges. Leihgebühr: DM 20,– plus Porto

URAN AUS NAMIBIA

Ton-Dia-Serie, 20 Min., Leihgebühr: DM 15,– plus Porto

Aufzeigen der deutschen Verwicklung und der eigenen Betroffenheit mit dem Raubbau von Namibia-Uran aus der Rössing-Mine (größte Uran-Mine der Welt), Geschichte und südafrikanische Besetzung Namibias, Brennstoffkreislauf (vom Uranabbau bis zur Bombe), Apartheid, Details der deutschen Beteiligung an Rössing, Widerstand in Namibia und anderswo. Als Einführung für Veranstaltungen gedacht; mit umfangreichen Begleitmaterial.

DER GRELLE BLITZ

Video-Film auf VHS-System, ca. 55 Min., Leihgeb.: DM 20,– + Porto

Deutsche Fassung eines englischen Fernsehfilms, der die illegale Lagerung von atomaren Geschossen und der dazugehörigen Artillerie beschreibt. Insbesondere die Verflechtungen der westlichen Staaten werden detailliert beschrieben – ähnlich einem Kriminalspiel, das allerdings dokumentarischen Charakter besitzt.
Herausgeber und v.i.S.d.P.: AG gegen eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika der Anti-Apartheid Bewegung, Gruppe Bremen

Bestelladresse: Thorsten Maass, Schildstr. 1, 2800 Bremen 1, oder: Hanns-Ulrich Barde, Weberstr. 13, 2800 Bremen 1, Tel.: 0421 / 76 255

Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen!

Friedensbewegung und Internationalismus

Vom 28. bis 30. Oktober findet in Saarbrücken eine dreitägige Veranstaltung zum Thema »Internationalismus und Friedensbewegung« statt. Veranstalter ist dass saarländische Magazin SAARHEXE.
Veranstaltungsplan:
Fr., 28.10., 20.00 Uhr: Eröffnunfsveranstaltung mit dem Thema »Imperialismus, Friedensbewegung und 3. Welt« mit Vertretern der westdeutschen Linken und der Friedensbewegung.
Sa., 29.10., 11.00 Uhr: Feminismus - Internationalismus. Frauenwiderstand in Mittelamerika; mit Diskussion.
17.00 Uhr: NATO und Militärputsch in der Türkei; mit Diskussion. Anschließend Kulturprogramm.
So., 30.10., 13.00: Chile aktuell.
14.00 Uhr: US-Intervention in Nicaragua; mit Diskussion.
18.00 Uhr: Iran aktuell. Situation am persischen Golf. Anschließend Kulturprogramm.

Kleinere Arbeitsgruppen, Dias und Filme werden angeboten.
Wir erstellen einen umfassenden Reader, der Diskussionsmaterial zu allen Veranstaltungen enthält. Die Beiträge aus der Friedens- und Anti-Interventionsbewegung stellen auch unabhängig von der Veranstaltung im Herbst einen wichtigen Beitrag zum Thema »Internationalismus und Friedensbewegung« dar.
Der Reader ist ab 1. Oktober erhältlich. Preis: 6.- Mark, ab 10 Espl. 4.- Mark.
Um das Ganze zu finanzieren, verkaufen wir einen Button, der als Eintrittskarte gilt. Preis: 5.- Mark.
Buttons und Reader sollten zwecks besserer Kalkulation vorbestellt werden. Gleichzeitig bitten wir um schriftliche Voranmeldungen, die wir zur Organisation dringend benötigen.
Bankverbindungen:
PSchKto 34058-667, J. Schmitt, PSchA Saarbrücken odedr
Volksbank Saarbrücken, Kto-Nr. 17431, BLZ 59190100.
Kennwort »Reader oder Button«.
Kontaktadresse:
Saarhexe
c/o Verlag Haßdenteufel - Schmitt
Metzer Straße 78
66 Saarbrücken 1
Tel. 0681/583248

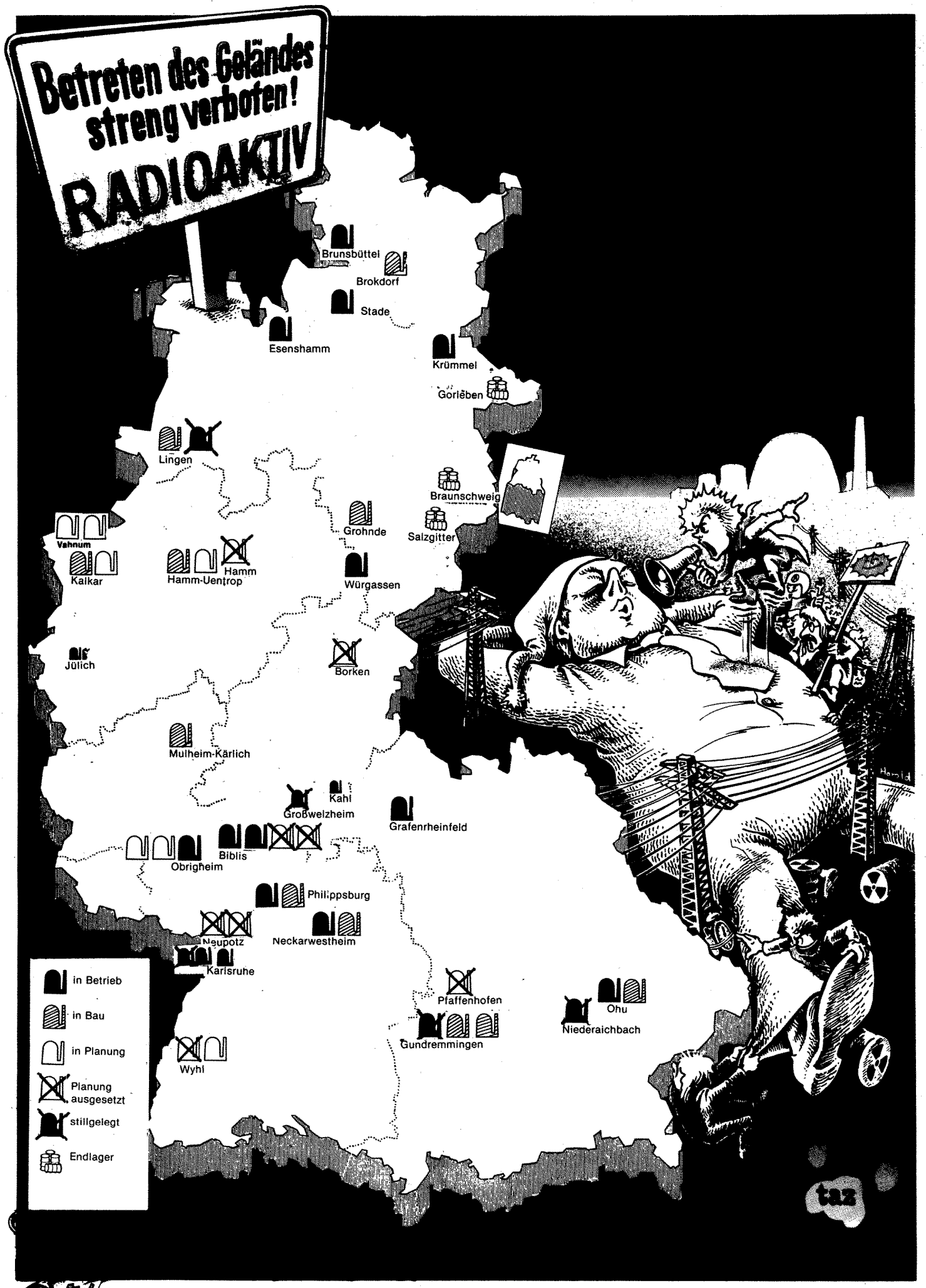
VERMISCHTES

„GRAUE WÖLFE" in Hannover

Brutaler Polizeiüberfall auf Antifaschisten

Die DOKUMENTATION kann für 1,50 DM Solidaritätspreis bestellt werden bei:
ESG Roter Hahn
Hahnenstr. 12
3 Hannover 1

SPENDET FÜR DIE ANGEKLAGTEN
Konto: GABL-Rechtshilfe
E. Jordan, Hannover
241 990 5500 B
Bank für Gemeinwirtschaft


Betreten des Geländes streng verboten!
RADIOAKTIV
Brunsbüttel
Brokdorf
Stade
Esenshamm
Krümmel
Gorleben
Lingen
Braunschweig
Grohnde
Salzgitter
Vahnum
Kalkar
Hamm-Uentrop
Hamm
Würgassen
Jülich
Borken
Mulheim-Kärlich
Kahl
Großwelzheim
Grafenrheinfeld
Biblis
Obrigheim
Philippsburg
Neupotz
Neckarwestheim
Karlsruhe
Pfaffenhofen
Ohu
Niederaichbach
Gundremmingen
Wyhl
in Betrieb
in Bau
in Planung
Planung ausgesetzt
stillgelegt
Endlager

In Betrieb

Standort	Betreiber	Lieferfirma	Reaktor-typ	Brutto-leist.	Inbetrieb-nahme
Obrigheim	KWO	Siemens	DWR	345	1969
Stade	NWK, HWE	Siemens	DWR	662	1972
Würgassen	Preussen-elektra	AEG	SWR	670	1972
Biblis A	RWE	Siemens	DWR	1204	1974
Biblis B	RWE	Siemens	DWR	1300	1977
Neckarwestheim 1	TWS, Bahn	Siemens	DWR	885	1976
Ohu 1	Bayernw.	AEG	SWR	907	1978
Brunsbüttel	HEW, NWK	AEG (KWU)	SWR	805	1976
Esensham	NWK, Preag	KWU	DWR	1300	1979
Phillipsburg 1	EVS, Bay-ernw.	KWU	SWR	900	1979
Grafenrheinfeld	Bayernw.	KWU	DWR	1300	1982
Krümmel	HEW, NWK	KWU	SWR	1316	1983
Forschungsreaktoren:					
VAK Kahl	RWE, Bay-ernw.	AEG	SWR	17	1961
MZFR Karlsruhe	GfK, KBG	Siemens	SDWR	58	1966
KNK Karlsruhe	GfK, KBG	Interatom	SNR	21,35	1973
AVR Jülich	AVR	BBC	HTR	15	1968

Stillgelegt

					Laufzeit	endgültig stillgl.
Niederaichbach	GfK	Siemens	SDWR	100	1972/2 Wo	1975
Gundremmingen A	RWE,Bayern-werk	AEG	SWR	250	68-77	83
Lingen 1	VEW	AEG	SWR	252	68-77	83
Otto Hahn			LWR	38	68-79	79
Großwelzheim			Heiß-dampfr.	50	63	71
FR Frankfurt	10 Mio Projekt an der Uni, 1971 gebaut, aber nie in Betrieb, soll Ägypten geschenkt werden					
FR II Karlsruhe	Gfk, KBG		Schwer-wass.r	44	61-80	81
TRIGA I Heidelberg (Forschungsreaktor im deutschen Krebszentrum)					66	77

In Planung

Standort	Betreiber	Lieferfirma	Reaktor-typ	Brutto-leist.
Wyhl 1	EVS, Baden-werk	KWU	DWR	1362
Biblis C + D	RWE	KWU	DWR	2x1303
Borken	RWE	KWU	DWR	1300
Hamm	VEW	KWU	DWR	1303
Neupotz A + B	RWE, Pfal-zwerke	BBC	DWR	2x1330
Vahnum A + B	RWE	KWU	DWR	2X1301
Pfaffenhofen	RWE, Bay-ernwerk	KWU	DWR	1300
Wyhl 2	EVS, Baden-werk	KWU	DWR	1300
Obrigheim 2 + 3	KWO	KWU	DWR	2x1300
Kalkar 2	SBR		SNR	1460
Hamm-Uentrop	VEW	BBC	THTR	500

In Bau

Standort	Betreiber	Lieferfirma	Reaktor-typ	Baube-ginn	geplante Inbetriebnahme bei Auf-trag	z. Zeit
Hamm-Uentrop	HKG	BBC	THTR 308	1971	75/76	84
Grohnde	Preußenelek.	KWU	DWR 1361	1976	79	85
Gundremmingen B und C	RWE Bayernwerk	KWU	SWR 2x1310	1976	79/80	84
Phillipsburg II	EVS Badenwerk	KWU	DWR 1361	1977	81	85
Mühlheim-Kärlich	RWE	BBC	DWR 1308	1975	78	86
Brokdorf	NWK/HWE	KWR	DWR 1365	1976	80/81	87
Emsland/Lingen 2	KLE	KWU	DWR 1301	1982	88	88
Ohu 2	Bayernwerk	KWU	DWR 1304	1983	88	88
Neckarwestheim 2	GKN	KWU	DWR 1301	1983	89	89
Schneller Brüter Kalkar	SBK	INB	SNR 327	1973	78/79	86?

Kommentar
Durchbruch des Atomprogramms ?

Am 4. November wurde von der Bundesregierung die 3. Fortschreibung des Energieprogramms beschlossen, in der die Eckdaten für die Struktur der Energieversorgung der achtziger und der ersten Hälfte der neunziger Jahre skizziert werden. Die Bundesregierung kommt u.a. zu dem Schluß, daß die installierte Kraftwerkskapazität von gegenwärtig etwa 80.000 Megawatt auf 122.000 Megawatt im Jahr 1995 erhöht werden muß, um den dann angeblich bestehenden Strombedarf decken zu können.

Die Atomenergie soll 1995 einen Anteil von 31% einnehmen, gegenüber knapp 13% im Jahr 1983. 31% entsprechen einer Atomkraftwerksleistunmg von insgesamt 39.500 Megawatt, d.h., es müßten - um dieser Zielvorstellung der Bundesregierung gerecht zu werden - 1995 etwa 35 Atomkraftwerke betriebsbereit sein!

Diese Vorgabe erscheint überzogen und unrealistisch. Allein bei Berücksichtigung der zehnjährigen Planungs- und Bauzeit solcher Großprojekte und dem seit Jahren praktisch stagnierenden Stromverbrauch entpuppen sich die Eckdaten der Bundesregierung eher als Wunschträume der Reaktorindustrie denn als in die Praxis umsetzbare Realität.

Dennoch sind mit der 3. Fortschreibung des Energieprogramms zweifellos die politischen Weichen für einen Ausbau des Atomprogramms gestellt worden. Der Schwerpunkt wird in den nächsten Jahren vermutlich bei der Verbesserung der lange vernachlässigsten nuklearen Infrastruktur liegen. Die Wiederaufarbeitung von Atommüll, die Zwischen- und Endlagerung sowie der Bau von Urananreicherungsanlagen und Brennelementfabriken haben in den Planungen der Atomlobby Priorität.

Der Bau neuer Atomkraftwerke wird sich demgegenüber weitgehend auf die Fertigstellung bereits in der Errichtung oder in konkreter Planung befindlicher Anlagen reduzieren. Neubestellungen durch die EVU hat es in den letzten Jahren nicht gegeben, und sie sind auch für die Zukunft nicht zu erwarten.

Statt des projektierten rasanten Ausbaus, wie ihn die 3. Fortschreibung des Energieprogramms vorsieht, wird es also »nur« zu einem verhaltenen Zuendebau bereits geplanter Atomkraftwerke und zu einer Vervollständigung des gesamten Atomprogramms durch die Realisierung der großtechnischen Wiederaufarbeitung und Endlagerung von Atommüll kommen.

Das Überleben der westdeutschen Atomindustrie als einer in den Augen der Bundesregierung entscheidenden wirtschaftlichen und militärischen Schlüsselindustrie scheint damit für den Rest dieses Jahrhunderts jedoch gesichert.

Kann die Anti-AKW-Bewegung endgültig einpacken?

Im letzten Jahr sollte Gorleben auf dem Vulkan tanzen, Kalkar abgerissen werden, beim Schacht Konrad und den Wiederaufarbeitungsstandorten massenhaft Widerstand geleistet werden.
Der angekündigte heiße Herbst ist lauwarm geblieben. Woran hats gelegen?
Sicherlich auch daran, daß die Bewegung die Bedingungen ihrer anfänglichen Erfolge, ihre immanenten Grenzen, ihren Verfall immer noch nicht genügend aufgearbeitet hat.
Fragen müssen beantwortet werden:
- Ist der Kampf gegen den »einen Punkt« Atomkraftwerk nicht durch die gesamtwirtschaftliche Lage in seiner Reduziertheit deutlich geworden?
- Hinken wir nicht sogar der Atomlobby (schon immer) hinterher, die die Atomkraftfrage unzweideutig mit der Systemfrage verknüpft?
- Können wir eigentlich überzeugendere Antworten geben auf konkrete - natürlich auch geschürte - Ängste und Probleme, die sich z.B. auf Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und »Energieknappheit« beziehen?
Oder sind die GRÜNEN bequemer als der außerparlamentarische Widerstand?
Im Moment könnte die Anti-AKW-Bewegung einem Aufschwung entgegensehen; allerdings nicht, bevor die vorstehenden Fragen beantwortet werden.
Konkrete Projekte stehen wieder an:
Der Schnelle Brüter in Kalkar, der Hochtemperaturreaktor in Schmehausen, das Atomkraftwerk in Wyhl, die Wiederaufarbeitungsanlagen in Schwandorf und Dragahn.
Diese konkreten Anlässe bieten die Chance, daß sich wieder breitere Massen für das Thema AKW interessieren - und dieses Mal nicht auf der Ebene der reinen Gefahrendarstellung stehen bleiben.
Wir können und müssen gerade an dieser Fortführung des Atomprogramms die Systemfrage stellen.
Der Widerstand gegen die Atomenergie und deren mögliche Nutzung für militärische Zwecke wird somit zum Widerstand gegen die weitere Verschlechterung sozialer Verhältnisse und schafft die Möglichkeit des Zusammenschlusses mit anderen sozialen Bewegungen.
Dazu kommt: Die Anti-AKW-Bewegung war ein Symbol für breiten außerparlamentarischen Kampf. Es gilt alles daran zu setzen und die augenblickliche Situation zu nutzen, um der Parlamentarisierung des Widerstandes wieder starke außerparlamentarische Bewegungen hinzuzufügen.
Nur so können wir erreichen, daß die Anti-AKW-Bewegung wieder auspacken kann!
Der folgende Beitrag des »Frankfurter Arbeitskreises gegen Atomanlagen« erhebt nicht den Anspruch, der Widersprüchlichkeit, Zerrissenheit und Stagnation innerhalb der Anti-AKW-Bewegung den Stein der Weisen entgegenzusetzen.
Wir sind aber der Auffassung, daß der Kampf am Schwerpunkt »Atomkraft« neu bestimmt und vor allem fortgesetzt werden muß, da die Atomenergie eine der krassesten Ausdrucksformen eines menschenfeindlichen Gesellschaftssystems darstellt.
Unsere Geschichte, Erfahrungen, Umorientierungen verweisen sowohl auf allgemeine Merkmale der Anti-AKW-Bewegung als auch auf Besonderheiten des Widerstandes in einer Großstadt wie Frankfurt.

Der Mitte der 70er Jahre gewachsene breite Widerstand hatte sich an ganz konkreten Bezügen entzündet: An den Standorten, den Aktionen am Bauplatz, der Aufklärung über die Gefährlichkeit der Atomenergie.
Begünstigt wurde der Widerstand durch im-

... weil andere Bewegungen zentraler geworden sind?

manente Widersprüche bei Atomindustrie-und Staat. Angesichts der Milliarden-Investitionssummen, die auf dem Spiel standen, konnte sich die Atomindustrie die Palette unsicherer Rahmenbedingungen ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr leisten. Dazu gehörten explodierende Kosten für Material und Brennstoff, Unwägbarkeiten bei Lieferung, Anreicherung, Zwischen- und Endlagerung, Wiederaufarbeitung, Rückschläge der Exporterwartungen, die USA-Ereignisse von der Stornierung von Kraftwerksaufträgen bis zum »Harrisburg-Trauma« und dem »unzureichenden« Grad der Monopolisierung im Energiesektor, der Verflechtung von Staat und Kapital.
Mit dem ungenügend zurechtgebogenen öffentlichen Bewußtsein und den Schwierigkeiten bei der Legitimation des angeblich erhöhten Strombedarfs verdüsterten sich die Aussichten der Betreiberseite. Der Widerstand bewirkte die Baustops von Brokdorf und Wyhl, die Niederlage der Atomlobby bei der Volksabstimmung in Österreich, er drückte sich in schleppenden Genehmigungsverfahren und blockierenden Gerichtsurteilen aus.
Davon war der staatliche Machtapparat überrascht worden; hochgeschraubte Profiterwartungen der Atomindustrie mußten fürchterlich enttäuscht werden, wenn z.B. ein Atomkraftwerk wie Biblis Block C, 1975 beantragt, frühestens 15 Jahre später in Betrieb gehen kann. Die »Denkpausen«, die wir der Gegenseite aufzwangen, das faktische vierjährige Moratorium, führte freilich geradewegs in die Richtung der Perfektionierung zukünftiger Bauplanungen.

1. Die »Baulinie 80«, die die Verwaltungsbürokratie entschlacken und den neusten Stand von Wissenschaft und Technik gewährleisten,
2. die Monopolisierung des Energiesektors, die das Kapitalrisiko mindern,
3. die Energieknappheitspropaganda, die die Atomenergiekritik aufweichen und
4. die Militarisierung des Objektschutzes, die uns in die Resignation treiben sollte,

wiesen auf die kommende Offensive der Atomindustrie hin.

Zyniker könnten meinen: »Sind wir nicht das ideale Frühwarnsystem für den Staat gewesen und mit Schaffung günstiger Rahmenbedingungen überflüssig geworden?«
In Frankfurt z.B., wo bis 1978 noch an die tausend aktive AKW-Gegner in mehr als einem Dutzend Stadtteilgruppen aktiv waren, folgten auch prompt Rückzug und Resignation.
Was einst als konkret galt (»Gorleben ist überall«) und über einen regelrechten AKW-Tourismus vermittelt worden war, erschien jetzt abstrakt, zumal im näheren Umkreis kein Standort war.
»Zum Glück« gab es dann ja die Startbahn West, die wieder konkrete Betroffenheit auslöste und den Frankfurter Anti-AKW-Bürgerinitiativen den Garaus machte. Es sieht aber ganz danach aus, als erlitten die Startbahn-Bls und vielleicht in Zukunft auch die Friedensinitiativen dasselbe Schicksal wie wir.
Wird unsere Stagnation ausschließlich durch die geballte Macht der Atomkraft-(Startbahn-, Aufrüstungs-)Befürworter begründet - oder muß sich nicht vielmehr die Anti-AKW-Bewegung über ihre inneren, d.h. organisatorischen und inhaltlichen Strukturen klarwerden; über ihre ideologischen Positionen, Bündniskonzeptionen, Angriffsziele?

Die Bewegung begann mit großem Schwung

Trägt unser eigenes verengtes Bewußtsein mehr zur Stagnation und Ohn-Macht bei als nötig wäre?

Anti-AKW-Straßenmusik in Braunschweig

Bauplatzbesetzungen sind wichtig ...

Die Anti-AKW-Bewegung setzte gewissermaßen auf einer abgeleiteten Ebene an:
Der des Bauplatzes und der vorgeformten öffentlichen Meinung. Abgeleitete Ebene deshalb, weil auf bereits Entschiedenes reagiert wurde (werden mußte). Entscheidungen fallen bereits vorher in Parlamenten und Konzernen, noch eine Ebene davor in der Produktion.
Atomenergie wäre kein Problem, würden die unmittelbaren Produzenten sich weigern, solche Anlagen zu bauen. Dieser einfachste Weg ist - wie allseits bekannt - der schwierigste, oder: »Die Arbeiterklasse ist auch nicht mehr das, was sie mal war?« Ein Beispiel: Arbeiter vom Schacht Konrad drohen den Demonstranten Prügel an.
Es bleibt deshalb sinnvoll, auf der Ebene des Bauplatzes anzusetzen und immerhin Hunderttausende zu mobilisieren; zu kämpfen für ein Stück lebensnotwendige Umwelt; lebensfeindliche Programme zu bremsen.
Immerhin ist es uns gelungen, in ungezählten Diskussionen, Aktionen und Veranstaltungen das öffentliche Bewußtsein konfliktbereiter und staatskritischer zu machen.

... aber nicht ausreichend!

Trotzdem bleibt es eine Illusion, zu glauben, NUR außerhalb der Produktion das Atomprogramm zu Fall bringen zu können; den einfachen und doch schwierigsten Weg ausklammern zu können - angesichts der Übermacht von Staat, Kapital, Gewerk-

schaftsbürokratie und Wissenschaft. Ihren Ausdruck findet diese Eingeschränktheit in unserer Nicht-Politik gegenüber Atomfirmen, Energieversorgungsunternehmen, Gewerkschaften und unmittelbaren Produzenten.
Wir haben einen Teil der Linken für seine ökonomistische Einseitigkeit kritisiert (»Ohne die Arbeiter läuft nichts«). Haben wir dabei die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft aus den Augen verloren? Folgt aus der Tatsache, daß die Produktivität der meisten BI-Mitglieder nicht in der Produktion von Mehrwert besteht, daß Studenten, Pädagogen, Soziologen, Arbeitslose, Schüler, Freaks, Alternativler, Bauern und Hausfrauen - vielleicht notwendigerweise - nicht die Einsicht und den Bezug zur materiellen Produktion als Grundlage jeder Gesellschaft haben?
Dazu kommt, daß der Kampf gegen eine Autobahn, einen Flughafen, ein Waffendepot, ein Atomkraftwerk den erwähnten Vorteil hat: er ist »konkret«.
Und das trifft sich mit unserem Interesse, schon hier und jetzt für bessere (Über-)Lebensbedingungen zu kämpfen. Ohne diese vielen »Ein-Punkte-Kämpfe« herabzumindern - sie haben viel in Bewegung gebracht - muß doch ihre Beschränktheit benannt werden.
Wo finden die Bibliser Arbeit, wenn Block A und B weg sind, bzw. Block C nicht gebaut wird? Wo bekommt die Gemeinde ihre Steuern her?
Wird die Logik des Systems außer Acht gelassen, dann können wir keine Antworten auf diese Fragen geben und dann kann die Angst, die uns vielleicht zunächst zugute kam, leicht von vielen anderen Ängsten überspielt werden, wenn die Gegenseite ihre technokratischen Antworten gibt (nach dem Motto: »Lieber einen verseuchten Arbeitsplatz als gar keinen«). Noch schlimmer: Woher die Motivation zum Weiterkämpfen nehmen, wenn das eine, konkrete Objekt gebaut oder im günstigen Fall verhindert wird?
Eben weil viele von uns nicht in der unmittelbaren Produktion stehen, weil wir uns die Arbeiterklasse samt ihren abgehobenen Stellvertretern gründlich abgeschminkt haben, weil wir Lohnarbeit nur noch als Job begreifen, weil wir uns vom Warenfeteschismus zum Teil durch Verweigerung »befreit« haben, weil wir Ökonomie und die Theorie davon nur als Abstraktionen gelernt haben (oder auch nicht), weil wir uns nach konkreten, greifbaren Bezügen sehnen - interessiert uns das Atomkraftwerk zunächst nur in seiner stofflichen Form: als Gebrauchswert, und zwar als beschissener!
Diesen Gebrauchswert haben wir entlarvt: er ist gefährlich, umweltfeindlich, teuer, militärisch nutzbar und scheinbar überflüssig. Das war wichtig, bleibt wichtig, damit haben wir einiges auf die Beine gestellt, werden es weiterhin tun - nur: Das Atomprogramm wird allein auf diesem Weg nicht fallen.
Verständnislos und moralisch empört mußten wir mitansehen, wie unsere Vernunft von Betreiberseite ignoriert wurde, wie die Genehmigungsanträge für Biblis C usw. nicht etwa aus Einsicht in die Nichtwiedergutmachbarkeit atomaren Treibens zurückgenommen wurden, sondern nur, um bessere Rahmenbedingungen für den gigantischen Ausbau der Atomenergie zu schaffen.

Es gibt keinen Grund verständnislos zu sein, es gibt aber genug Gründe zu verstehen, daß es unter den Bedingungen des privaten Eigentums an Produktionsmitteln keine rationale, von allen Gesellschaftsmitgliedern getragene Gebrauchswertproduktion gibt.

Atomprogramm - das heißt auch riesige Profiterwartung und -absicherung fast der gesamten bundesdeutschen Großindustrie, allen voran der Elektroriese Siemens mit seiner Tochter Kraftwerkunion (KWU), die wie kein anderes Unternehmen staatlich ausgehalten wird.
Atomprogramm - das heißt auch die größten Einzelexportaufträge, die es je für die Industrie gab, das heißt dauerhafter Zugriff auf gesamtgesellschaftlichen Reichtum, der durch Folgeinvestitionen im In- und Ausland ermöglicht wird.
Jedes Atomkraftwerk ist auch eine Ware, die unabhängig von ihrem Gebaruchswert verkauft werden soll.

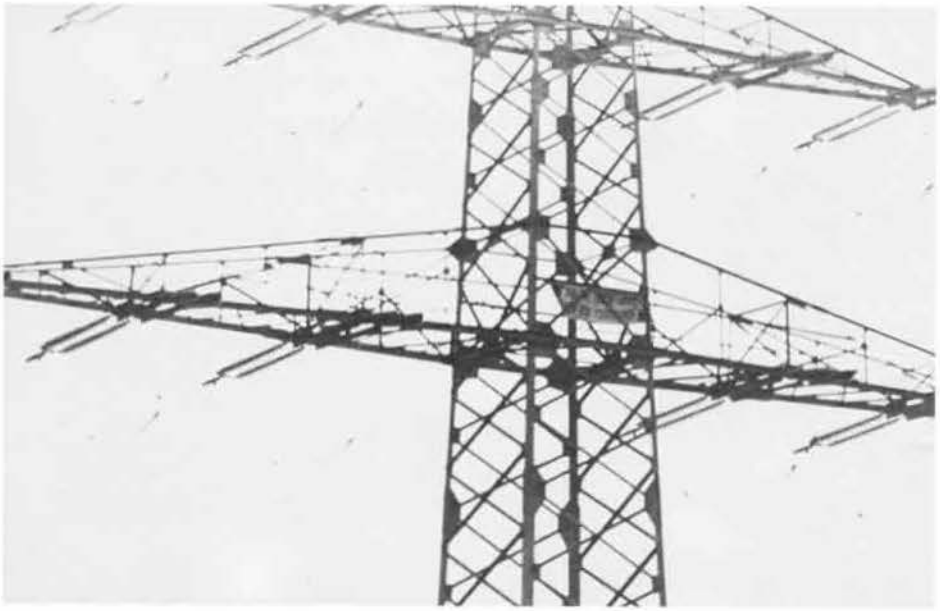
Ansatzpunkt Bauplatz

Wir haben die Lügen der Atomindustrie aufgedeckt ...

Nicht eines der vordergründigen Argumente der Atombefürworter zur Notwendigkeit des Ausbaus der Atomenergie hält einer wissenschaftlichen Überprüfung stand. Begründungen auf der Ebene der Energieversorgung (»Lichter gehen aus«) sind angesichts seit 1969 verdoppelter Überkapazitäten (ca. 50%), völlig absurder Zuwachsprognosen für den Stromvedrbrauch (1982 Stagnation, 1983 sogar Rückgang) und des enormen Potentials von Energiesparmaßnahmen (10% bringen fünfmal so viel wie alle AKWs zusammen) kaum noch zu vernehmen oder werden sogar von der Atomlobby selbst kritisiert.
Es folgte der Schwenk zu Legenden »industriepolitischer« Art: Atomkraftwerke als Wundermittel gegen Investitionsmüdigkeit, Wettbewerbs- und Exportschwächen und natürlich gegen Arbeitslosigkeit. Dazu nur einige Anmerkungen, die sich auf umfangreiches Zahlenmaterial aus Traube/Ulrich, »Billiger Atomstrom«, stützen:
- Verkaufte die Siemens/KWU das AKW Biblis A gewissermaßen als Markteinstieg unter hohen Verlusten noch für eine Milliarde Mark, so müssen für ein heute bestelltes AKW bereits mindestens sechs Milliarden hingeblättert werden.

- Interessanterweise erfolgte der weltweite Zusammenbruch der Kernenergiekonjunktur unmittelbar nach der 73er Ölkrise, in den letzten Jahren wurden, v.a. in den USA, mehr abgeschlossene AKW-Aufträge annuliert als neue hinzukamen.
- Zum vielstrapazierten Argument »Investitionsstau« in der BRD gehört auch, daß jedes ans Netz gehende AKW die Stillegung anderer (auch fast neuer) Kraftwerke erfordert.
- Von den Investitionsruinen Kalkar und Schmehausen (Staat deckt 72%* der Kosten) und von der Belastung des Staatshaushaltes durch Vorleistungen und Folgekosten der Atomenergie ganz abgesehen: die norddeutschen Energieversorger, die mit künstlich verbilligtem Atomstrom Industrie anlockten und selbst einen »pardiesisch« hohen Atomstromanteil zur Verfügung haben, gefährden jetzt durch in fünf Jahren über 35% gestiegene Strompreise zum Teil sogar ihre industriellen Abnehmer (Aluminium, Chemie).
- Zum Punkt »Wettbewerbsfähigkeit« ist zudem anzumerken, daß lediglich Frankreich einen höheren Atomstromanteil als die BRD

an der Stromerzeugung hat (stimmt nicht - England, Schweden und die Schweiz auch, d.S.), und die Stromkosten bei der Produktion einer Ware ohnehin nur die zu vernachlässigende Größe von 2 bis 3% betragen (Ausnahme: Chemie- und Aluminiumindustrie).



Betreiberlügen aufgedeckt: Stromreserven

- Im Atom-Utopia Frankreich mit seinem »billigen« Atomstrom ist die EDF (das staatliche Energieversorgungsunternehmen, d.S.) bereits mit 40 Milliarden Mark verschuldet und versucht ihren überschüssigen Strom mit Dumping-Preisen in der BRD zu verscherbeln.
- Um das Exportvolumen allein kann es auch nicht gehen, den die BRD muß weit mehr kerntechnische Erzeugnisse einführen, als sie ausführen kann.
- Die Legende von der Substitution teuren Öls durch billigen Atomstrom kann nur denjenigen beeindrucken, der nicht weiß, daß zur Stromerzeugung - schon gar nicht in der Grundlast - kaum Öl eingesetzt wird.
- Bleibt das Totschlagargument »Arbeitsplätze«, das besonderes Gewicht dadurch erhält, daß es (noch) von den Gewerkschaften gestützt wird. Und die stehen wiederum unter dem Druck der in der Atomindustrie und ihren Zulieferern Beschäftigten. Mit schamloser Perfektion nutzt die Atomlobby reale Ängste eines großen Teils der Bevölkerung, der seine Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können und deshalb um die Sicherheit des Arbeitsplatzes bangt. Gerade diejenigen, die als erstes Investitionsziel Rationalisierung angeben, verkaufen die reale Vernichtung von Arbeitsplätzen als Schaffung derselben. Es charakterisiert das geistige Klima in der BRD, daß dieser Schwachsinn geglaubt wird. Gerade die Atomenergie braucht eine hochgradig durchrationalisierte Technologie, so daß ein Arbeitsplatz - ginge es um diesen - das achtfache eines durchschnittlichen Industriearbeitsplatzes kostet. Ginge es tatsächlich um Arbeitsplätze, dann wären die Atommilliarden in jedem andern Bereich des Energiesektors fruchtbarer angelegt (Gebäudeisolierung, Entschwefelung der Kohlekraftwerke, Nutzung der Sonnenenergie usw.) Selbst eine DIW-Studie im Auftrag der KWU kommt zu dem Ergebnis, daß jährlich 50 AKWs (=300 Milliarden Mark) gebaut werden müßten, um ein Prozent Arbeitslosigkeit abzubauen. Und: Schon heute verunmöglicht das in den Atomenergiesektor fließende Kapital sinnvolle, arbeitsplatzintensive Investitionen in anderen Bereichen; schon heute zeigt der weltweite Zusammenbruch der Kernenergiekonjunktur, daß von Arbeitsplatzsicherheit nicht die Rede sein kann; nirgendwo, nicht einmal in Frankreich, hat der Ausbau der Atomenergie etwas an der Massenarbeitslosigkeit geändert - sogar bei Siemens/KWU, dem Monopolisten für den BRD-Reaktorbau, gingen trotz hoher Umsatzsteigerungen im Jahr 1982 8.000 Arbeitsplätze verloren. Auch beim Bau von AKWs werden nicht mehr Arbeiter beschäftigt als beim Bau herkömmlicher Kraftwerke, beim Betrieb sogar weniger. Sicher sind nur die Arbeitsplätze derjenigen, die die fertigen Anlagen permanent bewachen und reparieren müssen!

... und sie bauen immer weiter

Obwohl von den angeblichen Vorteilen der Atomenergie nichts übrig bleibt, sollen noch in diesem Jahrzehnt weitere 9000 Megawatt Atomstrom ans Netz gehen , setzt die Bundesregierung in ihrer dritten Fortschreibung des Energieprogramms weiter auf den Ausbau der Atomenergie. Traube/Ulrich nennen als einen der Gründe die »Trägheit des Systems«, will heißen: Einmal geschaffene Tatsachen sind nicht mehr so leicht rückgängig zu machen:
- Atomindustrie und Zulieferer setzen immer noch auf die Auslastung ihrer vorhandenen Kapazitäten durch vom Staat geschaffene Nachfrage.
- Die Elektrizitätswirtschaft setzt auf steigenden Stromverkauf, Hand in Hand mit der Elektroindustrie, die den Wärmemarkt erobern will. Steigende Kosten können durch das Gebietsmonopol auf den Verbraucher abgewälzt werden.
- In den Kernforschungszentren und der Atomindustrie insgesamt verknüpfen Tausende von Beschäftigten ihre wirtschaftliche Existenz mit dem Festhalten an der Atomenergie.
- Wissenschaftler und Politiker mögen die krassen Irrtümer ihrer Verbrauchsprognosen nicht eingestehen.
- Die Gewerkschaftsfunktionäre sehen und zeigen keine Alternative zu vorherrschenden Wachstumsvorstellungen und liefern damit die Massenbasis für die Ideologien der AKW-Befürworter.

Damit sind zwar Auswirkungen, die eine eigene Dynamik erlangt haben, benannt, die Ursachen des Ausbaus der Atomenergie liegen aber tiefer.

Atomkraft als »Wundermittel« zur Überwindung der ökonom. Krisen?

Bei allem »Wirtschaftwunder«, allen staatlichen Eingriffen, aller Konzentration und Zentralisation, aller einzelbetrieblichen Planung, aller Marktforschung, allen Verkaufsstrategien blieb auch die BRD nicht von Krisen verschont. Privater Besitz an Produktionsmitteln bedeutet eben, daß ökonomische Entscheidungen nicht von den Produzenten selbst in Abstimmung geplant werden, sondern sich auf einem anonymen Markt bewähren müssen - oder auch nicht. Die kapitalistischen Reinigungskrisen haben allerdings einen zunehmend unangenehmen Nebeneffekt: Die darauffolgenden Aufschwünge werden immer schwächer.
Erreichte das Bruttosozialprodukt (real) 1955 noch stolze 12% Steigerung, so waren es beim 60er Aufschwung nur noch 9,0%, beim 64er 6,6%, beim 69er 7,9%, beim 76er 5,3%, beim 79er 4,4% - aus heutiger Sicht fast schon »Traumergebnisse«!
Angesichts der Tatsachen, daß die deutschen Wachstumswellen immer schwächer wurden, daß sich eine Sättigung auf vielen Teilmärkten (gerade beim Großanlagenbau) abzeichnete, daß die Bewältigung von Wirtschaftskrisen immer aussichtsloser wurde - bei verschärfter internationaler Konkurrenz gewann die Durchsetzung der Atomenergie zunehmend an ökonomischer Bedeutung. In der Phase der Euphorie wurde zudem mit gigantischen Exportgeschäften kalkuliert, vor allem aber damit, Abnehmerländer - besonders in der 3. Welt - in jahrzehntelange wirtschaftliche und technische Abhängigkeit zu bringen.
Einheimische Industriebranchen durften sich einen weiteren (neben der Rüstung) staatlich abgesicherten Absatzmarkt erhoffen. Wegen der hohen Kapitalintensität und der gesicherten Profite im Elektrizitätsgeschäft (der Staat gewährt Ausfallbürgschaften, die EVUs können die Strompreise mit Gewinngarantie bestimmen) schien sich das Atomanlagengeschäft besonders gut zur Wirtschaftsstützung zu eignen.
Da die Atomindustrie unter rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten keine Chance gehabt hätte, erreichte die Verflechtung von Staat und Kapital hier ein Ausmaß, daß

sogar das des militärisch-industriellen Komplexes übertrifft.
Ähnlich der »Rohstoffkrise« 1914 oder der »Treibstoffkrise« 1935/36 nutzten die BRD-Konzerne die »Energiekrise«, um sich größere Zugriffsgewalt auf gesamtgesellschaftliches Eigentum (bisher ca. 30 Milliarden Mark staatliche Subventionen) zu verschaffen und dadurch Vorstöße auf den Weltmarkt vorzubereiten.
Die Atomenergie bot sich auch deswegen an, da aufgrund ihrer militärischen Vergangenheit hier schon ein hoher Stand von Wissenschaft und Technik erreicht war. Hinzu kam, daß atomare Aufrüstung unter dem Deckmantel friedlicher Nutzung betrieben werden konnte. (Nicht nur, d.S.) jüngste Verhandlungen von RWE und DWK mit französischen und amerikanischen Firmen bestätigen den untrennbaren Zusammenhang von friedlicher und militärischer Nutzung der Atomenergie.

Der Staat garantiert die Machtkonzentration im Energiebereich

Die Rolle des Staates geht dabei über Subventionen, Übernahme unrentabler »Begleiterscheinungen« (Atommüllagerung usw.), Kredite an Länder, die bundesdeutsche Atomanlagen kaufen wollen etc. hinaus. Über staatliche und halbstaatliche Unternehmen unterstützte und forcierte der Staat die Konzentrationswelle im Energiebereich. Von 1974 bis 1979 hat die bundeseigene VEBA 137 kleinere Firmen geschluckt, gefolgt von den RWE (100); die Ruhrkohle AG lag in der Liste der größten Firmenaufkäufer auf Rang 5. Gestoppt werden sollten Konkurrenzkämpfe verschiedener Energieversorger

(Kohle, Gas, Öl), um aufgrund der Überkapazitäten fallende Preise zu verhindern, die der Kernenergie keine Chance lassen würden. Die Brachlegung anderer Energieressourcen, das Auftreten des Staates als Nachfrager nach Atomenergie, Preiserhöhungen verdrängter Energieträger zur Verhinderung von Einbußen der damit befaßten Konzerne - der Energiemarkt ähnelte immer mehr dem EG-Agrarmarkt.
Hand in Hand mit den Großbanken koordinierte der Staat den Kapitalabfluß in den Energiesektor. Zum Vollzugsapparat wurden die Energieversorgungsunternehmen: Durch ihr Gebietsmonopol sollten sie zum sicheren Ort langfristiger Investitionsstrategie werden. Ähnlich der Rüstungsindustrie ging es bei der Atomindustrie um Kapitalbildung und -verwertung, unabhängig von den Risiken des gesellschaftlichen Bedarfs.
Die Interessen der Atomindustrie trafen sich nahtlos mit der Strategie der EVUs und der darbenden Elektroindustrie, die auf ein »Nullwachstum« zusteuerte und mit der sie ohnehin verflochten war. Deren Strategie lautete »Eroberung des Wärmemarktes« mittels Elektrospeicherheizung, Elektrowärmepumpe und nuklearer Fernwärme. Projekte, die dem unbefangenen Betrachter als widersinnig erscheinen, da z.B. bei der Elektrowärmepumpe mehr und teurere Energie eingesetzt werden muß als am Ende herauskommt.
Aber mit dem angestrebten Volumen von 15 Millionen Elektrowärmepumpen wollte sich nicht nur die Elektroindustrie sanieren, sondern sozusagen nebenbei sollte auch der Stromverbrauch der privaten Haushalte verdreifacht werden.
Auf Kosten der Gesellschaft schien die kapitalistische Wirtschaft mit der Atomenergie ein »Perpetuum mobile« gefunden zu haben: Verbrauchten sämtliche Atomprogramme bisher nicht mehr Energie als sie brachten?!

Die Festschreibung der Energieverschwenung, die Festlegung auf die teuerste Energieform, die Verdrängung anderer und alternativer Energieträger, die wahnwitzigen Folgekosten und anderes mehr machten und machen die Atomenergie zur Speerspitze eines parasitären und verfaulenden Gesellschaftssystems.

Warum wir trotzdem weitermachen

Ob es für eigenständige Anti-AKW-Gruppen noch eine Perspektive gibt, läßt sich im Moment nur schwer beantworten. Gerade Initiativen, die nicht aus der Betroffenheit »vor Ort« enstanden sind, haben in besonderem Maße ihren Praxisbezug über nationale oder zumindestens regionale Kämpfe hergestellt. Existieren diese Zusamenhänge (fast) nicht mehr, gehen Motivation verloren und hängen theoretische und Öffentlichkeitsarbeit in der Luft. In einer Stadt wie Frankfurt läßt sich kaum noch vermitteln, daß die Atomenergie eines der Kernprobleme dieser Gesellschaft ist, abgesehen davon, daß sich auch Selbstzweifel ausbreiten. Zudem sehen die »hinterlassenen« aktiven AKW-Gegner den Wachstumsprozess der GRÜNEN, der Friedensgruppen, der Bewegungen im sozialen und ökonomischen Bereich, sowie anderer Initiativen (Autobahn, Startbahn etc.)

Liegt es an der »Trägheit unseres Systems«, am vertrauten Gruppenzusammenhang oder sonstwas, daß wir weiterhin an einem Konzept für Anti-AKW-Arbeit basteln?
Warum vollzogen wir den Wechsel in eine Friedens-, Startbahn- usw. Gruppe nicht nach, die doch vielen der »Ehemaligen« wichtiger erschien?
Warum sich weiter fruchtlos (?) den Kopf zerbrechen, wo unser »Anliegen« doch auch von den GRÜNEN aufgenommen ist? Warum nicht Regeneration im Privatleben?

Aber: die Gründe gegen die Atomenergie zu kämpfen sind geblieben. Ob mit oder ohne Bewegung bleibt sie eine der krassesten Ausdrucksformen eines faulen Gesellschaftssystems. Die schleichende Radioaktive Verseuchung, das Katastrophenpotential des Atommülls, die militärische Nutzung des Plutoniums, die unerhörte Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums, die Aushöhlung der bürgerlichen Demokratie usw. und usw. - alle Konsequenzen der Atomenergie, zum Teil unumkehrbar, bleiben, vergrößern sich sogar, nur die Bewegung verkleinert sich.

Wir wenden uns gegen die Illusion, dies könne auf ein Nebengleis gesellsschaftlicher Auseinandersetzung abgeschoben werden; gegen die Illusion der »Umsteiger«, es gäbe Wichtigeres als die Atomenergie, nur weil anderswo eine »Ein-Punkt-Bewegung« gerade mal stärker ist; allerdings auch gegen die Illusion, die Anti-AKW-Bewegung könne in ihrer früheren Form wiederauferstehen.
Selbstverständlich sind regionale und nationale direkte Aktionen weiterhin zu unterstützen und zu propagieren. Für eine relativ kleine Großstadt BI kann dies u.E. aber nicht der Arbeitsschwerpunkt sein. Von größerer Bedeutung scheint uns die Überwindung früherer »Schwachpunkte« zu sein:
- die inhaltliche Beschränkung auf den Punkt »Gefahren der Atomkraftwerke«
- die daraus resultierende Abgeschlossenheit gegenüber in anderen Schwerpunkten arbeitenden Gruppen;

- die Ausblendung des ökonomischen Bereichs: Atomfirmen, Auseinandersetzung mit Gewerkschaften, Lohnabhängigen;
- die Nichtaufarbeitung der Atomenergie als Bestandteil des kapitalistischen Systems auf bestimmter Stufe der »Produktiv«-Kräfte;
- die Unfähigkeit über alternative Energien hinaus, deren gesellschaftliche Umsetzbarkeit, bzw. grundsätzliche andere gesellschaftliche Bedingungen zu benennen.

Der Widerstand muß weitergehen

Mit der Friedensbewegung zusammen gegen Profite

Davon ausgehend, daß es eine Vielzahl von »Einzelerscheinungen« gibt, aber die vielen teils getrennt geführten »Kämpfe« auf den gleichen gesellschaftlichen Widersprüchen basieren, muß das Ziel einer nur durch Zusammenfließen des Widerstandes zu erreichenden »anderen« Gesellschaft wieder ins Blickfeld geraten, auch wenn das kurzfristig zu abstrakt erscheint. Die Technokraten des Kapitalismus haben es da sicher leichter, aber wollen wir ihnen ewig das Feld überlassen?
Unter diesen neu zu schaffenenden Voraussetzungen kann die Verbindung zwischen den im Ökologie und Friedensbereich Aktiven angegangen werden.
Wie z.B. in Frankfurt in der Zwischenzeit aufgedeckt, dient der neue Brutreaktor »Super Phenix« der Plutoniumproduktion für militärische Zwecke, d.h. dem Ausbau der französischen Atomstreitmacht. Mit 15 % ist der größte westdeutsche Stromversorger, die Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke (über unsere Steuergelder) an diesem Projekt der »fiedlichen Kernenergienutzung« beteiligt. Der AKW-Export, das Atomkraftwerk als »bombiges« Angriffsziel, der BRD-USA Geschäft: Atommüll gegen Raketen, das scheinbar sinnlose Festhalten am Schnellen Brüter, muß uns zu einem gemeinsamen Widerstand gegen Raketenstationierung führen.

Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Gruppen

Es eröffnen sich (hoffentlich) auch Bezugspunkte zu denen, »ohne die es letztendlich nicht geht«. Im Bewußtsein der Fehler alter ML-Avantgarden, erscheint es uns doch möglich, konkreter am Bezug Ökologie/-Ökonomie zu arbeiten als bisher.
Gerade in den größeren Städten haben viele Atomfirmen ihre Zenrtalen und Ableger, die bislang fast ungestört vor sich hin wirtschaften konnten. Hier werden nicht nur die Produtkionsendscheidungen gefällt, hier entsteht auch das dazugehörige Bewußtsein. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage, an der auch die Investitionsvariante Atomenergie beteiligt ist, sollte aber neue Anknüpfungspunkte der Auseinandersetzung zwischen Atomkraftgegner, Arbeiter und anderen Organsinationen bieten. Wenn nicht einmal in Frankfurt, wo soll sonst der Anfang gemacht werden?
(z.B. Inhaltliche Einarbeitung der Thematik »Atomenergie und Arbeitsplätze«, Versuch der Zusammenarbeit mit den Resten des Arbeitskreises Gewerkschaftler gegen Atom, Fragenbogenaktion an Frankfurter Betriebsräte).
Nicht gelungen ist es uns bedauerlicherweise, die Betriebsbesetzungen des letzten Jahres und den Konflikt um die AEG zu nutzen, um schon erste Erfahrungen zu sammeln. Keinesfalls sollten wir bei diesem »Versuch« unterschiedliche soziale und politische Hintergründe verleugnet werden. So wenig wir den Leuten etwas aufzwingen wollen, so wenig sinnvoll ist es auch, sich anzubiedern.
Nur in der Arbeit kann der Mensch seine Persönlichkeit entfalten. Diese These ist für jeden Gewerkschafter, besonders in der Zeit konjunkturellen Niedergangs und damit verbundener Arbeitslosigkeit, oberstes Gebot. Dementsprechend werden verschiedene Arbeitnehmervertreter nicht müde, ein Recht auf Arbeit zu fordern, das es jedoch in einer kapitalistischen Wirtschaft nicht geben kann. Somit beschränkt sich die Forderung mehrheitlich auf den Arbeitsplatz als solchen, denn 8 Stunden am Fließband sind immer noch besser als gar keine Arbeit. Denn Arbeit, und sei sie noch so entfremdet, bringt immer ein gewisses Maß sozialer Anerkennung mit sich, der Einzelne wird von seiner Umwelt als nützliches Glied der menschlichen Gemeinschaft angesehen. Arbeiten zu können ist für den Einzelnen, auch unter heutigen Verhältnissen, ein vitales Bedürfnis.
So einfach ist das. Der Status Quo wird festgeschrieben bis in alle Ewigkeit, abhängig Arbeitende sollen gefälligst froh sein, wenn sie weiterhin am Fließband oder in der Schicht, seien es 7 oder 8 Stunden täglich, schuften dürfen. Übrigens: mögliche zusätzliche Arbeitsplätze durch Einführung der 35 Stunden-Woche werden durch Rationalisierung restlos aufgesaugt, wirklichen Zuwachs brächte nur die 20-Stunden-Woche (Frank. Rundsch. vom 17.6.83).
Doch wie soll unsere (Gegen-)Forderung lauten? Wie soll ein Utopia sinnvoller Arbeit, deren Inhalt letztenendes nur individuell bestimmbar ist, angesichts finanzieller Pressionen vermittelt werden? Ist die Position des Neu-Grünen Bahro nur strotzender Zynismus, die besagt, daß die Arbeitszahlen ruhig auf 5 bis 10 Millionen klettern kann, damit spätestens dann die verhinderten Produzenten aufhören, den Aufschwungs-propheten zu glauben und sich vielleicht daran erinnern, daß ihr Dasein nicht nur dazu taugt, dankbar nach jedem sich bietenden und sei es noch so sinnlosen Arbeitsplätzchen zu greifen?
Zur Ermutigung könnte ein, wenn auch vielleicht unzulässiger Vergleich dienen: Die Anfänge der Anti-AKW-Bewegung fielen in eine Zeit, als es die vorzugsweise von konversativen Kräften so beklagte Technikfeindlichkeit noch nicht in dem heutigen Ausmaß gab. Zehn Jahre danach will fast niemand mehr ein Atomkraftwerk oder eine Wiederaufbereitungsanlage in seiner Nähe haben. Zumindest sind also Emotionen gegen eine lebensfeindliche Technik geweckt worden.
Es wäre immerhin denkbar, auch Emotionen gegen eine lebensfeindliche, sprich sinnentleerte Arbeit zu wecken, die im Zusammengehen mit der sich immer mehr verbreitenden Ahnung einer kommenden Unbewohnbarkeit dieses Planeten, in ein neues, wir wagen es kaum zu sagen, ökologisches Bewußtsein umschlage

Bündnispartner Friedensbewegung?

Bündnispartner Gewerkschaften?

Bündnispartner Grüne?

Verdeutlicht werden muß also, daß eine bestimmte Art von Arbeit lebensbedrohende Technik erst ermöglicht und umgekehrt.

Das Parlament kann unsere Aufgaben nicht übernehmen

Es erscheint fraglich, ob im Rahmen dieses Systems überhaupt grundsätzlich andere Investitionsendscheidungen durchsetzbar sind. Bevorzugung alternativer Energieformen und Ausschöpfung des Energiesparpotentials würde in jedem Fall die Verwertungschancen maßgeblicher Kapitalträger beeinträchtigen und die Krise verschärfen.
Es kann also nur darum gehen, mit der Diskussion um die Atomenergie und der sogenannten alternativen Energie, das sie hervorbringende ökonomische Systm zu kritisieren und zu zeigen, was, bei vorhandenem gesellschaftlichen Reichtum, unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen möglich wäre.
Dazu ist eine Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen im sozialen, ökologischen und Friedensbereich notwendig, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die GRÜNEN, die ja aus diesen Bewegungen hervorgegangen sind.

Denn die Illusion, radikale Veränderungen über das Parlament zu initiieren, sind immer Folge einer außerparlamentarischen Desillusionierung.
Es gilt immer wieder klarzustellen, daß die Verhinderungen von Atomkraftwerken, Aufrüstung und Abbau sozialer Leistungen nur aus den Kämpfen der Betroffenen selbst resultieren kann. Die GRÜNEN im Parlament sind nur dann ein politischer Fortschritt, wenn auch dadurch die Propagierung und Informierung autonomer Bewegungen vorangetrieben wird und nicht umgekehrt.

Kontakt:Anne Nixdorf
Alexanderstr.43
6 Frankfurt 90
Tel.0611/783748

Birgit Hutner
Altebergsweg 70
6 Frankfurt 70
Tel.0611/655389

Zwischenlager Ahaus

Am 21.Juli begann in Ahaus der behördliche Anhörungstermin für abgebrannte Brennelemente unter Leitung von Dr. Collin (physikalisch-technische Bundesanstalt PTB). Auf drei Tage hatte die PTB diesen Termin veranschlagt, bei dem die Einwendungen der betroffenen Bürger mit den Betreibern (DWK und STEAG), den Vertretern der beteiligten Behörden (PTB als atomrechtliche, Stadt Ahaus als baurechtliche Genehmigungsbehörde, Land Nordrhein-westfalen als politisch verantwortliche Instanz) und den von ihnen beauftragten Gutachtern (TÜV Hannover, Bundesanstalt für Materialprüfung) erörtert werden sollten. Zur Überraschung der Veranstalter (und wohl auch zum Ärger einiger Behördenvertreter, die ihren Urlaub antreten wollten) zog sich der Termin dann allerdings geschlagene 6 Tage hin, wobei jeweils bis weit in den Abend hinein diskutiert wurde:

Mit dieser intensiven Vorbereitung des Termins durch die sachkundigen Einwender und ihre wissentschaftlichen und juristischen Beistände hatte man wohl nicht gerechnet. Viel eher war man es ja von anderen Standorten gewohnt, daß solche Termine boykottiert oder vorzeitig abgebrochen werden - und auch in Ahaus selbst war dies ja vor viereinhalb Jahren bei einem ersten Termin so geschehen.

Erinnern wir uns zurück: Gerade sechs Jahre ist es her, daß die Pläne der Atomlobby bekannt wurden, in Ahaus das erste zentrale Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente (BEZ) zu errichten, damals noch als Naß-Lager geplant. Der Platz in der Atomkraftwerken wurde zunehmend knapper, das ursprünglich geplante »Nationale Entsorgungszentrum Gorleben« konnte zumindest nicht in der vorgesehenen Zeit erstellt werden, also brauchte man Zwischenlösungen für den Atommüll. Warum ausgerechnet Ahaus dafür ausgewählt wurde?

Nun, ein EVU(Energieversorgungsunternehmen) - in diesem Fall die STEAG -besaß am Ort bereits ein Grundstück, also glaubte man, hier keine Zeitverzögerung hinnehmen zu müssen. Glaubte man! Aber auch wenn Ahaus überregional nur selten in die Schlagzeilen geriet und für die Anti-AKW-Bewegung nie zu einem Symbol wie Gorleben, Whyl oder Brokdorf geworden ist, rührte sich doch auch hier von Anfang an beträchtlicher Widerstand in der Bevölkerung: Rasch bildete sich die Bürgerinitiative »Kein Atommüll in Ahaus«, die die Bevölkerung über die Gefahren der Atomenergie im allgemeinen und der Zwischenlagerung im Besonderen informierte. Die Landwirte des Kreises, die niedergelassenen Ärzte und Apotheker der Stadt Ahaus, auch SPD, FDP, JUSOS und GEW wandten sich öffentlich gegen die Pläne für die Atommülldeponie.

Nur die örtliche CDU betrieb von Anfang an eine Hinhaltetaktik: In ihrer Mehrheit im Grunde für das Lager, wagte man doch mit Rücksicht auf die eigene Wählerschaft dies nicht offen zu sagen und drückte sich daher jahrelang um eine klare Stellungnahme, während man hinter den Kulissen der DWK den Boden bereitete.

Erster Erfolg des Widerstandes war, daß wenigstens die Durchführung eines öffentlichen Genehmigungsverfahrens zugesichert wurde, mit Einspruchsmöglichkeiten für die betroffene Bevölkerung und einem Erörterungstermin. Nicht einmal dies war nämlich ursprünglich geplant, da die Betreiber und die politisch Verantwortlichen sich auf den Standpunkt stellten, daß ein Zwischenlager nach § 6 Atomgesetz zu genehmigen wäre, wofür eine Öffentlichkeitsbeteiligung nicht vorgesehen ist. Bis zu dem dann doch zustande gekommenen Termin im Februar 1979 hatte der Widerstand in Ahaus kontinuierlich zugenommen. Eine Woche vor der Erörterung hatte es die erste Demonstration in der Geschichte der westmünsterländischen Kleinstadt gegeben, an der ca. 3000 Menschen teilnahmen. Auf dem Termin selbst kam es dann zum Eklat: In der vollbesetzten Ahauser Stadthalle stellten sich die

ca. 800 Einwender quer und forderten, daß vor der Erörterung erst die in Auftrag gegebenen Gutachten fertig gestellt und veröffentlicht werden sollten. Dies wurde zunächst abgelehnt, aber als die geschlossene Front der Einwender drohte, andernfalls den Termin zu boykottieren, gab die Landesregierung schließlich nach: Der Termin wurde ausgesetzt und sollte nach Fertigstellung der Gutachten, mit der man im Laufe des Jahres 1979 rechnete, fortgeführt werden.

In der Zwischenzeit änderten sich jedoch die politischen Rahmenbedingungen: Im Frühjaahr 79 hatte das Gorleben-Hearing erhebliche Mängel des Naß-Lager Konzeptes aufgedeckt, sodaß Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht bei seiner berühmten Erklärung vom Mai 79 unter anderem ein anderes Zwischenlagerkonzept, ein »inhärent sicheres«, forderte. Fortan begann die DWK das Trockenlagerkonzept, selbstverständlich als »noch sicherer«, zu propagieren - noch ein halbes Jahr vorher hatte sie darüber verlauten lassen, es sei technisch noch überhaupt nicht ausgereift!

Im Oktober 79 gaben STEAG und DWK dann offiziell bekannt, daß sie in Ahaus jetzt den Bau eines solchen Trockenlagers beantragt hätten. Aber offenbar waren sich die Betreiber jetzt der Verwirklichung ihrer Pläne nicht mehr so sicher: Unter dem Druck der Bevölkerung hatte die NRW-Landesregierung die gesicherte Entsorgung des Zwischenlagers (durch ein Endlager in Gorleben) zur Bedingungen für seine Akzeptanz gemacht.

Und in Ahaus selbst hatte bei den Kommunalwahlen die neu gegründete UWG (Unabhängige Wählergeimeinschaft) über 25% der Sitze errungen, was weiteren Widerstand vor Ort signalisierte. Zudem galt auch für das Trockenlager (TL) wieder die Zusage der Landesregierung, daß ein öffentliches Verfahren mit Gutachtenauslegung und Erörterung stattfinden würde. Die Betreiber änderten daher ihre Pläne insoweit, als sie jetzt vorrangig ihr gleichartiges Lager in Gorleben verfolgten, da es in Niedersachsen keine Bedingungen dieser Art gab und man sich wohl auch nach dem (wie man inzwischen weiß: angeblichen) Verzicht auf die Wiederaufbereitungsanlage ein Abflauen des lokalen Widerstandes erwartete. Das Lager ist ja inzwischen auch fast fertig gestellt. Im Frühjahr 1981 fand in Gorleben eine Anhörung statt, die bekanntlich von den Einwendern boykottiert wurde mit der Begründung der fehlenden Gutachten und mit Verweis auf Ahaus, wo diese erst abgewartet werden sollten.

In Ahaus dagegen wurden im Frühjahr 1983 die Gutachten von TÜV und BAM sowie der Sicherheitsbericht der Betreiber ausgelegt. Über 5000 Einsprüche, vorwiegend aus der Umgebung von Ahaus beiderseits der deutsch-niederländischen Grenze, wurden eingereicht - mehr als 5 Jahre zuvor beim Naß-Lager Verfahren.

Eine Woche vor dem Termin, der am 21.6. begann, wurde dann der Widerstand erneut auf die Straße getragen: diesmal in Form des »längsten Anti-Atom-Transparentes« der Welt, daß aus Bettlakenspenden der Ahauser Bevölkerung erstellt wurde und mit einer Gesamtlänge von schließlich über 3 km von der Ahauser Innenstadt bis fast zum geplanten BEZ-Gelände vor den Toren der Stadt gespannt werden konnte. Anschließend wurde dieses Gelände mit dem Riesentransparent umwickelt nach dem Motto: »Wir lassen uns nicht von der DWK einwickeln,wir drehen den Spieß lieber um!« Die Aktion stieß zumindest in NRW und in den benachbarten Niederlanden auf breites Medieninteresse. Sie machte deutlich, daß auch nach 6 Jahren der Widerstand gegen das BEZ nicht gebrochen ist.

Auch die Presseberichterstattung über den Erörterungstermin selbst war hier umfangreich und durchweg positiv für uns - teilweise allerdings so »positiv«, daß man sich vereinzelt schon wieder ärgern mußte: Wenn da nämlich einige Journalisten nicht nur die überzeugenden Argumente der sachkundigen Einwender lobten (was eigentlich alle taten), sondern darüberhinaus ihrer Freude darüber Ausdruck gaben, wie toll sachlich man doch auf diesem Termin trotz aller noch so gegensätzlichen Meinungen miteinander als »wahre Demokraten« ohne jeden Klamauk und Agressionen habe diskutieren können. ... Angesichts eines solchen Berichtes haben wir uns gefragt, ob es richtig war, sich auf die Spielregeln dieses Verfahrens einzulassen. Wir sind aber zu der Auffassung gekommen, daß es unter den gegebenen Umständen doch richtig war, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Vor viereinhalb Jahren hatten wir ja bereits einen Termin zum Platzen gebracht. So etwas ist nicht beliebig wiederholbar. Unsere damaligen Forderungen sind diesmal erfüllt worden, wir hätten daher einen Boykott der Ahauser Öffentlichkeit diesmal nicht vermitteln können. Es hätte dann geheißen, »die BI kneift, nachdem sie jahrelang große Töne gespuckt hat, fehlen ihr jetzt die Argumente.«

2. Die Duskussion auf dem Termin gab wertvolle Aufschlüsse über tatsächliche Schwächen des Trockenlagerkonzeptes und nicht nur vermeintliche, die sich in Zukunft weiterzuverfolgen nicht lohnt.

3. Durch die regionale Berichterstattung ist es uns zumindest hier möglich gewesen, einer breiten Öffentlichkeit die Fragwürdigkeit der Sicherheitsphilisophie der Entsorgungsplaner erneut deutlich zu machen. So wurde etwa ganz deutlich, daß das BEZ kein 'Zwischen'Lager werden wird, sondern ein auf mindestens 40 Jahre geplantes Dauerlager, dessen spätere 'Entsorgung' aber auch nach 40 Jahren noch in den Sternen steht. Auch wurde deutlich, daß entgegen der langjährigen Betreiberpropaganda bei einem großen Unfall (z.B. Flugzeugabsturz oder Abschuß - Anmerk. der Säzzer) die Behälter durchaus undicht werden können, da die Lagerhalle nicht gegen Flugzeugabsturz ausgelegt werden soll - obwohl sich der Standort unmittelbar unter einem militärischen Tieffluggebiet befindet! Hinsichtlich Sabotagegefahren wurde deutlich, daß es dagegen keinen absoluten Schutz gibt: eine Zerstörung der Lagerbehälter durch Geschosse und damit Freisetzung großer Mengen an Radioaktivität ist durchaus möglich. Als ein Bauer, der seinen Hof unmittelbar neben dem vorgesehenen Lagergelände hat, fragte, was er in einem solchen Fall denn tun solle, wurde ihm geantwortet, er solle doch dann am besten die Polizei anrufen; auf Nachfrage wurde ergänzt: wenn er sich in einer Entfernung von weniger als hundert Meter am Geschehen aufgehalten habe, dann brauche er sich ohnehin um nichts mehr zu kümmern ...

Solche und noch einige andere Ergebnisse des Termines haben in der regionalen Öffentlichkeit, insbesondere bei den Bauern, einen tiefen Eindruch hinterlassen, wie man sich wohl denken kann. Dies aber ist wichtig für die weitere Arbeit der BI.
Unter all den Umständen glauben wir, daß es richtig war, den Anhörungstermin wahrzunehmen. Entscheidend für die Zukunft ist natürlich die Frage, was daraus gemacht wird im Hinblick auf den weiteren Widerstand.

BI Ahaus (H.Liebermann)

EMSLAND

DOKUMENTATION

Folgende Presseerklärung mit Datum vom 6.6.83 wurde uns zugestellt:

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zu Pflicht!

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 1983 wurde ein Teil des Fuhrparks, der auf dem Gelände des Speicherbeckens in Geeste steht, lahmgelegt. Dieses war nur ein kleiner Teil des Widerstandes um das AKW Emsland und den Speichersee zu verhindern. Allein durch viele kleine und mannigfaltige Widerstandsformen kann es gelingen, diese Menschenfeindliche Todesindustrie zu stoppen. Jeder einzelne Tag an dem nicht gearbeitet wird, ist ein Gewinn für alle Gegner dieser schwachsinnigen Projekte. Diese Form des Widerstandes wurde gewählt, weil dadurch auf die Bedrohung und auf die fast unmöglich zu verhindernden Genehmigungsverfahren hingewiesen werden soll. Nur allzu oft werden Einwände und die sogenannte Bürgerbeteiligung von den »wirklich« bürgernahen Politikern, Behörden usw. lahmgelegt, verschoben oder einfach abgewürgt. Bei diesen Dingen beteiligt sich die Meppener sowie die Lingener Tagespost immer allzu gern. Proteste und Leserbriefe werden gekürzt, gar nicht erst gedruckt oder falsch dargestellt. Wenn aber nur ein Piep von der Betreiberseite kommt, wird dies sofort veröffentlicht.
Juristisch sind wir sicher im Unrecht (wer hat denn auch diese Gesetze gemacht?), aber unser Recht auf Leben und die Gesetze der Erde sind weitaus höhere Werte. Da aber höhere Werte nur allzu oft mit Füßen getreten werden, haben wir das moralische Recht, uns auf diese Art zu wehren. Wir wollen nur unser Leben erhalten.

Euch gehört die Macht
Aber uns gehört die Nacht!

AKW ? NEE !

2.TG für UAA erteilt - Situationsbericht aus Gronau

Unbemerkt von der Anti-AKW-Bewegung wurde Mitte Juli die 2. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für die erste bundesdeutsche Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau (Nordrhein Westfalen) erteilt, zwei weitere folgen noch.

Doch nicht nur diese 2. TEG blieb in der Bewegung unbemerkt; im Gegensatz zu Brokdorf, Gorleben, oder Wyhl hat Gronau als Standort einer Atomanlage in der Bewegung überhaupt keinen Namen, obwohl mit der UAA eine der bedeutensten Anlagen im Brennstoffkreislauf der BRD gebaut wird. Schließlich sind die meisten AKWs ohne angereichertes Uran produktionsunfähig. Der Widerstand gegen das Atomprogramm muß also bereits bei der UAA und nicht erst bei den AKWs beginnen. Doch dies ist in Gronau leichter gesagt als getan.

1976, als Gronau zum UAA-Standort »auserkoren« wurde, bildete sich in Gronau ziemlich schnell eine Bürgerinitiative, die zuerst auch einigen Zulauf hatte. Im Gegensatz zu anderen Standorten bildete sich aber kein großer Widerstand. Die BI ist zwar Mitorganisator der Demonstration gegen die baugleiche UAA in Almelo (Niederlande) 1978 gewesen (Almelo liegt ca. 30 km von Gronau entfernt), an der 40000 Menschen teilnahmen - in Gronau kam es dagegen nie zu größeren Aktionen.

Für den nicht entstandenen Widerstand lassen sich aus heutiger Sicht mehrere Gründe aufzählen. Ein Hauptgrund wird darin bestehen, daß die Landwirte in Gronau, anders als in Wyhl oder Gorleben, keine Bedenken gegen die UAA hatten, und somit nicht zum Auslöser des Widerstands geworden sind. Direkte Gefahren durch die UAA haben sie für sich nicht gesehen (sie ist zwar zugegebenermaßen im Vergleich zu einem AKW relativ ungefährlich, dennoch wird auch im Normalbetrieb Radioaktivität freigesetzt), und die Stellung der UAA im Brennstoffkreislauf hat die Landwirte sowieso nicht interessiert. Außerdem wurden die Landwirte, auf deren Boden die UAA gebaut wird, gut entschädigt.

Weiterhin wird der Widerstand dadurch erschwert, daß Gronau seit jeher eine Textilindustriestadt ist, in der bis vor kurzem ein Unternehmen (van Delden) tonangebend gewesen ist; die Bevölkerung hoffte, daß durch die UAA neue Arbeitsplätze entstehen würden. Dabei wurde aber nicht bedacht, daß die Nachfrage nach angereichertem Uran, und somit auch die Arbeitsplatzzahl, sinkt, und daß die für die UAA notwendigen Facharbeiter nicht aus den Reihen der arbeitslosen Textilarbeiter rekrutiert werden können.

Die BI-Arbeit wurde außerdem dadurch erschwert, daß die Lokalzeitung, ebenso wie der Stadtrat, für die Ansiedlung der UAA plädiert.

1980 wurde in Gronau die Zentrifugenmontagehalle in Betrieb genommen, die jetzt Zentrifugen für die UAA Almelo, später für die UAA Gronau baut (sowohl die Almeloer als auch die geplante Gronauer Anlage arbeiten nach dem Ultrazentrifugenverfahren).

Anläßlich der Inbetriebnahme fand die letzte Aktion der BI statt: eine Fahrrad-Demo, an der ca. 60 Menschen teilnahmen.

Nach der Fahrrad-Demo löste sich die BI auf; nach vier Jahren ergebnisloser Arbeit zogen sich die meisten Aktivisten ins Privatleben zurück. Einige der letzten Aktiven schlugen den parlamentarischen Weg ein und gründeten den Kreisverband Borken der Grünen; einige andere gründeten den Arbeitskreis Umwelt Gronau.

Gemeinsam mit anderen AKUs aus umliegenden Orten bereitete der AKU Gronau in der Regionalkonferenz des Kreises Borken den Erörterungstermin für die UAA vor, der im Mai 1981 stattfand. Vor dem Termin fand in Gronau die bisher größte Demonstration statt, an der gut 100 Menschen teilnahmen.

Nach dem Erörterungstermin brach die Regionalkonferenz zusammen. Seitdem versuchen wir weiterhin durch Kleinarbeit die Bevölkerung von der Unsinnigkeit der UAA, sowie der Atomenergie überhaupt, durch Infostände, Infoveranstaltungen und durch die Mitarbeit an Gronaus einziger Alternativzeitung zu überzeugen. Dennoch nahmen an der Demonstration anläßlich der Grundsteinlegung der UAA im September 1982 nur 50 Menschen teil.

Die Zusammenarbeit mit BIs aus Nachbarorten wird dadurch erschwert, daß viele von ihnen eigene Probleme vor Ort haben: die Niederländer im Westen müssen in Almelo mit der UAA fertig werden, die Lingener im Norden mit der Baulinie 80, und die Ahauser im Süden mit dem Zwischenlager. Langfristig gesehen kann der Widerstand in und um Gronau nur erfolgreich sein, wenn die bestehenden Gruppen in der Region wieder verstärkt zusammenarbeiten. Es muß aber auch überlegt werden, wie weitere Kreise der Bewegung in den Widerstand gegen die UAA einbezogen werden können. 1985 soll die UAA mit der Produktion beginnen, bis dahin muß sich der Widerstand verdichten. Dies kann aber nicht alleine aus Gronau heraus passieren. Der AKU Gronau ist (trotz »steigender« Mitarbeiterzahlen) nach wie vor personell schwach. Von den etwa 10 Aktiven sind die Hälfte Schüler. Daher können wir uns bei entfernteren Konferenzen nicht einbringen.

Auch von dem mittlerweile bestehenden Ortsverband der Grünen ist kein großer Widerstand zu erwarten; er wird sich auf die anstehenden Kommunalwahlen vorbereiten, so daß erfahrungsgemäß viel Arbeit in die Organisation gelegt wird. Allerdings ist es möglich die Grünen für Aktionen des AKU zu gewinnen, zumal einige der AKU-Mitglieder mittlerweile Grüne sind.

Wir können kein Widerstandskonzept vorlegen, das auch auswärtige Kräfte einbezieht; wir fänden es gut, wenn euch dieser Artikel dazu veranlassen würde, Euch über Gronau näher zu informieren. Vielleicht könnt ihr uns durch Aktionsvorschläge oder Diskussionsansätze helfen, den Widerstand in Gronau auszubauen.

Keine UAA in Gronau oder anderswo!

Sofortiger Ausstieg aus dem Atomprogramm!

Freiheit für alle inhaftierten AKW-Gegner und Kriegsdienstverweigerer!

Kontakt:
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
c/o Udo Buchholz
Siedlerweg 7 4432 Gronau

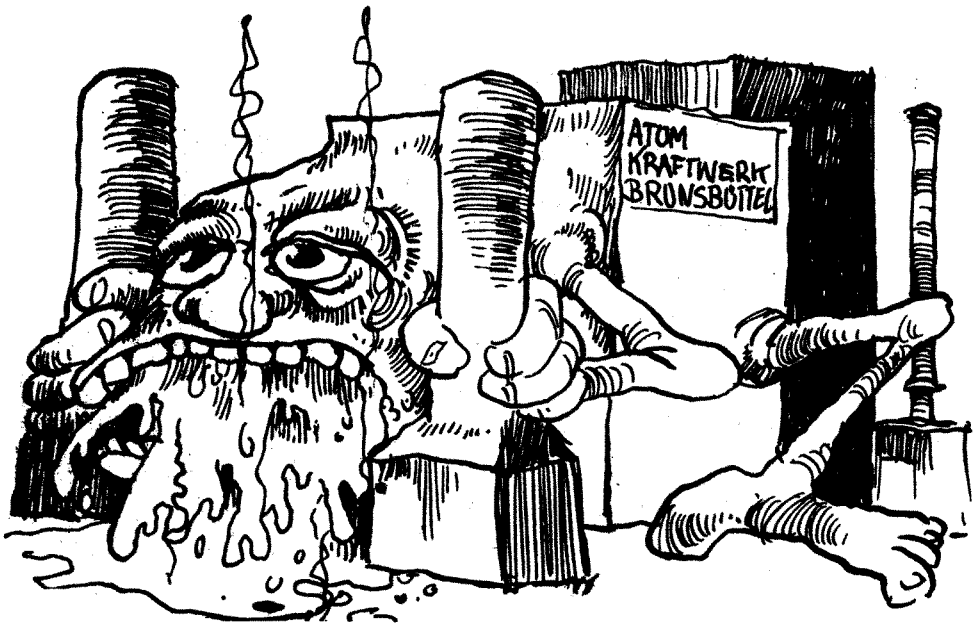
Volksbank Gronau BLZ 401 640 24
Konto: 140 966 800

Presserklärung des AKU Brunsbüttel zur Wiederinbetriebnahme des AKW Brunsbüttel

Nach über einjährigen Stillstand soll das Atomkraftwerk in Brunsbüttel wieder angeschaltet werden. Es waren keine Routineuntersuchungen, die die Betreiber veranlaßten, den Versuch zu unternehmen, die Anlage für fast eine halbe Milliarde DM zu renovieren. Eine halbe Milliarde, die mehr als die Hälfte der gesamten Neubaukosten dieses Reaktors von 800 Millionen DM ausmacht.
Die Betreiber sahen sich gezwungen, nachträglich den Bau zusätzlicher Sicherheitseinrichtungen vornehmen zu lassen. Des weiteren wurden alle radioaktiv verseuchten Rohrleitungen des Primärkreislaufes gegen neue aus einem vorgeblich zäheren Stahl ausgetauscht. Eine Menge, die nach Angaben der Betreiber über 800 to schwer ist!
Kurzerhand wird von den Betreibern verkündet, daß das AKW »so sicher wie nur irgend möglich« sei und Brunsbüttel sich spätestens jetzt auf dem »modernsten Stand von Wissenschaft und Technik« befinde.
Wir kennen diese Sprüche der Atomindustrie seit Jahren und wir wissen, daß dadurch kein AKW sicherer geworden ist oder Unfälle, wie z.B. in Harrisburg oder Brunsbüttel (Spätsommer 1978), verhindert werden. Durch die Vielzahl der Reparaturen im AKW Brunsbüttel in den letzten Jahren handelt es sich heute (1983) um eine fast völlig veränderte Anlage, als die ursprünglich 1976 in Betrieb genommene. Eine Feinabstimmung der neuen Einrichtungen in der im Grundriss alten Anlage hat in Brunsbüttel nicht mehr vorgenommen werden können. Niemand kann zum Beispiel vorher sagen, wie sich unter diesen Bedingungen der neue Stahl der Rohrleitungen unter Belastung verhalten wird. Oder um es umgangssprachlich zu sagen: Ein durchgerosteter VW - Käfer, Baujahr 1950, wird auch nicht durch das Putzen der Karosserie und durch den Einbau neuer Bremsklötze betriebssicher.
Brunsbüttel ist ein Schrottreaktor und für die betroffene Bevölkerung wird es selbst durch den Einbau noch so vieler Sicherungseinrichtungen keine Verringerung des Sicherheitsrisikos geben.

Brunsbüttel gehört bautechnisch in die Reihe der Siedewasserreaktoren. Von den sieben kommerziell genutzten bundesdeutschen AKWs dieses Typs sind Lingen und Gundremmingen bereits stillgelegt und werden abgerissen. Drei weitere waren zusammen mit Brunsbüttel wegen ähnlicher Sicherheitsprobleme für längere Zeit abgeschaltet (Isar 1, Würgassen und Phillipsburg). Die Reparaturkosten dieser vier Anlagen soll sich nach Angaben der Betreiber auf 1,5 Milliarden belaufen haben.
Das dieses Jahr leider in Betrieb gehende AKW Krümmel wird das letzte in der auslaufenden Reihe der Siedewasserreaktoren in der BRD sein. Die letzte Antragstellung für für einen Siedewasserreaktor datiert in der Bundesrepublik vom Frühjahr 1974. Bei allen danach geplanten und in Bau genommenen AKWs handelt es sich um Druckwasserreaktoren vom Typ Stade.

Die Technik der Siedewasserreaktoren ist schon längst überholt und besonders störanfällig. Die beiden spektakulärsten Unfälle in bundesdeutschen AKWs ereigneten sich in den beiden Siedewasserreaktoren Würgassen und Brunsbüttel. Über 60 dem Bundesinnenministerium 1982 gemeldete Vorkommnisse in den Siedewasserreaktoren deuten auf die Spitze eines Eisberges dieser Störfalltechnik hinter den dicken Betonmauern dieser Reaktorlinie hin.
Die Siedewasserreaktorlinie ist deswegen auch längst in aller Stille von der bundesdeutschen Atomindustrie zu Grabe getragen worden. Trotzdem wird durch die erneute Inbetriebnahme Brunsbüttels auf Kosten der Gesundheit der betroffenen Bevölkerung kalkuliert; gilt es doch für die Betreiber in Zukunft aus dieser Anlage eine Stromproduktion »auf Teufel komm raus« herauszuholen.
Im Rahmen des mittlerweile siebenjährigen Betriebes des AKW Brunsbüttel hat dieses



an die fünf Jahre still gestanden. An die 200 Störfälle im Laufe dieser Jahre haben die Verfügbarkeit der Anlage auf 35 % gedrückt und immense Stillstands- und Reparaturkosten verursacht. Diese Kosten sind von der HEW an die Stromverbraucher insbesondere in Hamburg weitergegeben worden. Hamburgs Strompreise liegen vor allem durch das intensive Engagement der HEW in Sachen Kernenergie an der Spitze der BRD. 4 Strompreiserhöhungen in den letzten zwei Jahren in Hamburg haben den propagandistisch an die Wand gemalten Traum vom »billigen Atomstrom« wie eine Seifenblase zerplatzen lassen. Die letzte Preiserhöhung von 6 % in Hamburg durch die HEW wurde unumwunden mit den Reparaturkosten für Brunsbüttel begründet. Selbst der AKW - Befürworter und Bürgermeister von Hamburg Dohnany sah sich in diesem Zusammenhang dazu gezwungen im Fall von Brunsbüttel von einer »möglichen Fehlinvestition« zu sprechen.

Rechnet man für Brunsbüttel zu den bereits zwei Milliarden DM für Bau-, Reparatur- und Stillstandskosten die zukünftigen Betriebskosten, die Kosten für Stillegung, Wiederaufbereitung und Endlagerung zusammen, so wird selbst bei einem relativ reibungslosen Betrieb der Anlage eine Rentabilität des Reaktors insgesamt nicht mehr zu erwarten sein. So kommt es denn für die Betreiber vor allem darauf an, die ohnehin schon große Minusbilanz des Schrottreaktors für die Zukunft etwas freundlicher zu gestalten.
Der Betrieb des AKW Brunsbüttel unter diesen Bedingungen wird ein wichtiger Grund mehr sein, der zwangsläufig zum nächsten mehr oder minder schweren Störfall in der Anlage führen wird.
Zusammen mit dem auch in Zukunft stagnierenden Stromverbrauch, bei gleichzeitigen Überkapazitäten im norddeutschen Raum wird Brunsbüttel an allererster Stelle der vier Unterelbe-AKWs für eine Stillegung stehen. Wir geben dem AKW Brunsbüttel allerhöchstens noch 4 - 5 Betriebsjahre. Spätestens dann wird die Abrissbirne auf dem AKW - Gelände ihren festen Platz bekommen.
Je eher - desto besser !

Arbeitskreis Umweltschutz Brunsbüttel
Tiedemannstr. 10
2212 Brunsbüttel Tel.: 04852 - 6631

Späth: Kein Zeitdruck mehr Badische Zeitung 31.8.83

Der Baubeginn in Wyhl wird verschoben

Von unserem Redakteur Klaus G. Wertel

Stuttgart. Der Bau des umstrittenen Kernkraftwerks Wyhl wird sich verzögern. Ministerpräsident Späth (CDU) erklärte am Dienstag, daß der Baubeginn später erfolgen könne als ursprünglich angenommen, da es gegenwärtig mehr Strom in der Bundesrepublik gebe als benötigt werde. Späth wollte sich auf einen genauen Zeitpunkt nicht festlegen. Ein Baubeginn unmittelbar nach der Landtagswahl im März 1984 sei jedoch unwahrscheinlich geworden. (Tagesspiegel)

„Bei der Entscheidung über die Änderungsgenehmigung für den Bau des Kernkraftwerks Wyhl stehen wir nicht mehr wie bisher unter Zeitdruck": Mit dieser Erklärung rückte Späth erstmals von der im Oktober 1982 abgegebenen Ankündigung ab, über den Bau des 1200-Megawatt-Leichtwasserreaktors werde noch im Laufe des Jahres 1983 entschieden.

Späth begründete den gewonnenen zeitlichen Spielraum zum einem mit dem deutlich unter den Prognosewerten gebliebenen Stromverbrauchszuwachs (1982: 2,2 Prozent statt 3 bis 3,5 Prozent) und zum anderen mit den derzeit laufenden Verhandlungen mit dem staatlichen französischen Kraftwerksbetreiber EDF über zusätzliche Stromlieferungen aus dem elsässischen Atomkraftwerk Fessenheim nach Baden-Württemberg. Derzeit bezieht das Land rund 300 Megawatt Stromleistung aus Frankreich. Im Gespräch sei ein Vertrag über die langfristige Lieferung von zusätzlich 600 Megawatt, was der Hälfte der für Wyhl geplanten Leistung entspräche.

Späth vermied es, sich auf die Nennung von Zeiträumen und Terminen festzulegen, meinte aber, daß ein Baubeginn in Wyhl unmittelbar nach der nächsten Landtagswahl eher unwahrscheinlich geworden sei. Die grundsätzliche Notwendigkeit des Kernkraftwerks in Wyhl stehe dagegen nach wie vor außer Frage: „Sicher kann es keinen langfristigen Verzicht auf Wyhl geben."

Vor dem Hintergrund der durch Kohlekraftwerke mitverursachten Walderkrankungen sei eine Ersetzung des Kohlestroms durch Kernkraft im Grundlastbereich dringend geboten. Auch könne sich die gegenwärtige günstige Versorgungslage rasch verschlechtern, wenn sich Nordrhein-Westfalen durch Umweltschutzauflagen gezwungen sähe, einen Teil seiner Braunkohlekraftwerke umzurüsten oder ganz stillzulegen.

Der gewonnene Zeitraum soll, so Späth, zu einer neuerlichen „Überprüfung der Kühlkonzeption für Wyhl und aller anderen Anregungen aus der Region" genutzt werden.

Diese Zeitungsmeldung ging Anfang September quer durch die deutsche Presse, in verschiedenen Variationen - vom Verzicht auf Wyhl« war sogar die Rede.
Für uns ist es sicherlich schwierig, die Lage in der Wyhl-Region richtig zu beurteilen. Wir wollen aber trotzdem vor zu schnellen Schlüssen warnen - auch wenn tatsächlich etwas für die Meldungen spricht.
Wir haben zuerst gedacht: »Na klar, das ist Wahlkampf«. Aber dagegen spricht eigentlich, daß es Späth sicherlich nicht nötig hat, solche Tricks anzuwenden; er hat eh eine sichere schwarze Mehrheit im Musterländle. Für die Richtigkeit der Meldung spricht auch, daß Wyhl nicht das erste Projekt wäre, welches von der Atomindustrie »zurückgestellt« wird.
Zudem ist es durchaus realistisch, daß die französischen Stromerzeuger Späth günstige Angebote unterbreitet haben - angesichts der totalen Überproduktion an Strom und der Verschuldung der EDF. Fragt sich nur, wie lange der Schrottreaktor in Fessenheim noch im Einsatz ist?
Auf der anderen Seite sind die AKWs aber trotzdem immer gebaut worden, auch wenn die Strombedarfsprognosen dem gegenüberstanden - das war für die Betreiber noch nie ein Argument.
Zudem gab es zu Anfang dieses Jahres die Aussagen höchster Sicherheitsbeamter, die von der »Grünen Hölle Wyhl« und »Es wird Tote geben« redeten. Für sie stand auch der Zeitpunkt dieses Infernos fest: Frühjahr 1984. Diese Einschätzungen kommen doch nicht einfach aus dem hohlen Bauch. Dafür wiegt der Staub zuviel, den sie aufgewirbelt haben.
Mag tatsächlich sein, daß Spät sich einen Weg für einen späteren Ausstieg aus Wyhl gebahnt hat.
Mag aber auch sein, daß er sich nur etwas Luft für den Stationierungsherbst in seinem Ländle schaffen wollte, und den Zündstoff, den die Aussagen seiner Beamter gelegt haben, erstmal entschärfen wollte.

Polizeigespräche:
Verraten und verkauft?

Herbst '83:
Reicht das aus?
Und was geschieht danach?

Genf:
Das Ende eines Betrugs
oder
ein Betrug ohne Ende...

Bestellt sie über Eure Friedensini, einen Buchladen oder direkt bei der Redaktion:
FriZ Nernstweg 32-34,
2 Hamburg 50,
Tel.: 040/39 44 04.

Atommülltransporte

Bahn frei für den Atomtod

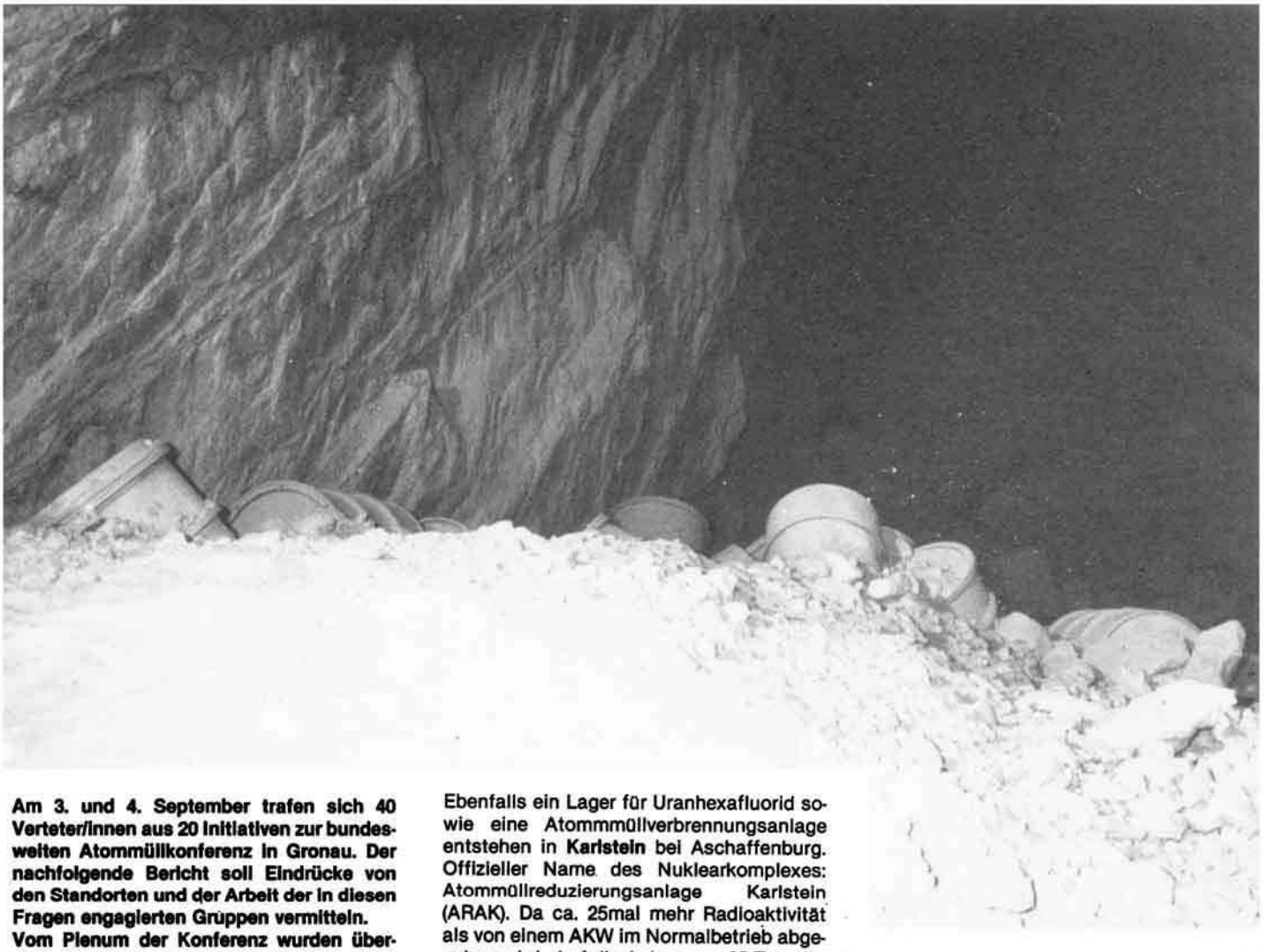
Allmählich donnern Brummis mit radioaktiver Fracht durch die BRD.
Noch wird der größte Teil der atomaren Transporte im Rhein-Main-Gebiet abgewickelt. Hier existieren allein im Raum Hanau 5 der 6 westdeutschen Brennelementefabriken.
Doch in Kürze ist ein reger Verkehr mit hoch-radioaktiv verseuchten Brennelementen im gesamten Bundesgebiet zu erwarten, denn das Zwischenlager Gorleben ist so gut wie fertiggestellt.
Noch sind die Atommülltransporte, die ja fast sämtliche Anti-AKW-Gruppen zu » Standort-Initiativen « werden lassen, nicht in der öffentlichen Diskussion.
Auch die Behörden scheinen die Brisanz des Themas zu verkennen. Dieses ist zumindest das Resultat einer Umfrage, die die Grünen des Umlandverbandes Frankfurt durchführten.
15 Behörden, die aufgrund des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung Zuständigkeiten und Befugnisse bei der Genehmigung, Durchführung, Prüfung oder Aufsicht von atomaren Transporten haben, wurden befragt.
7 der 15 befragten Stellen wußten nichts von ihrer Zuständigkeit.
Obwohl die meisten Fragen- der —Geheimhaltung unterliegend- nicht beantwortet wurden, brachte die Umfrage neben Inkompetenz auch Ignoranz der Behörden zu tage. So sieht die Strahlenschutzverordnung vor, daß alle Transporteure radioaktiver Materialien, Vom Fahrer bis zum Umlader, Qualifikationskurse bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) absolvieren müssen, um sich notwendige Kenntnisse über »mögliche Schutzmaßnahmen« anzueignen.
Das hessische Ministerium für Wirtschaft und Technik und das Regierungspräsidium in Darmstadt bestätigten die Notwendigkeit der speziellen Fachkunde.
Ganz anders sieht es jedoch die Anbieterin der Fachkurse, die PTB. Sie teilte den Grünen mit, daß eine Ausbildung nicht erforderlich sei, da man sich ja bemühe, die radioaktiven Stoffe so sicher wie möglich zu verpacken, so daß sie von Nicht-Fachkundigen befördert werden können und bei einem Unfall niemanden schädigen.
Auch die in der Strahlenschutzverordnung geforderte Einzelgenehmigung von Atomtransporten durch die PTB ist in der Praxis durch Sammelgenehmigungen mit einer Gültigkeit von 3 Jahren abgelöst worden!

Als Einstieg in die Öffentlichkeitsarbeit eignet sich der Schocker »Im Zeichen des Kreuzes«, ein Film, der sich mit den Gefahren bei Atomtransporten beschäftigt. Die Atomlobby und ihre Handlanger in den Medien versuchten, den Film der Öffentlichkeit vorzuenthalten. So wurde er im Bayrischen Fernsehen abgesetzt.
Beim Braunschweiger AK gegen Atomenergie hat man einige Anregungen zusammengetragen, wie man den Film für die Arbeit vor Ort einsetzen kann.
INFO: Peter Dickel, Sophienstr.14, 33 Braunschweig

HESSISCHER LANDTAG

Antwort des Sozialministers auf die kleine Anfrage des Abg. Schalba-Hoth (GRÜNE), betreffend Mercedes-Transporter mit als »radioaktiv« gekennzeichneten Fässern in die Wiesbadener Bahnhofstraße
Drucksache 10/183
Die kleine Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister für Wirtschaft und Technik wie folgtß
Am 19. Januar 1983 verließ ich gegen 18.30 Uhr den Landtag. Kurz vor der Einmündung der Rheinstraße in die Bahnhofsteaße fiel mir auf der rechten Seite ein weißer Mercedes-Transporter (Typ 813) (Kennzeichen BS-KD 150) mit der Firmenbeschriftung »Amersham Buchler GmbH & Co.KG, Braunschweig« auf.
1. Befand sich in diesem Transporter entsprechend der Kennzeichnung an den Außenwänden radioaktives Material?
JA.
2. Woher stammte das Material, welche Zusammensetzung hatte es, wohin sollte es gebracht werden?
Es handelte sich um radioaktiven Abfall aus der Nuklearmedizin und sollte zu der Firma Buchler nach Braunschweig gebracht werden.
3. Wieviel Fässer bzw. Behältnisse befanden sich im Inneren des Wagens? Was bedeutete die Kennzeichnung mit Buchstaben und Zahlen?
Es befanden sich mehrere Fässer in dem Wagen, die Fässer waren den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gekennzeichnet.
4. Warum war der Wagen unverschlossen in der Innenstadt geparkt?
Der Fahrer hatte radioaktive Abfälle aus verschiedenen Krankenhäusern und von Ärzten abgeholt, den Wagen abgestellt und offensichtlich vergessen, ihn abzuschließen.
5. Sind rechtliche Schritte gegen die Transportfirma oder jemand anderen mit der Sache befaßten eingeleitet, oder ist dies geplant oder abzusehen?
Ja.
6. Wurden Strahlenmessungen nach Eintreffen der Polizei vorgenommen?
Nein.
7. Bestand zu irgendeinem Zeitpunkt eine Gefährdung für die Passanten?
Nein. Von ordnungsgemäß verpackten schwachradioaktiven Abfällen aus der Medizin geht keine Gefahr für die Bevölkerung aus. Die Überprüfung durch die Polizei ergab keinen Verstoß gegen die Verpackungsvorschriften.
8. Wie kann sichergestellt werden, daß sich dieser Fall nicht wiederholt?
Im Rahmen der Aufsicht werden die Beförderer radioaktiver Stoffe auf ihre Verpflichtungen hingewiesen. Im übrigen können derartige Verstöße gegen Vorschriften durch staatliche Aufsicht nicht mit Sicherheit verhindert werden.

Wiesbaden, den 7. März 1983
Clauss



Atommüllkonferenz in Gronau

Am 3. und 4. September trafen sich 40 Verteter/innen aus 20 Initiativen zur bundesweiten Atommüllkonferenz in Gronau. Der nachfolgende Bericht soll Eindrücke von den Standorten und der Arbeit der in diesen Fragen engagierten Gruppen vermitteln.
Vom Plenum der Konferenz wurden überdies zwei Stellungnahmen - eine zu den Befriedungsverhandlungen zwischen Polizei- und BBU-Führung, eine zum (Nicht-)Verhalten der GRÜNEN (Bundespartei) bezüglich des Projektes Energiebroschüre verabschiedet.
Das nächste Atommülltreffen wird am 3./4. Dezember stattfinden - wahrscheinlich im Raum Schwandorf. Kontaktadresse ist das:
Anti-Atom-Büro
Auf dem Ort 10
3549 Diemelstadt-Wethen
Tel. 05694/737

AG Schwach- und m ittelaktiver Müll/ Transportwege

Top 1: Standortberichte

In **Leese** bei Nienburg (Weser) ist ein Uranlager im Bau. Die Betriebsgenehmigung wurde vom zuständigen Gewerbeaufsichtsamt bereits Ende letzten Jahres erteilt - vorerst für einen Zeitraum von zehn Jahren. Schon ab Ende September 1983 soll mit der Einlagerung von Uranhexafluorid und anderen Urankonzentraten begonnen werden.

Ebenfalls ein Lager für Uranhexafluorid sowie eine Atommmüllverbrennungsanlage entstehen in **Karlstein** bei Aschaffenburg. Offizieller Name des Nuklearkomplexes: Atommüllreduzierungsanlage Karlstein (ARAK). Da ca. 25mal mehr Radioaktivität als von einem AKW im Normalbetrieb abgegeben wird, darf die Anlage nur 25 Tage im Jahr arbeiten.

Das Zwischenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle, das sog. Faßlager bei **Gorleben** ist praktisch fertiggestellt, wird aber wohl erst Anfang 1984 zusammen mit dem Castor-Zwischenlager in Betrieb genommen werden. Im Kreistag und im Landtag laufen Anfragen der Grünen über das atomare »Inventar« des Faßlagers, denn hierüber gibt es bisher widersprüchliche Aussagen; unklar ist z.B, ob auch Abfälle aus der WAA Karlsruhe eingelagert werden sollen.

Top 2: Transporte

Die niedersächsiche Landesregierung hat auf eine Kleine Anfrage der Grünen mitgeteilt, daß bereits im Jahr 1978 1500 Atommülltransporte durch die Bundesrepublik gerollt sind, und daß bei Verwirklichung der in der 3. Fortschreibung des Energieprogramms anvisierten AKW-Zubauten ca. 17.000 Transporte Jahr anfallen - ca. 75% davon über die Straßen.

Top 3: Aktionen

Die Diskussion über Aktionsvorschläge war wenig konkret. Wir werden das Thema bei gegebenem Anlaß aber aufgreifen ...

AG Trockenlager

Ahaus. Im Mittelpunkt stand die Diskussion über Sinn und Unsinn der Teilnahme an Erörterungsterminen (vgl. zum Thema den ausführlichen Ahaus-Artikel in dieser Nummer).

Gorleben. Noch vor Eintreffen der ersten Transporte oder der ersten Castor-Behälter sollen alle Zufahrten in den Landkreis dichtgemacht werden (»Wendlandblockade«). Termin hierfür wird voraussichtlich Anfang 1984 sein. Alle interessierten Gruppen sollten aber bereits jetzt Kontakt mit der BI Lüchow-Dannenberg aufnehmen. Ein vorläufiges Aktions-Konzept wird von dort verschickt. Für Ahaus und Würgassen werden

begleitende Solidaritätsaktionen virbereitet. **Würgassen.** Der Versuch mit einem gefüllten Castor-Behälter im AKW läuft weiter. Beim Verwaltungsgericht Minden ist eine Klage anhängig. Die Trockenlagerpläne scheinen derzeit nicht weiterverfolgt zu werden und auf Eis gelegt zu sein.

AG Endlager

Die BIś aus Braunschweig, Wolfenbüttel, Salzgitter und Lüchow-Dannenberg haben folgendes Vorgehen verabredet, um gegen die Endlagerung von Atommüll zumindest propagandistisch vorzugehen: Der vor kurtem vorgelegte Entsorgungsbericht der Bundesregierung soll zum Anlaß für eine Pressekonferenz in Bonn genommen werden, in der Punkt für Punkt die Brüchigkeit der herrschenden »Entsorgungs«logik aufgezeigt werden soll (siehe den Textvorschlag für eine gemeinsame Erklärung). Für die Pressekonferenz - Zeitpunkt: Ende Oktober/Anfang November wird eine Pressemappe vorbereitet, in der Statements von allen BIś liegen werden, die die These der gesicherten Entsorgung widerlegen bzw. entkräften können. Als Kontaktadresse und Sammelstelle fungiert **Wolfgang Ehmke, Otzenstraße 25, 2000 Hamburg, Tel. 040/4398475.**
Weiterhin werden Veranstaltungen in Salzgitter und Lüchow-Dannenberg zum Schacht Konrad, bzw. Endlager Gorleben vorbereitet.

AG WAA

Aus **Dragahn** wurde berichtet, daß die DWK schon nach 40 von 85 vorgesehenen Bohrungen hat verlauten lassen, daß der Baugrund geeignet sei.
In **Schwandorf** liegt ab 20.9. der Sicherheitsbericht aus; Einsprüche sind innerhalb von acht Wochen möglich. Im Gegensatz zur BI Lüchow-Dannenberg wollen die oberpfälzischen Initiativen in die Einsprüche viel Mühen und Arbeit investieren, weil sie sich davon gute Ansätze zu einer Neu-Entfachung des regionalen Widerstand-Schwunges erhoffen.
Als Reaktion auf die Auslegung des Sicherheitsberichtes soll im Herbst gleichfalls eine Pressekonferenz durchgeführt werden - gemeinsam von Schwandorfer Bilern, der BI Lüchow-Dannenberg und dem BBu (na?). Ein guter Aktionsvorschlag kam aus dem Wendland: Um die radioaktive Belastung und Bedrohung der Elbe deutlich zu machen, sollen Schlauchboote, die jeweils verschiedene Radionukleide darstellen, ab Hitzacker/Wendland elbabwärts fahren. An den AKW-Standorten sollen möglichst viele andere Boote dazustoßen.
Kontakt: **BI Lüchow-Dannenberg.**

Textvorschlag

Die Entsorgung westdeutscher AKWs ist nach Auffassung der Bundesregierung gesichert. Voraussetzung sei die konsequente Verwirklichung des Entsorgungskonzepts des Bundes und der Länder aus dem Jahre 1979. Das geht aus dem im Herbst 1983 vorgelegten Entsorgungsbericht vor.

In dankenswerter Offenheit geht die Bundesregierung in diesem Bericht vom Bau und Betrieb der Endlager Gorleben und Salzgitter aus, von denen bisher nur behauptet wurde, sie müßten noch auf ihre Tauglichkeit als Atommülldeponien hin erkundet, bzw. untersucht werden. Der Bund ist bisher vor Täuschung der Öffentlichkeit, wissenschaftlicher Einäugigkeit und Verfälschung unerwünschter Daten nicht zurückgeschreckt.?

1. Im Kalischacht Asse II bei Wolfenbüttel wurde jahrelang ohne rechtliche Grundlage Atommüll endgelagert. Dies geschah unter dem Deckmantel der »versuchsweisen nicht-rückholbaren Endlagerung«. Das Planfeststellungsverfahren wurde bis heute nicht zu Ende geführt, weil die Betreiber den notwendigen Sicherheitsbericht nicht beibringen konnten. Dennoch sollen jetzt wieder »versuchsweise« radioaktive Stoffe in die Asse verbracht werden.

2. Bereits vor der Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens in Salzgitter wurde Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis in der Betriebsgenhemigung des AKW Grafenrheinfeld sowie in den Teilerrichtungsgenehmigungen der AKWs Brokdorf, Grohnde, Emsland u.a. angeführt.
Selbst ein Endlager Gorleben wurde in der o.g. Betriebsgenehmigung vorausgesetzt; zu einem Zeitpunkt, als lediglich Tiefbohrungen stattfanden und die Entscheidung über das Abteufen der Schächte noch ausstand.

3. Nicht Nachweis der Sicherheit, sondern der schon angefallene Atommüll gaben des Ausschlag für den Ausbau der Atommülldeponien. Obschon am wenigsten erkundet, muß Schacht Konrad ab 1986 als erstes legales Endlager fungieren. In Gorleben wird mit dem Abteufen der Schächte die untertägige Erschließung von achtzehn Kilometern im Salz der Bau des Endlagers eingeleitet. Die Kritik von namhaften Wissenschaftlern an der Eignung des Salzstockes wird dabei völlig ignoriert.

4. Nicht die Strahlungart oder -dauer, auch nicht die Frage, um welche Spaltstoffe es sich handelt, wird bei der Einlagerung Berücksichtigung finden. Nach Auffassung der Betreiber ist lediglich die Oberflächendosisleistung und die Wärmeentwicklung von Bedeutung. Folglich ist die gesicherte Endlagerung lediglich eine Frage der Verpackung. Sicherheitsbarrieren unter Tage werden zur Bedeutungslosigkeit heruntergespielt.

Wir Bürgerinitiativen, die seit Jahren verfolgen können, wie die Sicherheit der Menschen der Logik des Sachzwangs untergeordnet wird, sind nicht bereit, zu diesem Versuch zu schweigen. Wir werden nicht nachlassen in unserem Widerstand gegen den Bau und Betrieb von Atomanlagen. Selbstverständlich ist uns bewußt, daß Atommüll bereits vorhanden ist. Für uns gilt jedoch, daß wir über diesen Müll erst reden, wenn kein neuer mehr produziert wird.

antimilitarismus information

der MONATLICHE INFODIENST

Die ami erscheint seit über 10 Jahren und berichtet laufend über:

● **aktuelle militärpolitische Entwicklungen**
KDV, Zivildienst, Bundeswehr, Militärbündnisse, Rüstungskosten, Waffentechnik, Rüstung und Wirtschaft, ideologische Militarisierung, Kriege und Abrüstung ...

● **neue juristische Tendenzen**
im Bereich des Zivildienst-, KDV-, Soldaten- und Aktionsrechts ...

● **Theorieresultate**
aus der Diskussion über Militarismus, Sicherheitspolitik; Kommentare zu aktuellen Problemen sowie Literatur zum Thema.

● **Aktionen der Friedensbewegung**
Friedenswochen, gewaltfreie Aktionen, Seminare, Ausstellungen, Friedensarbeit in verschiedenen Bereichen, Diskussionen in der Friedensbewegung ...

Themenhefte: Drei Hefte im Jahr sind Themenhefte mit doppeltem Umfang (ca. 60 S.), in denen ein spezielles Thema ausführlicher behandelt wird.

und ANTIMILITARISTISCHES HANDBUCH
Die o. g. vier Teile sind auf verschiedenfarbigem Papier gedruckt und in einzelne Rubriken unterteilt. So gesammelt entsteht Heft für Heft ein Handbuch, in dem man alle Daten, Fakten und Vorgänge leicht wiederfindet.

Ein Abonnement der ami kostet DM 26,25 im Jahr (incl. Porto); ein Einzelheft DM 1,75, ein Themenheft DM 3,50, ab 10 Ex. 30% Rabatt (plus Porto). Alle Preise incl. ges. MwSt.

Kostenloses Probeexemplar, Abos und Themenhefte:
Vertrieb ami,
Deidesheimer Str. 3,
1000 Berlin 33.

Die Atommüllkonferenz am 3./4.9.83 in Gronau ist über die Verhandlungen, die von Teilen des BBU-Vorstandes mit der Polizeiführung geführt wurden, empört und verbittert. Wir finden es unerträglich, daß Vorstandsmitglieder des BBU an derartigen Verhandlungen teilnehmen, ohne daß die Basis, die Bürgerinitiativen, dazu befragt wurde.
Wir halten es für eine politische Dummheit ersten Ranges, wenn im Vorfeld von Aktionen mit der Polizei verhandelt wird, um Eskalationen zu verhindern und den Widerstand für die Polizei und die politische Führung kalkulierbar zu machen. Nach unseren Erfahrungen wird so der politische Druck, den wir erzeugen wollen, bereits im Vorfeld abgebaut. Nur Druck, der für Staats- und Polizeiführung nicht kalkulierbar ist, kann Wirkungen erzeugen. Der Verweis von Jo Leinen auf eine ähnliche Praxis der BI Lüchow-Dannenberg Ende der 70er Jahre ist sachlich falsch und zeigt deutlich die Basisferne dieser Teile des BBU-Vorstandes.
In Gesprächen, wie sie zwischen einigen Mitgliedern des BBU-Vorstandes und der Polizeiführung stattfanden und stattfinden sollen, sehen wir die Gefahr, daß von der eigentlichen inhaltlichen Auseinandersetzung mit den wirklich Verantwortlichen abgelenkt wird. Das Ergebnis dieser Gespräche ist, daß sich das öffentliche Interesse auf die Konfrontation zwischen Polizei und Demonstranten konzentriert.
Das Papier, das von Wolfgang Sternstein und einem Abgesandten der Polizeiführung als Ergebnis der Verhandlungen formuliert wurde, hat uns mit Wut und Empörung erfüllt. Ohne damit einer detaillierten Kritik und Auseinandersetzung vorgreifen zu wollen, möchten wir zwei Punkte herausgreifen, die uns besonders schwerwiegend erscheinen.
In diesem Papier wird der Widerstand gegen die Aufrüstung (und damit analgog auch der gegen Atomanlagen) in einen staatstragenden Rahmen gezwängt und darauf gehofft, die Herrschenden mit Argumenten zu überzeugen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß nicht unsere guten Argumente die Regierenden zur Aufgabe von Atomprojekten zwingen, sondern eher ein entschlossener Widerstand, der nicht wie Wolfgang Sternstein den Konsens mit der Staatsmacht sucht.
Gleichzeitig wird in diesem Papier durch die Individualisierung des Widerstandes ein Beitrag zur Spaltung und Zersplitterung der Bürgerinitiativ-Bewegung geleistet.
Schließlich hat für uns die Hinnahme von Mehrheitsentscheidungen, die in dem Papier kategorisch gefordert wird, Grenzen; z.B. dort, wo es um existenzbedrohende Fragen geht. Darüberhinaus meinen wir, daß es zweifelhaft ist, ob in diesem Staat Mehrheiten über wichtige Fragen entscheiden. Eher wird bereits gefällten Entscheidungen durch den massiven Einsatz von Propagandamitteln und Pressemacht zur Akzeptanz in der Bevölkerung verholfen (siehe z.B. die anlaufende Nachrüstungs-Info-Kampagne der Bundesregierung) oder sie werden mit den Mitteln des Polizeistaates gegen die Bevölkerung durchgesetzt (z.B. an der Startbahn West oder in Lüchow-Dannenberg).
Wir verurteilen das Vorgehen der genannten BBU-Vorständler und fordern alle Bürgerinitiativen auf, aus diesen Vorgängen endlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Wir fordern weiter alle Gruppen der Friedensbewegung auf, sich an derartigen Gesprächen wie z.B. in Loccum nicht zu beteiligen. Wir fordern weiter den BBU-Vorstand auf, sich in Zukunft eher auf Gespräche mit seiner Basis (z.B. auf der Atommüllkonferenz) zu konzentrieren anstatt auf solche mit der Polizeiführung.

AG Plutonium

Die Arbeitsgruppe befaßte sich mit den verschiedenen Möglichkeiten zur Herstellung von Atombomben (theoretisch natürlich). Ausgehend vom »Rohstoff« Natururan gibt es fünf Wege zur Uran-, bzw. Plutoniumbombe.

DIE FÜNF WEGE ZUR ATOMBOMBE

1. Der übliche militärische Weg führt über Brennelemente-Fabrik, militärischen Reaktor (mit Kohlendioxid gekühlt/Frankreich), die militärische WAA (Savannah River, Marcoule) und Vorratshaltung zur Bombenproduktion (Nagasaki-Bombe, Pershing II).

2. Dies war die amerikanische Parallelentwicklung, bei dem Uran extrem hoch angereichert werden muß (von einem U 235-Anteil von 0,7% auf 97%). Nachteile: Sehr energie- und zeitaufwendig und läßt sich schwer verheimlichen.

3. Für diesen Weg wird eine Vielzahl von Anlagen benötigt (Anreicherungsanlage, Brennelement-Fabrik, Reaktor, WAA, Laser-Isotopen-Anreicherungsanlage), was sehr aufwendig und teuer ist. Vorteil: Man kann die Bomben-Produktion sehr gut hinter der »zivilen« Nutzung verstecken.

4. Dieser Weg spart die Anreicherungsanlage ein, dafür braucht man aber Schweres Wasser. Es kann mehr Plutonium als aus Leichtwasserreaktoren gewonnen werden (pro Zeiteinheit und Tonne Uran). Dieser Weg ist für die sog. Schwellenländer attraktiv.

5. Frankreich steuert auf diesen Weg zu. Das »schlechte« Pu-Isotopen-Gemisch aus Leichtwasserreaktoren sorgt im Schnellen Brüter für die Produktion von viel und »sauberem« (Bomben-)Plutonium 239. Der Brutmantel ist auch leicht wiederaufzuarbeiten.

Die USA stützen sich auf die Wege 1 und 3, Frankreich auf die Wege 1 und 5, die Schwellenländer gehen vor allem Weg 4 - einige (Pakistan) vielleicht auch Weg 2. Die BRD kann Weg 1 wohl nicht gehen (internationale Verpflichtungen), kann jedoch für alle anderen Wege Know How, Einrichtungund Fabriken liefern.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt iz3w

ila -info
Informationsstelle Lateinamerika e.V.

10 Jahre danach

Chile

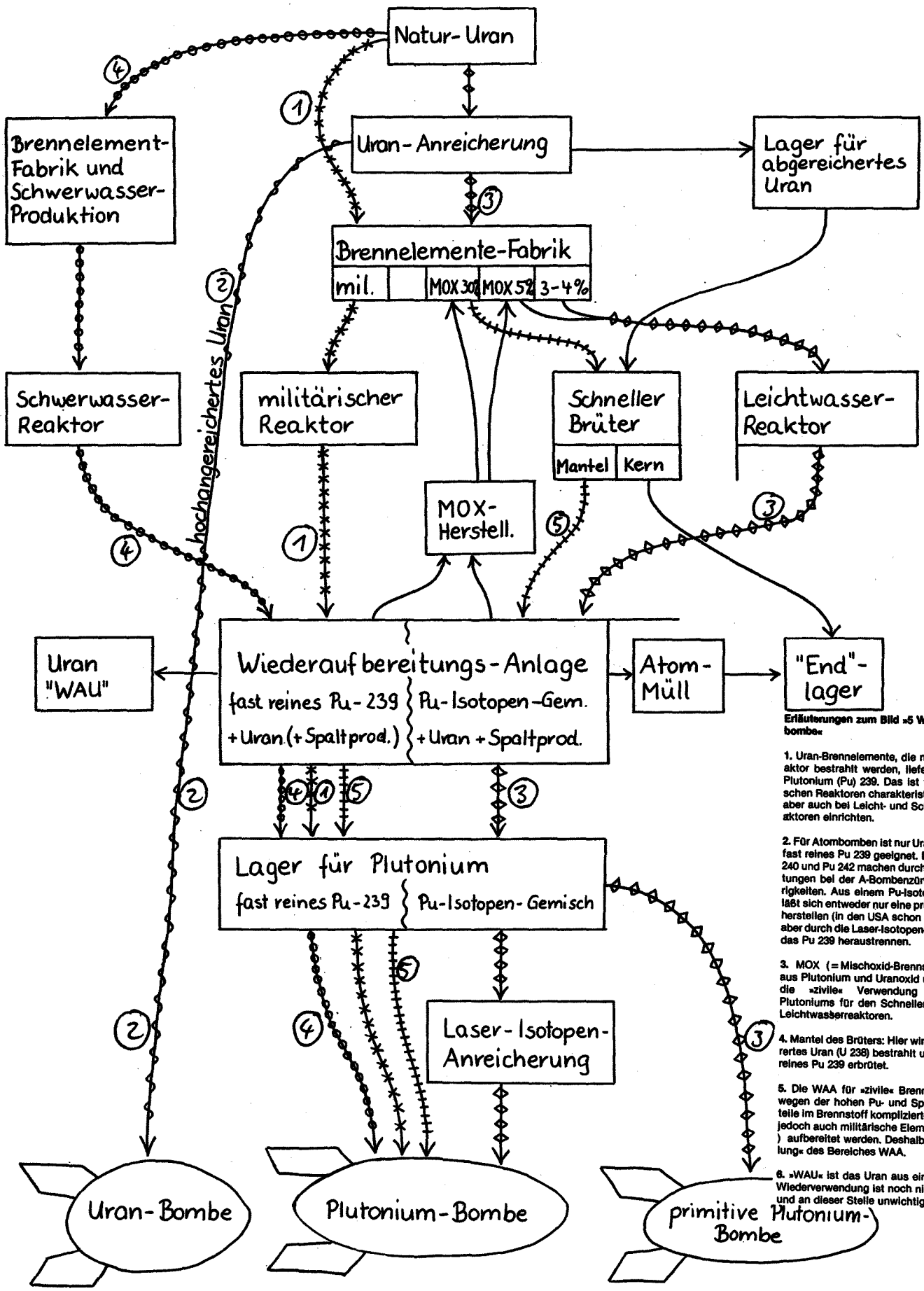
Broschüre zur aktuellen Situation im Lande

Zum Inhalt: Einführung in die politische und soziale Geschichte des chilenischen Volkes * Ursachen des Verfalls der sozialen Basis des Pinochetregimes * Klassenkämpfe des Jahres 1983 und die Zielvorstellungen der wichtigsten Oppositionsströmungen * Frauen in Chile * Die neue Macht der Gewerkschaften * Kirche zwischen Anpassung und Widerstand * Die Rolle der USA und der BRD * Solidaritätsprojekte * "Serviceteil" - Adressen von Komitees und Organisationen.

Umfang: 32 Seiten, Einzelpreis 1 DM
ab 10 Stück 30 % Rabatt (zuzügl. Porto)

Bestellungen bei:
ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg
fdcl, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Die 5 Wege zu Atombomben



Erläuterungen zum Bild »5 Wege zur Atombombe«

1. Uran-Brennelemente, die nur kurz im Reaktor bestrahlt werden, liefern fast reines Plutonium (Pu) 239. Das ist für die militärischen Reaktoren charakteristisch, läßt sich aber auch bei Leicht- und Schwerwasserreaktoren einrichten.

2. Für Atombomben ist nur Uran (U) 235 oder fast reines Pu 239 geeignet. Die Isotope Pu 240 und Pu 242 machen durch Spontanspaltungen bei der A-Bombenzündung Schwierigkeiten. Aus einem Pu-Isotopen-Gemisch läßt sich entweder nur eine primitive Bombe herstellen (in den USA schon getestet) oder aber durch die Laser-Isotopen-Anreicherung das Pu 239 heraustrennen.

3. MOX (=Mischoxid-Brennstoff) besteht aus Plutonium und Uranoxid und bedeutet die »zivile« Verwendung des WAA-Plutoniums für den Schnellen Brüter oder Leichtwasserreaktoren.

4. Mantel des Brüters: Hier wird abgereicherertes Uran (U 238) bestrahlt und dabei fast reines Pu 239 erbrütet.

5. Die WAA für »zivile« Brennelemente ist wegen der hohen Pu- und Spaltproduktanteile im Brennstoff komplizierter. Es können jedoch auch militärische Elemente (siehe 1.) aufbereitet werden. Deshalb die »Zweiteilung« des Bereiches WAA.

6. »WAU« ist das Uran aus einer WAA. Die Wiederverwendung ist noch nicht ganz klar und an dieser Stelle unwichtig.

Die Ereignisse in Krefeld am 25.6. und in Wuppertal am 10.7. setzten die »Glanzpunkte« in diesem wahrlich ereignisreichen Sommer. Es ist viel darüber geschrieben und geredet worden. Die Spaltung innerhalb der Friedensbewegung zeigte hier seine deutlichsten Spuren.
Der von der Regierung herbeigeredete heiße Herbst wird seitdem, wenn es nach dem Willen einiger selbsternannter Friedensfürsten geht, ohne die »Nichtgewaltfreien« stattfinden, da diese Chaoten nicht zur Friedensbewegung gehören.
Erst durch solche Distanzierungen war die Massenverhaftung in Wuppertal möglich, ohne daß es kritische Stimmen dazu gab (wie 2 Jahre vorher bei den Massenverhaftungen im Nürnberger KOMM).
Die NATO-Propagandashow in Krefeld konnte gestört werden - hier aber von einem Erfolg wie bei den Aktionen am 6. Mai 1980 am Bremer Weserstadion zu sprechen, kann nur verhängnisvoll sein.
Von der 6. Mai - Demonstration gingen Impulse für eine Bewegung aus, die in den Hausbesetzungen und in Brokdorf 81 ihren Höhepunkt fanden. Krefeld steht als Impulsgeber in die genau entgegengesetzte Richtung.
Alles was sich links der »konventionellen Friedensbewegung« befindet, wird als die neue Terroristengeneration bezeichnet. Nicht nur von den Regierungsparteien - quer durch die öffentlichen Medien zieht sich diese Linie.
Was einige schon seit längerem befürchten, ist plötzlich akut geworden: die autonome Linke steht kurz vor ihrer Isolation!
Wir wollen hier nicht weiter auf die Ereignisse in Krefeld und Wuppertal eingehen, sondern verweisen auf die Dokumentation.
Wir wollen hier nur auf die neben den vielen Verletzten und Verhafteten noch immer in U-Haft sitzenden Frauen und Männer hinweisen. Sie sitzen seit ihrer Festnahme praktisch in Isolationshaft, der Kontakt zu ihren Freunden beschränkt sich auf zensierte Briefkontakte - und es sieht nicht so aus, als wenn sich dieser Zustand demnächst ändern würde.
Karin Bekaan und Tamara Staudt sind inzwischen gegen Auflagen aus der U-Haft entlassen worden.
Anklageschriften gibt es schon gegen Knut Unger und Karin Gehrmann. Inzwischen sind auch gegen fünf der insgesamt 134 in Krefeld Verhafteten Strafbefehle über jeweils 50 Tagessätze zu 30 DM ergangen. Deshalb findet am 13.10. um 11.00 Uhr im Amtsgericht Krefeld auch der erste Krefeld-Prozeß statt. Verhandelt wird gegen Thomas aus Bielefeld, der Widerspruch gegen den Strafbefehl eingelegt hat.
Allen Gefangenen wird »schwerer Landfriedensbruch« vorgeworfen.

Kommt massenweise zu den Prozessen!

Schreibt den Gefangenen und spendet!

Dokumentation
48 Seiten — 5 DM
Was war los in Krefeld?
Berichte, Ermittlungen,
Fotodokumentation
Stellungnahmen aus der Friedensbewegung
Stellungnahme Hamburger Autonomer
Auszüge aus dem Polizeibericht
Bericht aus Wuppertal
Zu beziehen über:
BUU — Hamburg
Bartelsstr. 26
2000 Hamburg 6
Versandpreis Einzelheft 6.-
Lieferung nur gegen Vorausszahlung
(Briefmarken oder Scheck)
Bei Abnahme von 5 Broschüren (und mehr) 30% Rabatt

Post für alle Gefangenen läuft über:
Amtsgericht Krefeld
Ri.AG. Frau Volkmann
Name der/des Gefangenen
Aktenzeichen
Nordwall 129, 4150 Krefeld

Krefeld, Wuppertal ...

Beate Wolter aus Hamburg ist am 25.6. in Krefeld verhaftet worden
AZ 9 JS 771/83
Soli-Gruppe Bea, c/o BUU Hamburg, Bartelsstr. 26, 2000 Hamburg 6
Soli-Kto für Bea: Ingrid Jahnke, Haspa, Kto. 1228/461321, BLZ 20050550

Holger Delike aus Detmold ist am 25.6. in Krefeld verhaftet worden
AZ 9 JS 773/83
Soli-Gruppe über: Buchladen 'distel, Postfach 204, 4930 Detmold
Soli-Kto für Holger: Postscheck Hannover, BLZ 25010030, Kto. 284966303, Inhaber T. Rissiek

Annette Hellmann aus Köln ist am 25.6. in Krefeld verhaftet worden
AZ 9 JS 774/83
Soli-Gruppe über: Der andere Buchladen, Glasstr. 80, 5000 Köln 30
Soli-Kto: Simone Hatebor, Kölner Bank, Kto. 42365203, BLZ 37160087, Stichwort: Spendenkonto

Uwe Wiesler aus Wuppertal ist am 25.6. in Krefeld verhaftet worden
AZ 9 JS 770/83
Soli-Gruppe: Silvia Lemke, Reitbahnstr. 24, 5600 Wuppertal
Soli-Kto: Silvia Lemke, Postscheck Essen, Kto. 94135/439, Stichwort: Uwe

Jörn Ahlborn aus Köln, verhaftet am 25.6. in Krefeld
AZ 9 JS 772/83
Soli-Gruppe über: Der andere Buchladen, Glasstr. 80, 5000 Köln 30
Soli-Kto: Simone Hatebor, Kölner Bank, Kto. 42365203, BLZ 37160087, Stichwort: Spendenkonto

Dorothee Peters aus Düsseldorf, verhaftet am 7.7., als die Polizei beim ersten Haftprüfungstermin von Krefeldgefangenen die Zuhörer/Besucher festgenommen haben.
AZ 9 JS 842/83
Soli-Kto: U. Ernitz, Stichwort 25.6., Postscheck Essen, Rechtshilfekontonummer 228882/432

Anne Holling aus Münster, verhaftet am 26.7. nach den Ermittlungen, die nach der Wuppertaler Massenverhaftung gelaufen sind.
AZ 9 JS 979/83
Soli-Kto: Inh. Edmund Grzechowiak, Deutsche Bank Münster, Kto. 450264110860
Soli-Gruppe Anne, Uppenbergstr. 16, 4400 Münster

Karin Gehrmann aus Köln, verhaftet am 22.7. nach den Ermittlungen die nach Wuppertal gelaufen sind
AZ 23 GS 1634/83
Soli-Kto: Simone Hatebor, Kölner Bank, Stichwort: Spendenkonto, Kto. 42365203, BLZ 37160087

Knut Unger aus Witten, verhaftet am 22.7. nach den Ermittlungen, die nach Wuppertal gelaufen sind.
AZ 9 JS 965
Soli-Kto: Inh. Horst Bartels, Stadtsparkasse Witten, Kto. 7258486, BLZ 45250035
Soli-Gruppe: Krefeld-Solidarität, c/o Zwiebelladen, Bahnhofstr. 27, 5810 Witten

Das schriftliche Urteil ist da

Fast 15 Monate nach der Demonstration vom 28.2.81 in Brokdorf sprach Richter Selbmann das Terrorurteil gegen Markus und Michael. Für 3 bzw. 5 1/2 Jahre sollten die beiden stellvertretend für die 100000 Brokdorfdemonstranten im Knast verschwinden. Schon bei der Urteilsverkündung im letzten Jahr zeigte sich, daß sich zwischen Demonstration und Prozeßende innerhalb der Anti-AKW-Bewegung eine Entwicklung vollzogen hatte, die es eigentlich erst möglich machte, ein solches Urteil zu sprechen. Die Kraft und Entschlossenheit von 1981 waren dahin.

Trotzdem gab es im letzten Jahr noch einen Diskussionsstand, vor allem auch außerhalb der Anti-AKW-Bewegung, der dazu beitrug, dieses Urteil in der Öffentlichkeit als das darzustellen was es ist - ein politisches Urteil. Dies führte dazu, daß es von vielen Seiten Proteste gab, die unter anderem mit dazu beitrugen, daß Markus schon bald nach der Urteilsverkündung und Michael schließlich (nach über 20 Monaten) im Dezember aus der U-Haft entlassen wurden.

Im August ist jetzt den Anwälten die schriftliche Urteilsbegründung (auf deren Grundlage sie den Revisionsantrag begründen müssen) zugestellt worden - also wiederum 15 Monate später (oder 2 1/2 Jahre nach der Demonstration in Brokdorf).

»Zeit heilt« sagt man.

Das bestätigt sich auch jetzt wieder - leider hat diese Heilung fatale Folgen für uns.

Um mit der Revision einigermaßen Aussicht auf Erfolg zu haben, bedarf es praktisch eines politischen Drucks von außerhalb auf die Richter des Bundesgerichtshofs. D.h., die Presse muß sich damit auseinandersetzen, innerhalb der Juristenverbände müssen Diskussionen darüber laufen. Durch eine kontinuierliche Konfrontation mit dem Thema müssen die Richter dazu gebracht werden, sich überhaupt mit der Revision inhaltlich auseinanderzusetzen und sie nicht (wie in den meisten Fällen) als »offensichtlich unbegründet« mit einem halben Satz abzulehnen.

Fatal für uns, und v.a. für Michael und Markus, ist, daß dieses Urteil, und vor allem der Stand der Widerstandsdiskussion zur Zeit der Brokdorf-Demo, innerhalb der heutigen Diskussionen und Auseinandersetzungen keinen Raum mehr einnehmen, sondern nur noch für wenige akut sind.

Die Verschiebung der Aktualität auf die Friedensbewegung, die Diskussion um die Aktionsform und die zunehmende Vereinnahmung der oppositionellen Bewegung durch die SPD haben dazu geführt, daß die Ursachen und Motivationen für unser militantes Vorgehen völlig aus der Diskussion heraus sind.

Sogenannte »De-Eskalationsgespräche« mit der Polizeiführung, pressewirksame Distanzierungen angeblicher Mitglieder der Friedensbewegung von »militant« vorgehenden Demonstranten, und das Herunterschrauben der Schwelle zur Kriminalisierung durch das neue Demonstrationsrecht (Gewaltfreie Blockaden sind Gewalt) sind weitere Gründe dafür, daß es heute möglich ist, in Krefeld 134 und in Wuppertal 104 Leute auf einen Schlag festzunehmen, ohne daß es zu Protesten kommt, sondern dies selbst in der »liberalen« Presse verteidigt wird (zu der Massenverhaftung im Nürnberger KOMM gab es wochenlang Stürme der Entrüstung).

Ein weiterer Grund dafür, daß das Brokdorfurteil innerhalb der Bewegung nicht mehr den Stellenwert besitzt, ist die Welle der Verhaftungen in den letzten zwei Jahren.

Das ist der aktuelle Hintergrund, vor dem der BGH über den Revisionsantrag entscheiden wird. - Für Illusionen ist dort wahrlich kein Platz mehr.

Terrorurteil im Brokdorf-Prozeß!
Über den Prozeß gegen Markus Mohr und Michael Duffke hat die Videogruppe **Stadtjournal Hamburg** einen Film gedreht, der dieser Tage fertiggestellt wurde. Er kann absofort bestellt werden:
Stadtjournal Hamburg
Nernstweg 32
2000 Hamburg 50
Telefon:040/ 390 33 68

Die jetzt schriftlich vorliegende Urteilsbegründung und die Darstellung des Prozeßverlaufs ist allerdings kaum mit dem zu vergleichen, was wir damals in Itzehoe erlebt haben.

Selbmanns Hausarbeit kann man eigentlich nur als Manipulation bezeichnen. Die Richter am BGH werden praktisch nichts von dem vorfinden, was man im Prozess als Selbmanns »Augen zu und durch die Wand« bezeichnen konnte.

Die Tonbandprotokolle der einzelnen Verhandlungstage sind nur unvollständig wiedergegeben. D.h., die für die Revision wichtigsten Passagen sind gar nicht enthalten. Dafür aber alle Punkte zur Unterstützung des Urteils.

Dies alles muß aber so hingenommen werden. Für den BGH wird der Prozeßverlauf so aussehen, wie Selbmann ihn jetzt in seiner schriftlichen Form dargestellt hat. Die Anwälte können ebenfalls nur mit der jetzt vorliegenden Fassung arbeiten.

Das ist der deutsche Justizapparat - wenn schon die Aussagen von Polizeizeugen immer als glaubwürdig anerkannt werden, dann doch wohl erst recht die Darstellungen eines gestandenen Richters am Landgericht.

Vielleicht sollte Richter Selbmann sich mal den Spruch von Kant zu Gemüte führen, an dem er jeden Tag im Itzehoer Landgericht vorbeikommt, der aber wohl nur für die Angeklagten gilt:

Es kann sein, daß nicht alles wahr ist, was ein Mensch dafür hält, denn er kann irren. Aber in allem was er sagt, muß er wahrhaftig sein, er soll nicht täuschen.

Trotzdem sind nach Meinung der Anwälte noch eine Reihe von Punkten übriggeblieben, die Selbmann nicht mehr abändern konnte, bzw. übersehen hat, so daß doch noch die Hoffnung da ist, daß der Revisionsantrag Erfolg haben wird.

Für uns heißt das, in den nächsten Monaten zu versuchen, dem Antrag der Verteidigung politischen Rückhalt zu verschaffen. Der von der Regierung so sehnsüchtig herbeigerufene »Heiße Herbst« wird dazu eine ganze Menge Möglichkeiten bieten. Zudem gibt es gutes Informationsmaterial, mit dem auch Veranstaltungen durchgeführt werden können.

Man sehe diese Richter an, man höre diese Menschen sprechen, und man wird finden, daß ganze Literaturen umsonst geschrieben sind, daß unsere Bäume nicht für sie blühen, unser Gelächter nicht für sie lacht, unsere Tränen nicht für sie fließen. Wir sind soweit von ihnen entfernt, wie ein Planet vom andern, wir haben nichts mit ihnen zu tun.
Kurt Tucholsky

So beginnt die Dokumentation zum Brokdorf-Prozeß, die der Bremer EA hergestellt hat. Sie kann im BBA-Laden,ST. Pauli Str.10/11, für 5 DM bestellt werden.

Irgendwas wird schon hängen bleiben

(Ein Film über eine Fernsehberichterstattung und die Folgen)

Brokdorfdemonstration Februar 1981. An deren Ende steht die Verurteilung zweier AKW-Gegner und nicht zuletzt die Diskussion um die Verschärfung des Demonstrationsrechts.

Was hat die Fernsehberichterstattung damit zu tun?

Dieser Film soll am Beispiel Brokdorf aufzeigen, wie Fernsehberichterstattung und Kriminalisierung bestimmter politischer Bewegungen zusammenhängen, wie sich dieser Zusammenheang auf uns als Zuschauer auswirkt, mit welchen Absichten verantwortliche Redakteure ihre Beiträge, Berichte und Kommentare machen und wie sie anschließend dazu stehen. Interviews mit Redakteuren und Betroffenen haben uns Aufschluß auf diese Fragen gegeben.

Zum Verleih!

Der Film ist bei uns für 40,- DM auszuleihen. Falls es erforderlich ist, können die Geräte nach Absprache gestellt werden.

'die thede'
Thedestr. 85, 2000 Hamburg 50
Tel.: 040/383757 Mo-Fr 18-20 Uhr

Kriminalisierung...

Ein bemerkenswertes Urteil

Am 15. September des letzten Jahres wurde Klaus-Peter R. von der 2. großen Strafkammer des Landgerichts Göttingen unter dem Vorsitz des berüchtigten Richters Staron im Namen des Volkes zu einer Haftstrafe von 2 1/2 Jahren ohne Bewährung verurteilt. Klaus-Peter R. soll - so die angebliche Überzeugung des Gerichts - bei dne Auseinandersetzungen in der Silvesternacht 80/81 am Markt dem Polizeibeamten Tennstedt mittels eines Steines mehrere Zähne ausgeworfen haben ... und überhaupt einer der schlimmsten »Rädelsführer« gewesen sein. In diesem Prozeß gab es drastische Widersprüche bei den Aussagen der Polizeizeugen, trotz voheriger - von der Göttinger Polizeiführung geleiteter - intensiver Vorbereitung auf den Prozeß, ein »lückenloses Alibi« für den Angeklagten durch 5 zivile Zeugen, ewine Freispruchforderung selbst jenes Staatsanwalts Stange, der sonst wahrscheinlich jede Gelegenheit nutzt, den politischen Gegner auch zum prozessualen Gegner zu machen und eine Verurteilung »zuzuführen«, und dann trotzalledem ein Urteil von 2 1/2 Jahren Haft. Dies hatte damals nicht ur für einigen Wirbel in der Öffentlichkeit gesorgt, sondern auch die Vermutung zur Gewißheit werden lassen, daß Klaus-Peter R. einzig und allein aus Gründen der Staatsräson, der für die Polizeiführung so dringend erforderlichen »Täter- und Rädelsführerbeschaffung«, der Aufrechterhaltung der einmal ins Werk gesetzten polizeilich-offiziellen Sichtweise der »Silvesterkrawalle« und nicht zuletzt um des Ablenkens vom Dreck am eigenen Stecken willen, verurteilt worden ist. Ein dreiviertel Jahr später bestätigt dies am 8.6.83 ein anderes Urteil im Namen des -weitgehend noch selben - Volkes. Die 8. Zivilkammmer desselben Landgerichts ließ eine Schmerzensgeldklage des genannten Polizeibeamten Tennstedt gegeg Klaus-Peter R. ab. Tennstedt hatt voll des Vertrauens auf das Funktionieren der Justiz in diesem Lande - warum sollte er das nach den bisherigen Erfahrungen auch nicht? -versucht, aus dem Unglück des Klaus-Peter R. das eigene Glück zu machen und begründet hoffnungsvoll auf 5000 DM Schmerzensgeld und Schadensersatz geklagt.

Allein, das Gericht mochte dem Vortrag Tennstedts ebensowenig wie dem alten Strafkammerurteil folgen und erhob nochmals Beweis: Die Hauptbelastungszeugen und die Entlastungszeugen sagten nochmals aus. Sie blieben alle bei der Aussage, die sie schon im Strafprozeß gemacht hatten. Auf der Grundlage dieser gleichen Zeugenaussagen kam die Zivilkammer allerdings zu einer völlig gegenteiligen »Auffassung« wie die Strafkammer: daß nämlich Klaus-Peter R. *nicht* der Steinewerfer sei.Gewiß, für diejenigen, die die Vorgänge um diese Prozesse auch nur einigermaßen verfolgt haben, im Grunde eine klare Sache, überraschend indes, daß auch ein deutsches Gericht sich zu dieser Überzeugung durchringen mochte.

Indes, dieses Zivilurteil ist noch lange kein Grund zum Jubeln. Das Strafurteil besteht weiterhin, die Revision steht noch aus. Dieses Zivilurteil hat auch formal-juristisch keinen Einfluß auf die Revision. Allerdings bestätigt es nochmals, daß das ungeheure Gesinnungsurteil im Strafprozeß durch einen Freispruch von Tisch muß - und zwar sofort!

Schacht Konrad

Am 12.8. sollte vor dem Amtsgericht Salzgitter der Prozeß gegen Anne, Rainer und Arnim aus Münster stattfinden. Alle drei waren im letzten Jahr schon vor der Demo festgenommen worden, weil sie angeblich als »Versorgungsunternehmen« für die Chaoten dienten. Der Prozeß wurde dann aber wegen angeblicher Krankheit des Richters vertagt.

Anne mußte zudem eine Roßkur auf sich nehmen. Sie sitzt zur Zeit wegen Krefeld im Knast. Sie wurde dann extra über mehrere JVA's nach Salzgitter verlegt. Die gleiche Prozedur auf dem Rückweg. Das bedeutet nicht etwa Ablenkung, sondern keine Post, keinen Besuch und Zerstörung der bisher im Knast aufgebauten Beziehungen.

200 zuviel

Der niedersächsische Justizminister Remmers hat Probleme: Die 5888 Plätze in seinen Gefängnisse teilen sich schon jetzt 6088 Gefangene. Wie er am 2.9. der Presse mitteilte, erwartet er für den Herbst allerdings noch größere Probleme.

Was er damit wohl meint?

Einen Vorschlag zur Güte: Baut noch 20 Knäste dazu. Dann sind die Chaoten gut untergebracht und die Bauindustrie hat wieder was zu tun.

20 Tagessätze

Nach dreitägiger Verhandlung hat das Amtsgericht Salzgitter am 22. Juli den Anmelder der Schacht Konrad Demonstration Peter Dickel vom Braunschweiger AK gegen Atomenergie (Lebenstedt Gruppe) zu 20 Tagessätzen verurteilt.

Im vorrausgegangenen Strafbefehl über 1500 DM, über die jetzt verhandelt wurde, war Peter Dickel vorgewurfen worden, er habe die ordnungsamtlichen Auflagen nicht vor der Kundgebung in SZ-Lebenstedt bekannt gemacht. Peter Dickel hatte diese jedoch zu Beginn der Auftaktkundgebung verlesen, was wohl einige 100 Zuschauer be-

Kriminalisierung...

stätigen können. Als Belastungszeugen traten der Einsatzleiter der Polizei und ein weiterer leitender Polizeibeamter auf. An den Ablauf der Kundgebung konnten sich beide jedoch nicht mehr erinnern, dafür aber daran, daß die Auflagen während der Versammlung nicht bekannt gemacht worden waren.
Erst nachdem 13 Entlastungszeugen das Gegenteil darstellten, unterstellten sowohl der Staatsanwalt als auch Richter Pätzmannn, daß die Auflagen zu Beginn der Kundgebung bekannt gegeben worden seien. Deshalb boten sie die Einstellung des Verfahrens gegen ein Bußgeld an. Die Verteidigung bestand aber weiterhin auf Freispruch.
Anstatt nun » im Namen des Volkes « die beiden Polizeieinsatzleiter wegen offenkundiger Falschaussage anzuklagen, änderte Richter Pätzmann den Anklagevorwurf gegen Peter Dickel. Er verurteilte ihn mit der Begründung, die Auflagen seien **zu früh** verlesen worden.
Gegen das Urteil werden Rechtsmittel eingelegt.

Prozess gegen Frieder und Jobst

Ende Juli/Mitte August an insgesamt drei Verhandlungstagen fand im Dannenberger Amtsgericht ein Prozeß gegen Frieder und Jobst statt. Beide waren wegen »Widerstand gegen die Staatsgewalt« angeklagt.
Kurz zu dem Sachverhalt: Auf der SchnegaerKreistagssitzung vom 25. Januar dieses Jahres war der Weg für eine WAA-Standortuntersuchung in Dragahn freigegeben worden. Aus Protest darüber, daß nicht allen Zuschauern der Eintritt zur Sitzung genehmigt worden war, war es spontan zu einer Besetzung des Kreishauses in Lüchow gekommen. Frieder und Jobst wurde vorgeworfen, das Abführen eines der Kreishausbesetzer von seiten der Polizei gestört und später bei ihrer daraufhin erfolgten eigenen Festnahme Widerstand geleistet zu haben.
Während Jobst freigesprochen wurde, wurde Frieder zu 500.- Mark Geldstrafe und zur Zahlung der (reichlich hohen) Prozeßkosten verurteilt.

Justizbombe

Seit dem 9.5. sitzen in Braunschweig Rolf und Wolfgang im Knast. An diesem Abend wurden beide bei einem Unfall in ihrem Keller verletzt und mit Verbrennungen ins Krankenhaus gebracht. Dort wurden sie dann auch festgenommen.
Vorgeworfen wird den beiden Verabredung zu und fahrlässige Herbeiführung einer Explosion (§§ 30 Abs. 2 und 311 Abs. 1 u. 5).
Obwohl beide schwere Verletzungen davontrugen, wurden sie ins Haftkrankenhaus Lingen verlegt, wo eine erforderliche Spezialbehandlung nicht möglich ist. Erst auf massiven Druck von außen wurde Wolfgang nach Hannover verlegt, um von dort aus mehrmals wöchentlich in einer Spezialklinik behandelt zu werden. Inzwischen sind die Verletzungen soweit verheilt, daß sie keine bleibenden Schäden davontragen.
Die Verhaftung der beiden ereignete sich 2 Tage vor einer öffentlichen Rekrutenvereidigung und einer Militärshow in Braunschweig, gegen die es eine Demonstration sowie andere Aktionen gab.
Die Staatsanwaltschaft versucht jetzt, einen Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Vereidigung herzustellen. Außerdem wird versucht, Zusammenhänge mit anderen Anschlägen und Aktionen herzustellen, von denen bisher keiner aufgeklärt wurde.
Sie sind im Knast - außer Fernsehen und Hofgang - von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Sie sind völlig voneinander isoliert. Besuchsgenehmigungen wurden für Freunde und Bekannte erst nach drei Monaten erteilt. Die Besuche (1 Std. pro Monat) werden von der politischen Polizei überwacht. Bei beiden finden ständig Zellendurchsuchungen statt. Zeitungen brauchen 2 Wochen, bis sie in die Zellen kommen. Briefe und Pakete werden willkürlich zurückgehalten, z.B.:
»Die Karten enthalten als Gruß 'venceremos', was auf die Zugehörigkeit des Beschuldigten zu gewalttätigen linksextremen Gruppen hindeutet.« (aus einem richterlichen Beschluß).
Briefe oder Karten könnt ihr schicken an:

Rolf Nonnenmacher / Wolfgang Gladisch
über STA Reinhardt, Domplatz 1
3300 Braunschweig

Spendenkonto:
64339-303 Postscheckamt Hannover
- Sonderkonto - R. Jortzick

Mit aller Gewalt?
zur Einschränkung des Demonstrationsrechtes
Aus dem Inhalt:
Die Funktion des Demonstrationsrechts (von Prof. Oskar Negt)
CDU-Kampagne zum Landfriedensbruchparagraphen (§ 125)
Die Höhe des Strafmaßes im internationalen Vergleich
Schadenersatzforderungen der Polizei, Leistungsbescheide
Sind Blockaden Nötigung?
Die Polizeibewaffnung
ISBN 3-88876-026-7
Format Din A 5, 128 Seiten
Preis DM 10,- plus Porto
Für Buchläden: 30% Rabatt ab 5 St., Partie ab 10 St.
Für BI's & ähnliche Gruppen: 20% Rabatt ab 5 Stück
Einzelbestellungen gegen Vorkasse (Geld, Scheck oder Briefmarken)
Bestell-Adresse:
FUU/Hamburg
Bartelsstr. 26
2000 Hamburg 6
diese Anzeige bitte mit einsenden

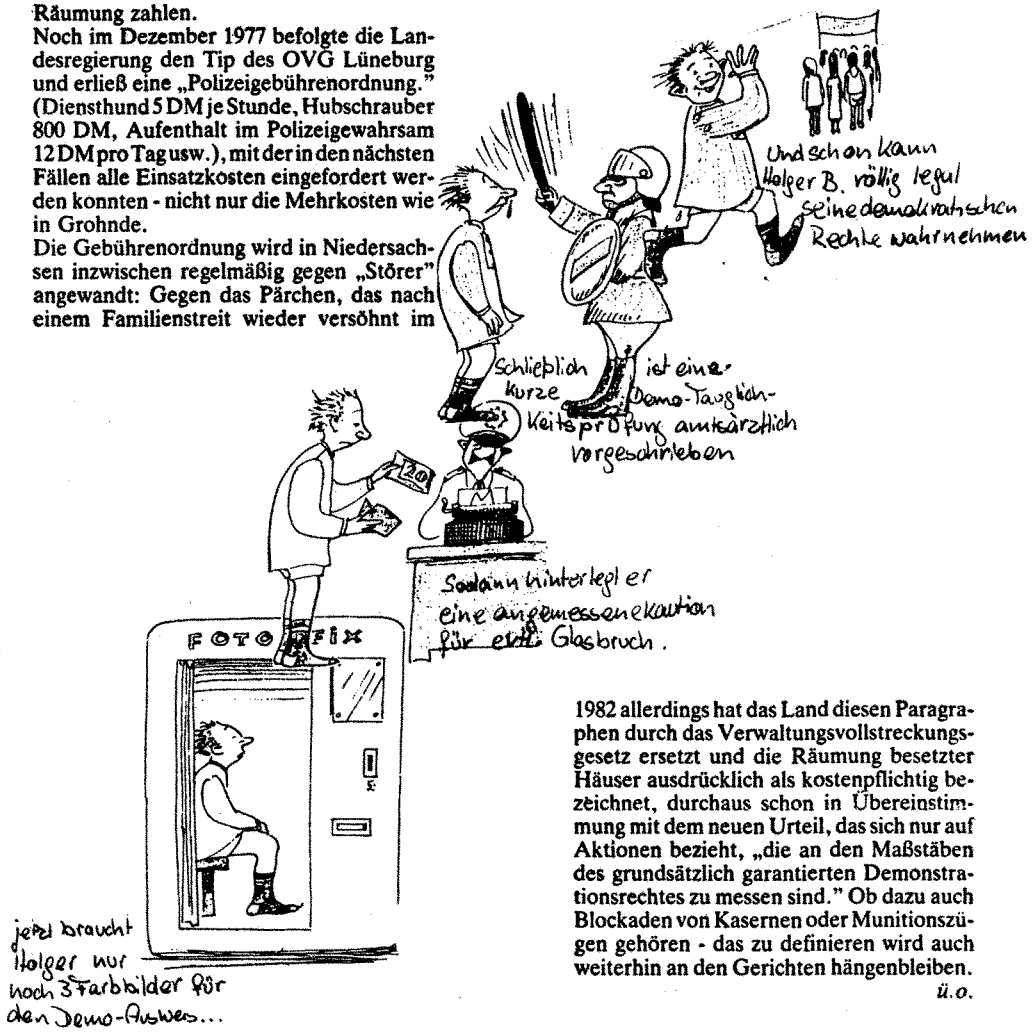
Knüppel auf den Kopp: 25 Mark

OVG Lüneburg stoppt Praxis der Leistungsbescheide in Niedersachsen

Schmerzhaft war der Schlag mit dem Polizeiknüppel immer, aber bis Mitte der 70er Jahre konnte der so von der Ordnungsmacht Getroffene sich wenigstens noch sicher sein, daß er in den Genuß einer unentgeltlichen staatlichen Leistung gekommen war. Galt doch bis dahin die alte preußische Rechtsauffassung, daß die „Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" eine Leistung sei, die die Polizei umsonst zu erbringen habe.
Auf die Idee, daß die Demonstranten die Polizei, die sie nicht bestellt haben, für Auseinandersetzungen, die sie nicht gewollt haben, auch noch entlohnen sollen, ist nicht erst Baden-Württembergs Innenminister Herzog (CDU) gekommen, der Ende letzten Jahres mit seiner Polizeigebührenordnung Schlagzeilen machte. Begonnen hat diese Praxis 1971 in Niedersachsen, als dieses Bundesland noch fest in sozialdemokratischer Hand war.
Zwar hatte es früher schon Schadensersatzforderungen für Demonstrationsschäden gegeben, aber „Auslagen" für einen Einsatz forderte erstmals die hannoversche Polizei 1971 - Polizeipräsident war der heutige PKA-Chef Boge (SPD) - nach der Räumung eines besetzten Hauses in der Arndtstraße: Vom Benzingeld bis zu den 57,10 DM „für das Einholen einer roten Fahne vom Gebäude".
Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg behandelte diesen Fall abschließend im Mai 1977 und entschied, daß die Besetzer „gesamtschuldnerisch" 3.470 DM zu zahlen hätten.
Das „Arndtstraßen-Urteil" stellte die bis dahin herrschende Rechtsmeinung auf den Kopf, denn es findet sich bis heute im Niedersächsischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz kein Paragraph, wonach Demonstranten Polizeieinsätze zu bezahlen hätten. Das Gericht griff einfach auf den § 17 im Verwaltungskostengesetz zurück, der die Kosten für „Verwatlungszwangsmaßnahmen" regelt - worunter die Gerichte bis dahin allein den Einsatz von Gerichtsvollziehern verstanden hatten. Die entsprechenden Kosten waren Markbeträge für Porto und Ähnliches.
Gezahlt haben die Arndtstraßen-Besetzer bis heute 539,55 DM. Man habe die Sache nicht mehr ernsthaft betrieben, sagt Hannovers stellvertretender Polizeipräsident Dr. Sporn heute. Als bis zur letzten Woche einziges Grundsatzurteil war der Lüneburger Spruch mehr wert, eröffnete er dem neuen Ministerpräsidenten Albrecht doch die Möglichkeit, Ersatzstrafen zu verhängen, wo er die Gerichte für zu lasch hielt: Während der Grohnde-Strafprozesse hatte sich Albrecht 1978 über die „Tendenz der Gerichte" beklagt, „nur noch Mindeststrafen und kaum noch Höchststrafen zu verhängen", und kritisiert, „daß zunehmend Freiheitsstrafen auf Bewährung ausgesetzt werden."

Von den Terroristen von Grohnde" (Albrecht) forderte die Bezirksregierung 1979 auf Beschluß des Landeskabinetts 212.000 DM für die Räumung ihres Dorfes, für die Räumung des besetzten Informationspavillons in Esenshamm 25.000 DM, in Schleswig-Hostein sollten die Bewohner des Anti-Atom-Dorfs Brokdorf 113.000 DM für die Räumung zahlen.
Noch im Dezember 1977 befolgte die Landesregierung den Tip des OVG Lüneburg und erließ eine „Polizeigebührenordnung." (Diensthund 5 DM je Stunde, Hubschrauber 800 DM, Aufenthalt im Polizeigewahrsam 12 DM pro Tag usw.), mit der in den nächsten Fällen alle Einsatzkosten eingefordert werden konnten - nicht nur die Mehrkosten wie in Grohnde.
Die Gebührenordnung wird in Niedersachsen inzwischen regelmäßig gegen „Störer" angewandt: Gegen das Pärchen, das nach einem Familienstreit wieder versöhnt im Bett lag und der von Nachbarn alarmierten Polizei die Tür schnell genug öffnete (25 DM für die eingetretene Tür); gegen Frauen in der Walpurgisnacht oder Punks bei der Demonstration „Freiheit für den Osterhasen" (45 DM für die Festnahme und Personalienfeststellung); gegen Hausbesetzer in Göttingen und Hannover (zwischen 500 und 36.000 DM je Räumung). Jüngster Fall: der Mastbesetzer in Grohnde, der allein fast 10.000 DM bezahlen soll - „wegen der vielen Hubschraubereinsätze."

Niedersachsen ist damit einsamer Spitzenreiter und hat allein mehr Leistungsbescheide erlassen als alle anderen Bundesländer zusammen, von denen einige inzwischen nachgezogen haben. Die Höhe der Forderungen richtet sich nach dem Geschmack der Polizei und kann in die Millionen gehen. Der Rekord: 2.762.728,25 DM für die Räumung der „Freien Republik Wendland" am Bohrloch 1004 in Gorleben, davon allein 25.946,11 DM für Fotomaterial. Die ersten 40 - von insgesamt 2.550 in diesem Fall geplanten Leistungsbescheiden - wurden allerdings taktisch klug auf 1.093 DM pro Kopf beschränkt.
Mit dem Lüneburger Spruch vom Donnerstag dürften alle diese Bescheide hinfällig werden, basieren sie doch ohne Ausnahme auf dem als „nicht anwendbar" erkannten § 17 des Verwaltungskostengesetzes. Seit dem „Arndtstraßen-Urteil, erklärte der Senat schlicht, habe sich die Rechtsauffassung eben geändert.



1982 allerdings hat das Land diesen Paragraphen durch das Verwaltungsvollstreckungsgesetz ersetzt und die Räumung besetzter Häuser ausdrücklich als kostenpflichtig bezeichnet, durchaus schon in Übereinstimmung mit dem neuen Urteil, das sich nur auf Aktionen bezieht, „die an den Maßstäben des grundsätzlich garantierten Demonstrationsrechtes zu messen sind." Ob dazu auch Blockaden von Kasernen oder Munitionszügen gehören - das zu definieren wird auch weiterhin an den Gerichten hängenbleiben.

ü.o.

aus: TAZ

Wendland

Gorleben

Dragahn

Die wohl größte dieses Jahres der norddeutschen Anti-AKW-Bewegung fand in Form von Sommercamps mitte Juni bis ende August im Wendland statt.

Das Ziel, welches sich die Organisatoren gesetzt hatten, war ein hohes. Das Wendland sollte wieder zum Kristallisationspunkt einer starken, überregionalen Bewegung werden; denn allein der örtliche Widerstand ist unter den momentanen politischen Verhältnissen nicht in der Lage, den Ausbau des integrierten Entsorgungszentrums zu stoppen.

So sollten denn in den Camps längerfristige Aktionen vorbereitet werden und das Konzept vom schrittweise eskalierenden Widerstand bis hin zur Unregierbarkeit ansatzweise geprobt werden.Ein derartiges »Manöver« wäre im Hinblick auf die geplante Wendlandblockade sicherlich sinnvoll gewesen. Doch in Anbetracht der Tatsache, daß durch Dragahn viele neue Leute mobilisiert wurden, für die die Sommercamps die erste Wendlandaktion war, durften die Ansprüchenicht zu hoch gesetzt werden. So kam es nicht - wie manch einer es erhofft haben mag - zu einer Wiedererstehung der Freien Republik Wendland. Es ist den Camper jedoch zu verdanken, daß der Baubeginn in Dragahn öffentlich gemacht wurde und das Wendland über Wochen in den überregionalen Medien Würdigung fand.

Die Integration der auswärtigen Camper in die wendische Arbeit vor Ort klappte. Dies machte sich freilich nicht ausschließlich an der Erntehilfe fest, sondern es gab eine Fülle von gemeinsamen Aktionen und Veranstaltungen; teilweise fanden selbst die BI Treffen auf den Camps statt.

Einheimische und Auswärtige waren sich bewußt darüber, daß es für das Wendland nicht die alles entscheidende Großaktion gibt, sondern nur gemeinsame, längerfristige Aktionen Aussicht auf Erfolg versprechen.

So erweisen sich die Sommercamps nicht als verpuffte Aktion einer dahinsiechenden Anti AKW Bewegung. Es gibt mittlerweile sogenannte Sommercampertreffen, auf denen ein kontinuierlicher Widerstand mit Einheimischen abgesprochen wird. Einige Sommerfrischler haben ihren Wohnsitz gleich ganz nach LüDan umgemeldet. Auch in den Städten hat sich etwas getan. So entstand zum Bleistift nach den Camps in Göttingen eine Wendlandgruppe, die unabhängig von dem »Arbeitskreis« zu neuen Taten aufruft.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob die Sommercamps Auswärtigen und Einhimischen Impulse gaben, ihren Widerstand gegen das Sorgen zentrum zu verstärken und ob die Grenzen, die die Herrschenden dem Widerstand ständig ziehen, überschritten werden.

Der Kreissausschuß LüDan sah sich veranlaßt dem sommerlichen Widerstand eine Sitzung zu widmen. In der vom Ausschuß verabschiedete Presseerklärung heißt es:» Ein Teil der einheimischen und auswärtigen Kernkraftgegner hat in den vergangenen Wochen versucht, durch strafbare Handlungen ihre politischen Ziele durchzusetzen und auf sich aufmerksam zu machen. Es wurden Nagelbretter auf Straßen un Wegen ausgelegt, auf stark befahrenen Bundesstraßen Straßensperren aus Stacheldrahtrollen erricht, Fahrzeugreifen zerstochen und andere Sachbeschädigungen durchgeführt. Die gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie eingestellten Bürgerinitiativen haben sich, wie aus der EJZ vom 9.7.83 veröffentlichten Presseerklärung hervorgeht, mit diesen Taten solidarisch erklärt.«

Ferner forderte die CDU/SPD Gemeinschaftsfraktion üm Gartower Samtgemeinderat die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) auf, sich von Militanz zu distanzieren, um den Rechtsfrieden im Landkreis wieder herzustellen. Die Antwort der UWG lautet:»UWG Vetreter haben während der Zeit der Sommerlager zu den AKW-Gegnern Kontakt aufgenommen und ihre eigene Haltung in der Frage der gewaltfreien Aktionsform vorgebracht. Dieses konkrete Handeln war und ist der UWG wichtiger und verantwortungsbewußter, als nachträgliche Aufregung und Distanzierung...«

Wir treffen uns heute, wie immer am Mittwoch, nur diesmal mit dem Sommerlager. Abfahrt 19.30 Uhr ab „Lüneburger Hof". Wir benötigen keine Hundertschaft als Begleitung.

BI Hitzacker

Nun aber zu den heißen Sommertagen. Eine Dokumentation wendländischen Herzklopfens:

26.6 Die Starkstromleitung für das Endlager wird an 11 verschiedenen Stellen zerstört
27.6. Erste spontane Häuserkampfdemo in Dannenberg:»Räumt das Zwischenlager, nicht die Häuser!« Stunden zuvor waren 7 Häuser in Berlin geräumt worden, was insbesondere die Trebeler Sommercamper zu direkt Betroffenen machte.
28.6. Baubeginn in Dragahn!
Unter massiven Sicherheitsvorkehrungen beginnt die Bohrfirma Celler Brunnenbau mit den ersten bauvorbereitenden Maßnahmen für die WAA.
Barrikaden und Buhrufe können die schändlichen Arbeiten nicht stoppen. In der Nacht kommt es zu Rangeleien, Wurfobjekte fliegen, Bohr- und Bullenfahrzeugen geht die Luft raus.

23.6. 40 Informationsdurstige dringen in das Lügenhaus der Brennelemente-Lager Gorleben GmbH und beschlagnahmen das gesamte Informationsmaterial, zahlreiche Katasterblätter und Akten. An dem Entsorgungszentrum entsteht Totalschaden - leider handelte es sich hier nur um ein Modell.

8.6. Unweit Gorlebens wird die Salzlaugen-Pipeline, die für die Erkundung des Endlagers von Bedeutung ist, an mehreren Stellen beschädigt.
29.6. Massive Baumbarrikaden erschweren die Zufahrt zu den Bohrplätzen.
29.6. In den Morgenstunden wird der Briefkasten des Kreishausses mit »Notdurft« gefüllt und beschmiert vorgefunden. Das Kommando Schmeißfliege hatte seine Schuldigkeit getan: »Wir bauen viel Schieße, aber wir nutzen sie«.

In der Nacht vom 23. zum 24. Juni 83 haben wir an 3 Baustellen bei Künsche (Landkreis Lüchow-Dannenberg) sämtliche Kabel der im Bau befindlichen Starkstromleitung unterbrochen. Da uns ein eifriger Bagger bereits die Erdarbeiten abgenommen hatte, konnten wir frisch ans Werk gehen und gleich mit dem Sägen beginnen. Ein herzliches Dankeschön dafür.
Mit der Leitung hat es folgende Bewandtnis: Sie soll den Strom für den Bau und den Betrieb des Endlagers liefern und wird zur Zeit von Lüchow über Künsche, Pannecke, Liepa, Marleben direkt neben der Straße verlegt, erkennbar am noch spärlich gewachsenen Gras. Die 6 roten Kabel liegen ca. 1 m tief in der Erde, geschützt von Steinplatten, und sind mit einer Stahlsäge und etwas Anstrengung leicht durchzusägen.
Jeder hat sein Bündel zu tragen, und so haben auch wir ein kleines Scherflein dazu beigetragen, olle Albrecht zu zeigen, wie die Akzeptanz hier wächst.
Damit dererlei Aktivitäten nicht wie so oft totgeschwiegen werden können, hier diese Erklärung...

Gruppe »Energiesparen leicht gemacht«

30.6. Die Kaffetrinker des ehemaligen Bahnwärter- und BI Infohäuschens Dragahn schlagen zu.
Das Büro des Dannenberger Samtgemeindedirektors, der mitverantwortlich für den Abriß des Infohäuschens ist, wird mit Eiern und Bauschutt verschönert. In einer Erklärung heißt es:» Herr Kollan (Samtgemeindedirektor) macht sich zum willfährigen Vorreiter der Zerstörung. Wenn man die traurigen Überreste des Bahnwärterhäuschens sieht, das von AKW-Gegnern liebevoll renoviert und instandgesetzt wurde, enthüllt sich mit den Trümmern die Symbolik für den Umgang mit Macht in diesem Land.«
Herr Kollan versteht nach dieser Aktion die Welt nicht mehr, er erkannte unter den Aktivisten seinen Pastor.

25.6. Erklärung:
Um weiterer Gewaltanwendung vorzubeugen und der Firma Celler Brunnenbau die Gefährlichkeit weiterer Bohrungen im Landkreis Lüchow Dannenberg deutlich zu machen, ist am 25.6. eine heiße Überraschung auf dem Firmengelände gezündet worden.
Es gibt keine Akzeptanz!
Wir warnen die am Bau beteiligten Firmen und Politker.

1./3.7. Eine Hauswurfsendung geistert herum.

&

ACHTUNG BOHRUNG

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auf der Suche nach dem geeignetsten Standort für unsere Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) sehen wir uns leider gezwungen, nicht nur im Dragahner Forst, in dem wir jetzt mit unserem Bohrprogramm begonnen haben, sondern auch an diesem Ort Baugrunduntersuchungen durch Probebohrungen vorzunehmen.

Wir bitten um Ihr Verständnis, daß wir diese öffentliche Verkehrsfläche nunmehr dafür abgesperrt haben. Wir bitten Sie im Interesse Ihrer eigenen Sicherheit, diese Bohrstelle in den nächsten Tagen zu meiden bzw. weiträumig zu umfahren.

Für den Bau der WAA werden wir die auf den umliegenden ca. 15o ha stehenden Gebäude abreißen und einebnen müssen. Im Dragahner Forst werden 2,5 Millionen Bäume dem Bau der Anlage zum Opfer fallen.

Zu Ihrer Information teilen wir Ihnen folgendes Wissenswerte über unsere WAA mit:

-- Diese Anlage wird keine Gewinne erwirtschaften, sondern auf Subventionen durch den Steuerzahler angewiesen sein.

-- Durch die Abgabe radioaktiver Stoffe stellt sie eine unmittelbare Gefahr für die im weiteren Umkreis lebenden Menschen dar.

-- Im Kriegsfall ist sie ein wichtiges Angriffsziel für jeden Gegner.

-- Plutonium, daß in dieser Anlage anfällt, ist zum Bau von Atombomben geeignet. Aus Sicherheitsgründen müssen wir deshalb die Polizeikräfte um ein Vielfaches erhöhen.

Wir bitten Sie, die Ihnen entstehenden Unannehmlichkeiten zu entschuldigen. Vorsorglich weisen wir darauf hin, daß wir für eventuelle Schäden nicht aufkommen werden.

Mit freundlichem Gruß

Ihre DWK

P.S.: Sollten Sie in der Nähe eines der sogenannten Sommerlager in Pudripp, Trebel, Bülitz oder Schmölau kommen, seien Sie vorsichtig. Dort wohnen Atomkraftgegner.

1/2.7 Im Landkreis kommt es zu mehreren Blockadeaktionen. In Ülzen nehmen rund 200 Leute an einer Fahrraddemo teil und errichten auf einer zentralen Kreuzung eine Bohrturmattrappe.

Grenzstreifen besetzt

2.7.-8.7. Grenzbesetzungen: Radioaktivität kennt keine Grenzen

Die Sommercamper erobern die ersten Seiten der westdeutschen Medien.Hier die erste Presseerklärung:

»Heute morgen besetzten wir, eine Gruppe von Atomkraft-Gegnern, die innerdeutsche Grenze bei Wustrow. Mit dieser Aktion wollen wir auf folgendende Punkte aufmerksam machen:

- die bisherigen Erfahrungen beim Bau atomarer Anlagen haben gezeigt, daß der Bohrbeginn immer der erste Schritt zu konsequenten Durchführung des Baus ist und nicht wie behauptet der reinen Eignungserpobung dient. Das jüngste Beispiel hierfür ist der Bau des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle Gorleben auf der ehemaligen Bohrstell 1003. Die deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) wird den für die Bohrung veranschlagten 2 Millionenbetrag nicht ohne Aussicht auf Profit in den Sand des Dragahner Waldes setzen.
- Die DWK und die anderen Atomkonzerne werden nichts unversucht lassen, das profitträchtige Atomgeschäft durchzuziehen. Die verantwortlichen Politiker, die zum Teil über ihre direkten oder indirekten Beziehungen zur DWK und co. am Profit selber beteiligt sind, werden weiterhin die Steigbügel halten und unsere Ängste und Argumente übergehen und diffamieren.

Nur wir selbst können unsere Interessen noch wahrnehmen und vertreten.

Wir fordern alle auf, sich gegen den atomaren Wahnsinn zu wehren und sich dem Widerstand anzuschließen!

Wir fordern die verantwortlichen Industriellen und Politiker auf, alle Pläne zum Ausbau des Atomprogramms und des vermeintlichen Katastrophenschutzes zu veröffentlichen.

Wir solidarisieren uns mit jedem Widerstand gegen das Atomprogramm und verwehren uns gegen jeden Versuch, diesen zu kriminalisieren und zu diffamieren.«

- die WAA stellt den Zwang zum Einstieg in eine noch gefährlichere Stufe der Atomtechnologie dar. In der WAA wird Plutonium, der gefährlichste Stoff überhaupt, in seiner gefährlichsten Form konzentriert. Mit Plutonium wird u.a. die Atombombe gebaut.
- im Falle eines nuklearen Unfalls im Landreis Lüchow Dannenberg bei dem große Teile der Bevölkerung und zahlreiche Wissenschaftler katastrophale Folgen befürchten, ist der Schutz für die Bevölkerung ausgeschlossen. Auf die Unmöglichkeit einer medizinischen Versorgung im Katastrophenfall weisen Ärzte seit langem hin. Der Fluchtweg aus dem Landkreis ist an 3 Seiten durch die deutsch-deutsche Grenze abgeschnitten, die 4. Seite zur BRD hin kann in kurzer Zeit mit wenig Aufwand hermetisch abgeriegelt werden. Um die Bürger der Rest BRD vor Verseuchung zu schützen und um die Katastrophe in der Öffentlichkeit in einer vermeintlichen Grenze zu halten.

Hubschrauber, Hundestaffeln und Natodraht setzt der BGS ein, um den Zustrom in den »autonomen Sektor - freies Grenzland« zu unterbinden. Die Region wird zum »Krisengebiet« erklärt, wesentliche »Grundrechte außer Kraft gesetzt« (O-Ton BGS gegenüber AE). Dennoch, die Verpflegung der Besetzer klappt bestens.

Forderung der Wustrower Besetzter nach Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne kommt der Landkreis nicht nach. Der Oberkreisdirektor gibt stattdessen folgende Stellungnahme ab:» Der Landkreis hat keine Veranlassung, sich von den eingereisten Demonstranten, die sich die Verwüstung des Dannenberger Rathauses, das Verstopfen von Briefkästen mit Kot und andere Gewalttaten zurechnen müssen, zur Diskussion nötigen zu lassen. «

Daraufhin besetzen Nicht-Auswärtige die Grenze bei Gummern. Die 35 BI-Mitglieder geben folgende Erklärung ab:»... Das bisherige Verhalten der Behörden der BRD im Zusammenhang mit der Bestzung von DDR Gebiet bei Wustrow hat uns, Bewohner des Landkreises Lüchow Dannenberg, veranlaßt, zur Unterstützung der bereits gestellten Forderungen ebenfalls ein Teil des Grenzstreifens zu besetzen!...Im Zwischenlager für abgebrannte Brennelemte aus AKWs ... soll ein riesiges Strahlenpotential angehäuft werden. Obwohl diese Anlagen kurz vor der Vollendung stehen, liegt für den Bau kein endgültiger Bebauungsplan vor. Über eine atomrechtliche Genehmigung soll erst entschieden werden, wenn der Bau fertiggestellt ist. Dann sind durch Investitionen in Höhe von mehreren hundert Millionen Mark Sachzwänge geschaffen, an denen kein Gericht der Welt vorbeigehen wird...«

Eine Delegation des Bundes Deutscher Pfadfinder aus Gießen beteiligt sich an der Gummern-Aktion, sie erklären, daß auch sie von einer Inbetriebnahme des Zwischenlagers Gorleben betroffen seien, denn dies bedeutet den Beginn des Transports hochradioaktivverseuchten Mülls durch die BRD. In den Medien stehen mittlerweile deutsch-deutsche Konflikte im Mittelpunkt der Grenzaktion. Die Forderungen und Argumente der AKW-Gegner geraten in den Hintergrund. Aus diesem Grunde wird die Wustrow-Besetzung am 6.7, die Gummern-Besetzung am 8.7. abgebrochen.

Ein Besetzer schrieb eine kritische Einschätzung

1.Was sollte/konnte die Aktion erbringen?

Angesichts der Tatsache, daß weder über Beginn und Bedeutung der Bohrungen im Dragahner Wald, noch über die Sommerlager nennenswert in der BRD Öffentlichkeit berichtet wurde, hielten wir es für notwendig, mit Hilfe der Grenzbesetzung eben diese Öffentlichkeit mit unseren Forderungen zu erreichen. Dies ist uns in Presse, Rundfunk und TV bundesweit und darüberhinaus (USA, Niederlande) über mehere Tage gelungen. Am Sonntag (2. Tag) führt die durch die ohne Zwischenfall überstandene Nacht und durch ein Gefühl der Stärke (zwischen den Grenzen fühlten wir uns so autonom wie nie!) entstandene Euphorie zu der (fehl) Einschätzung, wir könnten vielleicht inhaltliche Forderungen durchsetzen. Die Aktion sollte jetzt bewirken, nicht nur unsere Forderungen öffentlich zu machen, sondern sie auch zu versuchen, partiell erfüllt zu sehen. Bis auf eine Presseerklärung des Landrates und des Oberkreisdirektorvertreters ist uns dies auf Grund sonst ausbleibender Reaktionen offizieller Stellen sonst nicht gelungen. Kreisverwaltung und DWK hätten einen Grenzkonflikt und die von uns einkalkulierten Verhaftungen durch DDR Grenztruppen eher in Kauf genommen, als auch nur über unsere Forderungen zu reden...

2.Bindung von Kräften auf den Sommerlagern

An der Aktion beteiligten sich eine ganze Reihe von Leuten, die von Anfang an im Lager waren und auch vor der Besetzung schon andere Aktionen mitgetragen hatten. Diese fielen plötzlich aus. Damit ging eine gewisse Kontinuität des Widerstands verloren. Hinzu kam, daß das Lager am selben Tages des Besetzungsbeginns, wie noch nie am Wochenende überschwemmt wurde von »Week-end Widerständlern«, die notwendigerweise Unruhe mitbrachten, sich nicht auskannten im Wald, im Lager und in der eh gestörten Struktur im Lager. Die Folge war, daß sich Bezugsgruppe nicht wiederfanden und sich zunächst fast alle Diskussionen und Aktivitäten an der Grenzbesetzung ausrichteten: Die Versorgung der Besetzer mußte organisiert werden, zeitweise 200 Leute waren an den BGS Sperren nahe der Grenze, viele Leute, die uns besuchten standen deshalb anderswo nicht zur Verfügung. Auch wir selbst waren bei unserer Rückkehr ins Lager am Mittwochabend für einige Tage nur schwer in der Lage den Anschluß wiederzufinden, nicht zuletzt, weil die Besetzung in Gummern ja noch zwei Tage weiter andauerte und unsere solidarische Unterstützung dort Vorrang hatte.

3. Permanente Gefahr, daß die Besetzung zu rein deutsch-deutschen Konflikt wurde/gemacht wurde

Dem konnte bis zum Schluß durch regelmäßige inhaltliche Presseerklärung weitgehend entgegengewirkt werden.

Erst am 5. Tag, als sich abzeichnete, daß offizielle Stellen auf unsere Forderungen nicht weiter reagieren würden und als die schärferen Räumungsaufforderungen der DDR vom Dienstagabend das Augenmerk der Presse auf das Verhalten der DDR zu richten drohte, hielten wir es für notwendig, die Aktion zu beenden und uns an anderer Stelle wieder effiktiver in den Widerstand einzuklinken.

Gleichzeitig mit der Besetzung rumourte es an diversen Stellen im Wendland. Die Aktionsgemeinschaft für Energiesicherung und Kerntechnik fordert mittlerweile die polizeiliche Räumung der Sommercamp.

4.7.-7.7. In diesen Tagen ist besonders häufig, das ermutigende Zischen nagelbrettgeschädigter Reifen zu vernehmen.
Mittlerweile ist Stromkabelaktivisten per Anzeige in der EJZ mitgeteilt worden, daß besagtes Kabel unter Strom stehe und von daher »Erdarbeiten« mit dem Elektrizitätsunternehmen abgesprochen werden müßten.
Als Ersatz muß die Salzlaugenpipeline bei Gorleben nun einiges an Sabotage über sich ergehen lassen.

8.7. Besuch des Kreishauses in Lüchow
Den Grenzbesetzern wurde mitgeteilt, daß sich jeder Bewohner des Landkreises im Kreishaus über Katastrophenschutzmaßnahmen informieren könne. Doch an diesem Freitag blockieren Unmassen von Polizisten das Kreishaus. Aus Protest wird der Verkehr von Lüchow lahmgelegt, indem ständig ein Fußgängerüberweg auf der Hauptverkehrsstraße benutzt wird.

3.7. Die Telefonleitung zum Zwischenlager wird gekappt.
Später wird der Albrecht Wall am Zwischenlager von Aktivisten überwunden und die dahinterliegende Strebenmauer in Angriff genommen. Die Gorlebener Streben erweisen sich jedoch als sehr widerstansfähig. So ziehen die Gegner unter dem Motto:»Nicht verzagen, neues wagen« ab.

In der Nacht zum Montag erschrecken Vermummte die massiv aufgefahrenen Polizeikräfte im Dragahner Forst. Die Rangeleien nehmen die Staatsbüttel dermaßen in Anspruch, daß sie die Hilferufe aus Gorleben nicht vernehmen. Hier vollzieht sich eine streng gewaltfreie Aktion einheimischer Gruppen. Unter der Auflage keine Menschen zu verletzen, wird blitzschnell, bevor die Unterkiefer der Wachm annschaften wieder herunterklappen, eine Salzspiegelbohrstelle abgeräumt. Zahlreiche Bauwagen, LKWs und Stromaggregate werden schwer beschädigt.

9.7-12.7. Die Waldspaziergänge in Dragahn werden immer härter. Der Polizei geht die Hitze dieses Sommers langsam an die Substanz. Etliche Male verlieren die Knüppelschwinger ihre Nerven:

Gedächtnisprotokoll
Ich beobachtete wie zwei Radfahrer von einem Polizeibus aufgefordert wurden anzuhalten...Der Polizeibus fuhr den beiden in die Quere, riß sie vom Rad runter und führte sie mit Polizeigriff in den Bus ab. Dorfbewohner, die die gesehen hatten, alarmierten die Leute vom Camp...Zahlreiche Polizeifahrzeuge, auch Mannschaftstransporter hatten sich eingefundend. Der Bus mit den festgenommenen Radfahrern fuhr inzwischen zur Personalienkontrolle ab, obwohl beide einen Personalausweis dabei hatten. Die mit den Transporter angekommenen behelmten Beamten stellten sich nun in einer Kette auf die Straße. Ich stellte mich mit anderen Leuten parallel zur Polizeikette auf. Der Einsatzleiter stellte nur eine Aufforderung, zählte dann bis drei, und schickte seine Beamten zur Räumung der Straße. Diese gingen sofort brutal mit Stiefeltritten und Knüppel gegen uns vor. Wir gingen nach dieser ersten Rangelei langsam die Straße runter in Richtung Camp...Ein Beamter trat mir andauernd in die Hacken, bis er mir ein Bein stellte. Ich fiel hin und wurde getreten. Ich rollte mich zusammen und spürte, wie mich weitere Stiefel trafen und erhielt einen Schlag mit einem Knüppel auf den Kopf. Dann wurde ich von zwei Beamten gepackt, einer faßte mich an den Haaren der andere am rechten Oberarm (Kratzwunden) und zogen mich hoch und schmissen mich auf die Straße. Ich war am weinen und ging ein Stück bis mir schwarz vor Augen wurde und ich auf die Kniee fiel. Ich zitterte am ganzen Körper und fühlte mich elektrisiert...Ich wurde dann mit dem Krankenwagen ins Kreiskrankenhaus Dannenberg gebracht...Während ich mit dem Arzt sprach rief die Polizei. Der Arzt gab meine Personalien der Polizei durch...

13.7. Demo gegen Polizeiterror. Für jeden Demonstranten zwei bullige Begleiter. So ätzwandelt die Demo durch Lüchow.
Noch wissen die Demoteilnehmer nicht, daß Stunden zuvor ein Polizeibulli Luft verloren hatte und drei Berliner und ein Personalausweis einer vierten Person in einem Feld bei Woltersdorf (Unterkunft der Polizei) verhaftet worden sind. Besagten Personalausweis nehmen 120 grüne Speziallisten zum Anlaß, das Camp Trebel zu überfallen und von sämtlichen Bewohnern die Personalien festzustellen. Zahlreiche Krähenfüße und anderes Gerät wird beschlagnahmt. Die BI gibt tags darauf Kund:

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg E. V.

Geschäftsstelle: Drawehner Straße 3 • 3130 Lüchow • Telefon (05841) 4684
Sitz: Waldwinkel 1 • 3131 Kolborn/Lüchow • Telefon (05841) 2386

PRESSEERKLÄRUNG

Lüchow, den 14.07.83

Das Sommercamp in Trebel auf dem Gelände der Bürgerinitiative ist gestern von einem riesigen Aufgebot der Polizei durchsucht worden.

Die offensichtlich gut vorbereitete Aktion fand ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl statt. Die Durchführung erinnert an einen Überfall nach bester Wild-West Manier:

Die im Camp anwesenden Personen wurden zusammengetrieben und zum Teil gefesselt. Entgegen allen gesetzlichen Bestimmungen hatten sie keine Möglichkeit bei der Durchsuchung ihrer persönlichen Sachen anwesend zu sein. Für beschlagnahmte Gegenstände wurden keine Quittungen erteilt. Solches Vorgehen der Polizei läßt alles das, was als Ergebnis der Durchsuchung präsentiert wird, zumindest als fragwürdig erscheinen.

Die Bürgerinitiative sieht in der Durchsuchung des Sommercamps in Trebel nicht nur einen Angriff auf auswertige Atomgegner sondern auf alle Menschen im Landkreis, die sich mit der Zerstörung ihrer Heimat nicht abfinden wollen.

Dennoch ist die Polizei nicht unser "Gegner".
Wir sehen vielmehr wie sie von verantwortungslosen Politikern benutzt wird, um durch Schikanen und Übergriffe bis hin zur Körperverletzung und willkürlichen Einschränkung des Grundrechtes der Demonstrationsfreiheit die Durchsetzung von Atomanlagen erst möglich zu machen.

Wir fordern jeden einzelnen Polizeibeamten auf, lassen Sie sich nicht zum willenlosen Objekt von Politikern machen, die selbst die Auseinandersetzung mit der Bevölkerung vor Ort scheuen.

Auch mit dieser letzten Aktion wird es den für das Vorgehen der Polizei verantwortlichen Politikern nicht gelingen uns in "brave" und "böse", in "Einheimische" und "Auswärtige" zu trennen.

14.7. Die am Bau des Zwischenlagers beteiligte Firma Hoppe und Stoll wird besucht. An den abestellten LKWs entsteht eheblicher Sachschaden.
In selbiger Nacht werden für »Stopp WAA«-Malereien über 50 Liter Farbe verbraucht.
Die Bundesstraßen 216 und 119 werden zum Teil mit Natodraht gesperrt: Atomarer Unfall - Lebensgefahr.

15.7. Noch eine Hauswurfsendung:

Tatsächlich melden sich mehrere Anrufer an, die Unterkünfte zur Verfügung stellen wollen.

LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG
DER OBERKREISDIREKTOR

LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG · Postfach · 3130 Lüchow

Gesch.-Z. Re/Nk
(in der Antwort bitte angeben)
Haus-Ruf des Sachb. 247

An die Haushalte
des Landkreises
Lüchow-Dannenberg

3130 Lüchow, Königsberger Straße 10
den 14.7.1983

Sehr geehrte Damen und Herren !

Paragraph 14 Abs. 3 der Notstandsgesetze der Bundesrepublik Deutschland vom 30.5.1968 sieht vor, daß zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung...eines Landes jeder Haushalt dazu verpflichtet werden kann, bis zu 2 Beamten der Polizeikräfte oder des Bundesgrenzschutzes unbefristet zu beherbergen.
Die Sicherheitsdienste des Landes Niedersachsen befürchten das Eintreten dieses Falles als Folge auf den weiteren Ausbau von kerntechnischen Anlagen in unserem Landkreis!
Ich bitte Sie deshalb, entsprechende Unterkünfte unverzüglich herzurichten.
Ab dem 20.7.1983 werden Beamten des Kreises sowie der Polizei die Unterkünfte auf ihre Tauglichkeit hin persönlich begutachten.
Pro Person und Tag wird Ihnen eine Entschädigung von 8,52 DM gezahlt werden.
Darüberhinaus ist bei der Kreisverwaltung ein kostenloses Merkblatt "Richtlinien über polizeiliche Dienstunterkünfte in privaten Haushalten" erhältlich.
Auskünfte erteilt auch die Polizeidienststelle Lüchow. Rufnummer:
05841/3501
Ich hoffe auf Ihren Einsatz für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und verbleibe

mit freundlichem Gruß

LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG

W. Rasche

Sprechtage: montags, mittwochs u. freitags von 8.00 bis 13.00 Uhr.
Straßenverkehrsabteilung: montags - freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Fernruf: (05841) 835
Telex: 81821 LKLde d

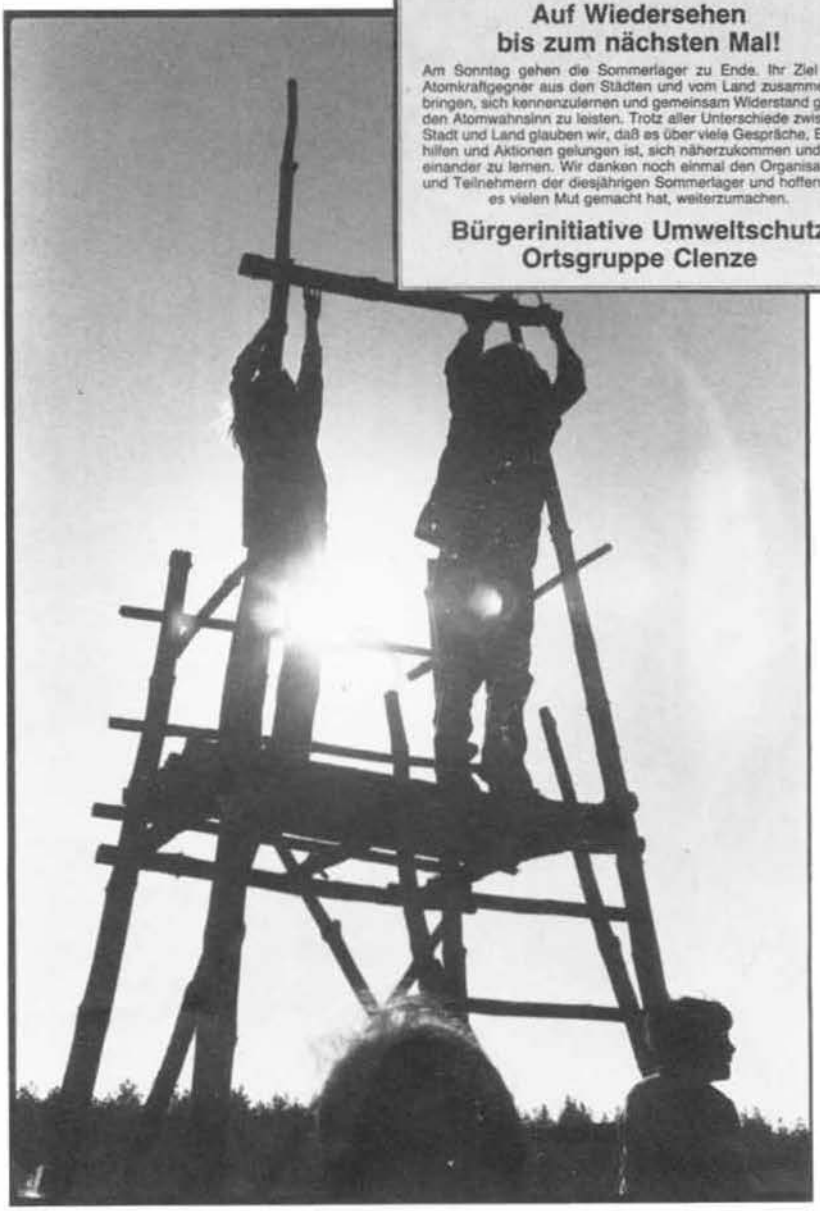
Konten der Kreiskasse: Postscheck Hannover (BLZ 250 100 30) 9955-303 Kreissparkasse Lüchow (BLZ 258 513 35) 2 050 094

Die Sommerlager sind zu Ende - auf die von der Polizei für das Wochenende angekündigte große Schlacht im Dragahner Wald besteht seitens der Camper kein großes Interesse.
Doch Ruhe kehrt im Wendland nicht ein!

Wir laden ein
Sommercamper u. Einheimische
zum
gemeinsamen
Waldspaziergang
Besichtigung der Bohrstellen.
Treffpunkt Sonnabend, 16. Juli 1983, 18 Uhr, Bushaltestelle Dragahn.
20 Uhr Schlacht ums kalte Büfett.
Salate mitbringen.
Treffpunkt am ehemaligen Bahnwärterhäuschen Dragahn.
BI DRAWEHN

16.7 12 Masten der Stromversorgungsleitung für das Polizeiquartier Woltersdorf werden angesägt.

20.7-31.7. Frauencamp in Gülden mit vielen Kindern. Zwischen spielenden Gören wird nach Perspektiven des Widerstandes gesucht.



Auf Wiedersehen bis zum nächsten Mal!

Am Sonntag gehen die Sommerlager zu Ende. Ihr Ziel war, Atomkraftgegner aus den Städten und vom Land zusammenzubringen, sich kennenzulernen und gemeinsam Widerstand gegen den Atomwahnsinn zu leisten. Trotz aller Unterschiede zwischen Stadt und Land glauben wir, daß es über viele Gespräche, Erntehilfen und Aktionen gelungen ist, sich näherzukommen und voneinander zu lernen. Wir danken noch einmal den Organisatoren und Teilnehmern der diesjährigen Sommerlager und hoffen, daß es vielen Mut gemacht hat, weiterzumachen.

Bürgerinitiative Umweltschutz Ortsgruppe Clenze

Bäuerlicl
Not emeins
„A lassen ni
Wir Art und
tzt w

Ernte an der
1983, teil-

Wir gehen zur Dragahn-Demo am 6. 8., weil:
- der Wald zum Abholzen viel zu teuer ist
- auch eine WAA viel zu teuer ist
- Atomstrom sowieso zu teuer ist
- Dragahn Dragahn und
- Gorleben Gorleben bleiben soll
- die DWK da bleiben soll, wo sie hingehört
- uns der Atommüll gestohlen bleiben kann
- der Landkreis so schön grün ist und
- noch grüner werden soll und
- im Grünen nicht rumgebohrt werden darf und
- deshalb Vorbeugen besser ist als Bohren
- diese Vorbeuge-Demo besonders von den Einheimischen getragen wird
- unsere Freunde von der BI, der Notgemeinschaft, den Grünen und der UWG
- auch auf der Demo sind
- wir schließlich und endlich NIE nachlassen!

Und welche Gründe haben Sie? Auf Wiedersehen am 6.
IBBZ GRUPPE 27

6.8. Hiroshima Tag/Demo in Dragahn
Die aufrufenden Gruppen wollten an diesem Tag durch eine Demo und Kundgebung eine Ebene der Auseinandersetzung finden, die es vielen Menschen ermöglicht, ihr unverändertes Nein zu den Atomplänen zum Ausdruck zu bringen. Es gelingt trotz Ernte über 2000 Menschen und an die 100 Trecker zu mobilisieren, die der Atommaffia demonstrieren, wie es mit der angeblich gewachsenen Aktzeptanz im Wendland bestellt ist.

Mitten im Zwischenlager

Am 15.8. führte die BI LüDan und die bäuerlicheriche Notgemeinschaft ihre wohl bisher heikelste Aktion durch.

Nachts gegen 1 Uhr wird es unruhig am Zwischenlager. Etwa 40 AKW-Gegner halten das Wachpersonal auf Trab. Derweil gelingt es 2 Frauen und 3 Männern, unbemerkt von den beschäftigten Wachen, in die am besten geschützte Baustelle der BRD einzudringen. Mit über 7 Meter langen Bohlen gelingt es ihnen den Albrecht-Wall nebst Graben, die Startbahnmauer, einen Zaun und die Natodrahtbarriere zu überwinden. Dann stoßen sie auf hundeführende Wachposten, die wohl mittels der unzähligen Videokameras von dem unerhofften Besuch erfuhren. Als ein Hund sich in dem Bein eines »Eindringlings« verbeißt, sehen sich diese genötigt einem Wachmann und zwei Hunden die Einsatzfähigkeit zu nehmen. Wenig später sind zwei Baukräne erklommen und mit Transparenten geschmückt.
8 Stunden später: Die Polizei nimmt die Besetzer fest und behandelt sie erkennungsdienstlich. Zwei der Gefangenen müssen bis zur Mittagszeit im Baustellenbereich aushalten, wo sie Schikanen des Wachpersonals ausgesetzt werden. Während der Gefangenenvernehmung versuchen BI'ler den Baustellenverkehr zu blockieren.
Die Aktion, die die Öffentlichkeit auf die in Kürze zu erwartenden Atommülltransporte aufmerksam machen sollte, hat auch das deutsche Fernsehen animiert, die BI-Aktion zu verfilmen.

Atommülltransporte
Ende 1983 ist mit den ersten Atommülltransporten zu rechnen (die atomrechtliche Genehmigung für das Zwischenlager wurde Anfang September erteilt). Die Castorbehälter mit hochradioaktiv verseuchten Brennelementen werden im Schwerlastverkehr per Bundesbahn bis zum Bahnhof Dannenberg, von dort auf der Landstrasse 256 bis Gorleben und weiter auf der Kreisstraße Richtung Gedelitz zum Zwischenlager gebracht. Jeder Transport muß der zuständigen Polizeibehörde gemeldet werden.
Der Ausbau der Atommülltransportwege läuft nicht nur zwischen Dannenberg und Pretzetze auf vollen Touren, sondern auch auf den Bundesstraßen in den Kreisen Lüneburg und Uelzen.

Wir lassen uns nicht spalten
Die angebliche Distanzierungspolitik der BI Lüchow-Dannenberg hat System.
Diese Politik hat entscheidenden Einfluß darauf gehabt, daß viele städtische Anti-AKW-Gruppen »keinen Bock« mehr auf das Wendland haben. Spätestens seit dem »Tanz auf dem Vulkan« ist der BI-Frust für die meisten Auswärtigen unerträglich geworden.
Die Betreiberseite hatte schon länger erkannt, daß der Widerstand durch Spaltung am einfachsten zu beherrschen ist. So gelang es ihr immer wieder die BI LüDa in das Lob- und Tadelspielchen mit hineinzuziehen.
Nun scheinen die Zeiten der »bösen Auswärtigen und braven Einheimischen« hoffentlich entgültig der Geschichte anzugehören. In scharfen Presseerklärungen hat die BI LüDa während der Camps den zahlreichen Spaltungskeilen von Atomlobby und Taktikern in die Welt gesetzt, die Spitze genommen.
Die Wustrower Grenzbesetzung sollte zum Stolperstein der Aktionsgemeinschaft aus Campern und BI-lern gemacht werden. So wurden angebliche Distanzierungserklärungen seitens der BI in den Medien hochgeputscht. »Scheiß BI« war wieder vielerorts zu hören. Die Hannoversche Allgemeine schrieb am 4.7.: »Vorstandsmitglieder der BI Lüchow-Dannenberg forderten die jungen Besetzer wiederholt zur Rückkehr auf - ohne Erfolg. Es sieht so aus, als würde die Kluft zwischen den fremden und den einheimischen Atomkraftgegnern größer.«
Solche Zeitungsmeldungen erschweren die so dringliche Zusammenarbeit Einheimischer und Auswärtiger. Diesmal gelang es jedoch der BI diese Falschmeldung allen offensichtlich ad absurdum zu führen: Sie besetzte aus Solidarität mit den auswärtigen Besetzern selber einen Grenzstreifen.

Letzter »Tanz auf dem Vulkan« - Prozeß : Freispruch für Richard!

Am 15. und 16. August fand im Landgericht Lüneburg der letzte Prozeß im Zusammenhang mit der Tanz auf dem Vulkan - Demo vom 4.9.82 (gegen das gorlebener Zwischenlager) statt, und zwar gegen Richard aus Salzgitter. Die Anklage lautete auf schweren Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung und Widerstand. Der Prozeß, der eigentlich schon Mitte Februar (zur gleichen Zeit wie Christophs Prozeß) stattfinden sollte, dann aber vertagt wurde, war ursprünglich auf 4 Tage angesetzt. Insgesamt 30 BGS'ler sollten als Zeugen aussagen.
Daß die ganze Angelegenheit dann schon am 2. Prozeßtag morgens gegen 10 Uhr mit einem Freispruch »mangels Beweisen« endete, hatte wohl keiner erwartet. Ganz im Gegenteil, viele hatten diesem »Nachzüglerprozeß« eher mit gemischten Gefühlen entgegengesehen.
Am ersten Tag waren es wohl knapp 100 Leute - soviele, daß höchstens 2/3 auf die Zuschauerbänke passten! - die gekommen waren, um Richard zu unterstützen. Die 5 Hauptbelastungszeugen, die am 1. Tag verhört wurden, konnten sich gar nicht mehr so recht an die entscheidenden Einzelheiten des 4.9.82 erinnern. Ihre Aussagen waren widersprüchlich und verschwommen. Während ihrer Vernehmung anläßlich des Haftprüfungstermins im letzten Jahr waren sie sich dagegen sicher gewesen, Richard als »steinewerfenden Störer« erkannt zu haben. Auf Grund der Tatsache, daß die Aussagen wider Erwarten so wenig aufschlußreich waren, verzichtete Richter Diedrichsen auf die Verhörung der weiteren 25 Nebenbelastungszeugen und selbst der Staatsanwalt plädierte für Freispruch.

Neue Adresse:
Ermittlungsausschuß Gorleben
c/o Ina Lindemann
Hof 13
3131 Bühlitz
Tel.: 05844 / 1501

WAA Poker
Die niedersächsische SPD bemüht sich um eine Atomkoalition aus CDUSPDFDP um die WAA nach Niedersachsen zu bekommen.
Der braunschweiger SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Dieter Kühbacher meinte, im Landtag dürfe es nicht zu einem Gegeneinander bei der Standortbestimmung kommen, andernfalls bestünde die Gefahr, daß Niedersachsen den Müll bekommt und Bayern die Technologie. Kühbacher empfielt Ministerpräsident Albrecht auf den FDP-Fraktionsvorsitzenden Walter Hirche zuzugehen und gemeinsam **Gorleben als WAA-Standort** »im Allgemeininteresse« durchzusetzen. Hirche wörtlich: »Nur wenn die WAA nach Gorleben kommt, hat Niedersachsen noch eine Chance, den Wettlauf mit Wackersdorf zu gewinnen.« Hirche hält das integrierte Entsorgungskonzept für eine kostengünstige und betriebswirtschaftliche Lösung; dadurch entfiele ein doppelter Wirtschaftsverbrauch und ein doppeltes Sicherungssystem, sowie der Transport zwischen Zwischenlager Gorleben und WAA Dragahn. Die Brennelemente-Wichser aus der CDU versuchen derweil die Gunst der DWK zu gewinnen, indem sie die Baugrunduntersuchungen in Dragahn beschleunigen wollen. Auch am Wochenende soll ihrer Ansicht nach gebohrt werden, da der Polizeischutz ja ohnehin rund um die Uhr gewährleistet sein muß.

WAA - Logik
Laut Landesraumordnungsprogramm ist durch eine WAA Dragahn keine Beeinträchtigung der Naturlandschaft, Erholung und des Fremdenverkehrs zu erwarten. Die Kabbarettisten in Hannover verweisen darauf, daß die Betriebsfläche der WAA nur 0,24 % des gesamten Erholungsgebietes ausmachen.

SPD
Ortsverein Hitzacker

Wir haben uns gegen die WAA in Dragahn ausgesprochen!
Deshalb demonstrieren auch wir!

Treff: Sonnabend, den 6. August 1983, 12 Uhr, Bürgerbüro, Elbstraße.

Galgenhumor

Trotz erheblicher Abweichungen vom Sicherheitsbericht der DWK kommt der TÜV insgesamt zu einer positiven Beurteilung der Sicherheit des Zwischenlagers.

Große Differenzen zwischen DWK und TÜV bestehen bei der Berechnung der in den Castor-Behältern maximal auftretenden Aktivität. So geht der TÜV von zehnmillionenmal mehr Tritium aus als die DWK. Bei Krypton 85 und Jod 129 rechnet der TÜV mit einem tausendfach höheren Wert.

Dennoch, die Sicherheitsphilosophie des TÜV stellt fest: Nach einem Störfall kann bei der Gesamtbewertung der Schwere des Unfalls auf diejenigen radioaktiven Teilchen, die auf landwirtschaftlichen Pflanzen und Tieren niedergehen,verzichtet werden, da das »realistische Verzehrverhalten« der Konsumenten ausschließe, daß verseuchte Produkte aus der Umgebung der Anlage gekauft würden.

Vorsicht also bei Sonderangeboten aus deutschen Landen.

Endlager Gorleben

Der letzte bürokratische Schritt ist getan: die niedersächsische Wirtschaftsministerin Breuel hat die Genehmigung zur »Salzstockerkundung« erteilt.

Unweit des Zwischenlagers wird in Kürze eine Stadt entstehen. Wohn-, Büro-, und Vergnügungsgebäude für die Ingenieure und Arbeiter sind der Grund dafür, daß dort demnächst 11 ha Wald abgeholzt werden - Alaska läßt grüßen.

Obwohl alles gegen den Gorlebener Salzstock spricht, wird das Endlagerprojekt rigoros durchgezogen. Die drei Kriterien, die vor Beginn der Probebohrungen als Bedingungen für eine Eignung des Salzstockes aufgestellt wurden, konnten durch die oberirdischen Untersuchungen nicht erfüllt werden: statt eines intakten Deckgebirges, das den Salzstock gegen das Grundwasser abschirmen und eine wichtige Barriere gegen das Vordringen von Radionukliden in die Biosphäre sein sollte, hat der Salzstock auf mehreren Quadratkilometern Kontakt zu schnell fließendem Grundwasser; statt des sogenannten älteren Steinsalzes, das Gewähr für eine ausreichende Standfestigkeit bieten soll, wurde überwiegend jüngeres Leinesteinsalz angefunden. Ferner muß mit einer möglichen Strahlenbelastung der Umwelt mit 400 mrem/ Jahr gerechnet werden ('zulässig' sind 30 mrem).

Die Möglichkeit einer Bürgerbeteiligung ist nicht gegeben, da sämtliche Arbeiten nach dem Bergrecht erstellt werden. Dafür ist jetzt die Beteiligung der Atomlobby an der »Auswertung der Erkundung« verbessert worden, wahrscheinlich um Schönheitsfehler wie das Duphorn-Gutachten zu vermeiden. Die ursprünglich in Bundesbesitz befindliche Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) genießt jetzt auch eine Kapitalbeteiligung der DWK.

Die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE), Abt. Einkauf, Woltorfer Straße 74, Postfach 1169, 3150 Peine 1,
beabsichtigt in Fortsetzung der Erkundungsarbeiten des Salzstokkes Gorleben nach öffentlicher Ausschreibung folgende Bauleistungen zu vergeben:

Räumung der Bauflächen und Oberbodenabtrag für den Schachtabteufplatz des Bergwerkes zur Erkundung des Salzstockes in Gorleben mit folgenden Teilleistungen:

ca. 50 000 m²	aufgeforstete Kiefernwaldfläche räumen, einschl. Rodung des Wurzelwerkes und Zerhäckseln des Holzmaterials
ca. 80 000 m²	ehemalige Waldbrandfläche von Restholz räumen
ca. 60 000 m²	Waldfläche aus Kiefern nach teilweiser Gewinnung von Nutzholz räumen, einschl. Rodung der Wurzelstöcke und Zerhäckseln von Astwerk, Abfallholz und Wurzelstöcken
ca. 2 200 m²	abgeholzte Waldfläche von Stubben roden mit anschließendem Zerhäckseln des Holzmaterials
ca. 180 000 m²	Oberbodenabtrag der Bauflächen in einer Dicke von ca. 0,25 m, seitlich lagern, teilweise laden, fördern und an verschiedenen Stellen lagern.

Erstellung eines Einfriedungszaunes mit Toren für den Schachtabteufplatz des Bergwerkes zur Erkundung des Salzstockes in Gorleben mit folgenden Teilleistungen:

ca. 2 150 m	Zaun mit einer Gesamthöhe von 1,6 m aus Stahlhohlprofilen mit Maschendrahtgeflecht und 2 Reihen Stacheldraht einschl. Fundamente und Aussteifungen
2 Stück	Schiebetore, freitragend, mit lichten Breiten von 8,0 und 6,5 m mit Elektroantrieb, Höhe 1,6 m einschl. Fundamente
5 Stück	Drehflügeltore mit lichten Breiten von 7,0 und 6,0 m (zweiflügelig) und 3,0 m (einflügelig), Höhe 1,6 m, einschl. Fundamente
4 Stück	Türen mit einer lichten Breite von 1,0 m, Höhe 1,6 m einschl. Fundamente.

Die Arbeiten sollen in der Zeit von Mitte September bis Oktober 1983 durchgeführt werden.

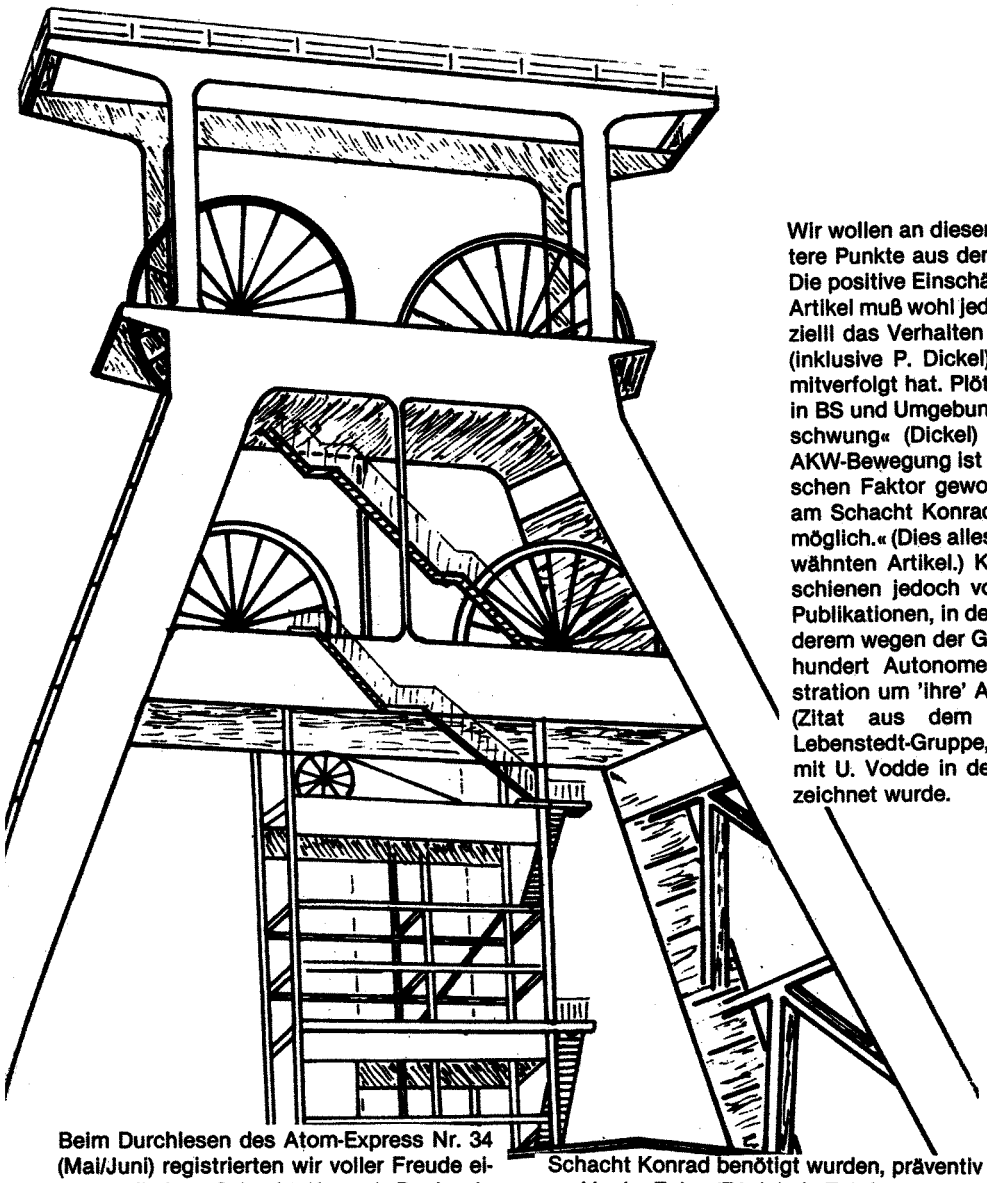
Die Vergabeunterlagen können **bis spätestens 2. August 1983** bei der oben angeführten Stelle, die für den Zuschlag zuständig ist, angefordert werden. Mit der Anforderung sind Nachweise über die Fachkunde zur Durchführung gleichartiger Leistungen und über die Leistungsfähigkeit zur Abwicklung des Leistungsumfanges in der vorgegebenen Zeit, entsprechend VOB/A § 8 Abs. 3, einzureichen. Bewerbungen ohne diese Nachweise werden nicht berücksichtigt.

Die Angebote sind bis zum Submissionstermin am 30. August 1983 um 10.00 Uhr bei der oben genannten Stelle einzureichen. Die Bieter sind bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist am 30. September 1983 an ihr Angebot gebunden.

Der Zuschlag wird nach VOB/A § 25 auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte als das annehmbarste erscheint.

Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE)

Richtungstellung zum Artikel:'Konrad, eine Nachlese von Peter Dickel' im AE Nr.34



Beim Durchlesen des Atom-Express Nr. 34 (Mai/Juni) registrierten wir voller Freude einen Artikel zu Schacht Konrad. Doch wie lachte erst unser Herz, als wir am Ende dieses Artikels, unter der Überschrift: »Trotzalledem: wir brauchen Geld!«, folgende Sätze erspähten:»... Wir haben das Konrad-Defizit von 2440,00 DM, den Flurschaden von 900 DM und nicht abschätzbare Kosten für Prozesse bisher alleine tragen müssen. Die Kosten betreffen aber die gesamte Bewegung.« Peter Dickel, als Autor hat auch hier wieder, wie in vielen anderen seiner Publikationen, bewiesen, daß er seiner Phantasie schier keine Grenzen setzt. Dazu möchten wir klarstellen:

Der Arbeitskreis gegen Atomenergie BS hat bisher nicht nur **nicht** alle, sondern vielmehr überhaupt **keine** Prozeßkosten getragen. Richtig ist, daß der AK-BS die Flurschäden (900 DM) übernommen hat und auf Grund der Vorbereitung der Demo verschuldet ist. Dieses Schicksal trifft ihn jedoch nicht allein. Auch andere Gruppen haben mit finanziellem Einsatz zum Stattfinden der Demo beigetragen. Die Gelder, die bisher im Zusammen hang mit der Kriminalisierung um Schacht Konrad benötigt wurden, präventiv und in der Folge (EA-Arbeit, Telefon-, Porto-, Öffentlichkeitsarbeitskosten für die Koordinierung und Vorbereitung der Prozesse), sind allein vom Rechtshilfefonds und Ermittlungsausschuß BS (seit dem 30.10 sammelt der EA auf allen möglichen Veranstalungen zweckgebunden Geld für die Prozesse) aufgebracht worden. Sollte der Arbeitskreis sich möglicherweise auf Grund der Initiative der sich vor einigen Monaten aus dem Arbeitskreis herausgegründeten Kriminalisierungsgruppen doch noch durchringen, Kohle für die Schacht Konrad-Prozesse locker zu machen, würde uns das sehr freuen. Bis jetzt ist uns von solcher Absicht aber noch nichts zu Ohren gekommen. Anstandshalber wollen wir hier erwähnen, daß auf Grund des Drucks des EAś auf einer Arbeitskreisfete ein 0,50 DM-Eintrittsgeldspendenaufschlag für Konrad-Prozesse gesammelt wurde.

Besonders übel ist uns aufgestoßen, daß im oben zitierten Spendenaufruf, ein ähnlicher erschien übrigens um Weihnachten herum in der taz, der Eindruck vermittelt wird, daß eventuell gespendetes Geld auch zur Unterstützung der Konrad-Angeklagten verwendet wird. Übel besonders deshalb, weil Außenstehende nicht wissen, daß gerade Peter Dickel sich auf widerlichste Weise kurz nach der Demo sowohl von den Ereignissen auf der Demo, wie auch von den Leuten, die eingefahren sind, distanziert hat.

Wir wollen an dieser Stelle noch einige weitere Punkte aus dem Artikel kurz anreißen. Die positive Einschätzung der Demo in dem Artikel muß wohl jeden verwundern, der speziell das Verhalten der Lebenstedt-Gruppe (inklusive P. Dickel) kurz nach dem 30.10. mitverfolgt hat. Plötzlich hat die Bewegung in BS und Umgebung einen »hübschen Aufschwung« (Dickel) genommen, die »Anti-AKW-Bewegung ist zu einem offensiv politischen Faktor geworden«, »ohne die Demo am Schacht Konrad...wäre das wohl kaum möglich.« (Dies alles sind Zitate aus dem erwähnten Artikel.) Kurz nach der Demo erschienen jedoch vom Arbeitskreis diverse Publikationen, in denen die Demo, unter anderem wegen der Gewalttätigkeiten »einige hundert Autonome verließen die Demonstration um 'ihre' Aktionen durchzuführen« (Zitat aus dem 8-Punkte Papier der Lebenstedt-Gruppe, vergl. auch Interview mit U. Vodde in der taz) als Mißerfolg bezeichnet wurde.

Noch mal allgemein was zur Kohle: Die Geldmengen, die der Arbeitskreis und die Lebenstedt-Gruppe anführen, sind teilweise Unsummen verplemperten Geldes (von den zig-tausend DM für die Energiebroschüre, für die in BS per Brief, dessen Versendung über 500 DM gekostet hat, zu Spenden aufgerufen wurde, schweigen wir lieber). So wurden 2000 DM für das Anmieten von öffentlichen Werbeflächen und anschließenden Verfahrenskosten wegen Erhöhung der Miete für Konrad-Plakate ausgegeben. Für die Druckkosten des Verhaltensflugblattes zur Demo, das für jeden Demoteilnehmer, egal welcher politischen Gruppierung er angehört, notwendig ist, war aus dieser Ecke keine Kohle da, inhaltlich wurde Desinteresse bekundet.

Wen es wundert, daß hier namentlich die Person Peter Dickel angegriffen wird, erklären wir: P. Dickel ist als Mitglied des Arbeitskreises BS für seine Politik und seine Alleingänge weithin bekannt. Wir wissen, daß es im Arbeitskreis Differenzen zu dieser Politik gibt. Für uns Außenstehende ist es aber schwierig, eine genaue Differenzierung zu treffen. Deshalb fordern wir die Mitglieder des Arbeitskreises auf, öffentlich zu dieser Politik, die in ihrem Namen gemacht wird, Stellung zu beziehen,

Ermittlungsausschuß Braunschweig

Wir brauchen weiterhin Kohle, es stehen noch einige Verfahren und Berufungsverhandlungen wegen der Konrad-Demo an.

Spendenkonto: Sonderkonto R. Jortzick, PschA Han, 64339-303
Stichwort: 30.10.

Öffentliches Gelöbnis abgesagt

Am 3./4. September sollte in Göttingen eine große militärische Propagandashow abgezogen werden. Für den 3. September war ein öffentliches Gelöbnis im städtischen Fußballstadion vorgesehen, am 4. September dann der 'Tag der offenen Tür' in der Kaserne.

Dann plötzlich, 3 Wochen vorher: Das öffentliche Gelöbnis wird absagt, die Bundeswehr zieht sich in die Kaserne zurück. Begründung: Zu erwartende militante Auseinandersetzungen, das Gelöbnis sei nur unter größtem polizeilichen Maßnahmen durchsetzbar.

Die Medien hatten ihre Story: Bundeswehr weicht vor 'Chaoten' zurück. Mit dem gleichen Tenor kritisiert auch die hiesige Rechte den Rückzieher: Was ist das für eine Armee, die gegen den Osten ziehen soll und schon vor einheimischen Chaoten kneift?

Was war geschehen? Ist dies ein Erfolg der Göttinger Friedens- und Antikriegsbewegung!

Wie überall im 'Nachrüstungsjahr 83' meldeten sich sofort nach Bekanntwerden der Pläne der Bundeswehr alle, die zum Thema Frieden etwas zu sagen haben zu Wort und ein sogenanntes Bündnis war auch schnell geboren.

Der größte Teil des Bündnisses (KB, Alternative Wahlliste, Reservisten verweigern.., DKP, Jusos) richtete seinen Protest hauptsächlich gegen die Öffentlichkeit des Gelöbnisses und bezeichnete diese als Provkation gegenüber der Friedensbewegung. Von Militarisierung der Gesellschaft und das ausgerechnet so kurz nach dem traditionellen Antkriegstag (1.9.) war die Rede.

Die unterschiedlichen inhaltlichen Vorstellungen zu dem geplanten Aufruf und Bevölkerungsflugblatt machten sich dann auch in Diskussionen über verschiedene Aufrufvorschläge bemerkbar. Während ein Teil des Bündnisses sich hauptsächlich auf das Gelöbnis als solches bezeihen wollte, ging es autonomen Gruppen eher daum, das öffentliche Gelöbnis nur als Aufhaänger zu nehmen, um damit Bundeswehr, Nato und US-Imperialismus unter Beschuß zu nehmen. Schließlich und endlich blieb aber eine tiefere Diskussion über Inhalte zugunsten der üblichen Debatte über Gewaltfreiheit aus. 2 Treffen lang wurde nur darüber diskutiert, ob man Gewlat im Aufruf ausschließe oder nur nicht plane.

Und obwohl eine überwiegende Mehrheit dafür stimmte, weder das eine noch das andere in den Aufruf zu nehmen, schaffte es die KB nahe Alternative Wahlliste mittels geschickter Taktiererei, sozusagen als Kompromißangebot an DKP und Jusos, doch eine solche Formulierung mit in den Aufruf zu nehmen, obwohl sie vorher selber dagegen gestimmt hatte.

Diese Formulierung, sowei das vorgeschlagene Blockadekonzept war DKP und Jusos aber immer noch zu schwammig, da den 'Chaoten' noch zuviel Freiraum bliebe und sie verabschiedeten sich aus dem Bündnis. Nachdem diese beide 'Hemmfaktoren' aus dem Bündnis verschwunden waren, konnte man sich endlich einer konstruktiveren Diskussion um Aktionen widmen. Im Gespräch waren bisher Blockaden an den Zufahrtsstraßen zum Stadion, die den Zuschauerstrom aufhalten sollten.

Einige Zweifel am ernsthaften Blockadewillen einiger Gruppen, der über eine symbolische Aktion hinausgehen sollte, kamen da auf, wo einerseits betont wurde, jeder Konfrontation mit der Polizei aus dem Wege zu gehen, andererseits aber so lange wie möglich die Blockade aufrecht zu erhalten, was notwendigerweise zu einer Konfrontation mit der Polizei führen würde.

Auch bestanden unterschiedliche Vorstellungen über Art der Blockaden. Als schließlich von autonomer Seite weitere Aktionen und alternative Demoziele vorgeschlagen wurden, wurde ihnen sofort gewollte Auseinandersetzung mit der Bullerei unterstellt. In einer Situation also, wo man sich über genaue Aktionen noch gar nicht einig war, wurde das öffentliche Gelöbnis plötzlich abgesagt, bzw. in die Kaserne zurückverlegt.

Diese Absage wurde von den Gruppen unterschiedlich eingeschätzt. Sie reichte vom 'absoluten Erfolg, man hätte schließlich alles erreicht, was man wollte', bis zum 'geschickten Schachzug der Bundeswehr, um sich als demokratisch und besonnen darzustellen'.

Angesichts der zu erwartenden Aktionen und dem was man überhaupt erreichen kann, würde ich diese Absage durchaus als Erfolg der Bewegung werten. Vor allem aber kann man sagen, daß dieser Rückzug der Bundeswehr sicherlich auch darauf zurückzuführen ist, daß man sich nicht auf ein total gewaltfreies Konzept eingelassen hatte, und mehr als eine symbolische Blockade vorgesehen war. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß Jusos und DKP bereits das Bündnis verlassen hatten, denn mit ihrer Zusammenarbeit wäre das sicher nicht möglich gewesen. Das zeichnet sie bestimmt nicht nur in Göttingen aus, sondern auch überregional sind diese Gruppen dafür bekannt, daß sie ständig versuchen alles abzuwiegeln, ernsthafte Diskussionen bockieren und sich letztendlich für kalkulierbare, am besten mit der Polizei abgesprochene Aktionen einsetzen.

In dem darauffolgenden Treffen schien von einem Teil des Bündnisses (KB, Alternative Wahlliste, Reservisten..) mit der Absage der Bundeswehr auch gleichzeitig eine Demonstration abgesagt zu sein, denn schließlich sei ja nun kein Grund mehr vorhanden. Und in der Tat, nach ihrer vorangegangenen Argumentation war ihnen tatsächlich der Demonstrationsgrund, nämlich die Provokation eines öffentlichen Gelöbnisses, genommen.

Für andere Gruppen war aber auch ein Gelöbnis in der Kaserne ein Grund zu demonstrieren.

Schließlich könnte man der Bevölkerung ge-rade dadurch, daß man trotz

Zurückverlegung des Gelöbnisses demonstriert klarmachen, daß es einem um mehr geht, als ein öffentliches Gelöbnis zu verhindern.

Dies schien der Alternativen Wahlliste aber dem Ottonormal zu schwer vermittelbar und überhaupt würden auf eine solche Demo ja nicht mehr als 100 Autonome kommen, alles in allem also niemals vergleichbar mit der stattgefundenen Demo zum Stadion. Ein anderer Vorschlag, die Demo am »Tag der offenen Tür« zur Kaserne zu machen, wurde ebenfalls von diesem Spektrum abgeblockt. Alles, was nach Demo aussah sollte tunlichst vermieden werden, da man nicht genügend Leute auf die Straße bekäme.

So lange man natürlich jede Mobilisierung nachläßt und noch dazu Mobilisierung an-

derer Gruppen versucht kaputtzumachen, ist das gut möglich. So schreibt die Alternative Wahlliste, daß ein Gelöbnis vor »ein paar Edelmilitaristen« in der Kaserne uns doch nicht zu interessieren hätte und bezeichnet eine Demo zur Kaserne öffentlich als Unsinn.
Trotz dieser Gegenmobilisierung wurde von einer Reihe anderer Gruppen zu einer Demonstration aufgerufen und diese vorbereitet. Ob man nun zur Kaserne hochgeht sollte von der Anzahl der Leute und der Anzahl der Bullerei abhängig gemacht werden.
Diese Entscheidung wurde uns dann am Samstag auch eindeutig von einem von ca. 2000 Bereitschaftspolizisten abgenommen. Offensichtlich, so ging aus einem Flugblatt von der Polizei hervor, das an Ladenbesitzer verteilt wurde mit dem Vorschlag sich zu schützen, hatten sie mit 5000 Chaoten gerechnet und deshalb halb Niedersachsen angekarrt.
Der Ansammlung von ca. 200-300 Leuten

auf dem Marktplatz wurde angedroht, bereits bei der Benutzung des Megaphons 'einzuschreiten'. So wurde es auch lediglich dazu benutzt, um die Demo abzublasen und es am nächsten Tag, dem 'Tag der offenen Tür' auf's Neue zu versuchen.
Daß man eine Demo aber so einfach nicht verlegen kann, zeigt sich dann am nächsten Tag, wo zunächst eine alljährliche Kreznieder legung der 'Landsmannschaft der Ostpreußen' gestört werden sollt, und fast keine aus dem vortägigen Spektrum zugegen war.
In und vor der Kaserne sollten nun noch diverse Aktionen verschiedener Gruppen laufen. Erstaunlicherweise mußte man aber bemerken, daß bis auf wenige, kaum eine Gruppe aus dem Bündnis etwas vorbereitet hatte, vor allem von denen hätte man es erwarten können, die die Kleinaktionen zuvor gegen eine Demo ausgespielt hatten.
So waren verschiedene kirchliche Gruppen mit Ständen und Stelltafel zugegen, die Göttinger Bürger für Frieden und Abrüstung veranstaltete ein 'Die-in' auf dem Kasernengelände, die Gewaltfreie Aktion unternahm eine Blutspritzaktion gegen Panzer und ein angrenzender Kindergarten veranstaltete ein Kinder-Friedensfest.
Auch die Antikriegsgruppe des Arbeitskreises gegen Atomenergie blieb nicht untätig. Mit bemalten T-Shirts »Nie wieder Krieg« provozierten sie Bundeswehr und Besucher und wurden nach kurzem Gerangel von Feldjägern 'entfernt'.
Bleibt zu fragen, ob es bei zukünftigen Militär-Propagandaschaus nicht tatsächlich sinnvoller ist, zu einer großen gemeinsamen Aktion zu mobilisieren, als nur zu Klein-Aktionen aufzurufen. Erstens zeigt sich, daß Gruppen, die solche machen wollen, die sowieso machen und ansonsten sehr wenig Verbindlichkeit bei solchen Aufrufen herrscht. Letztendlich führt es zu einer Individualisierung von Widerstand, bei der jeder zu allem aufruft und sich erst hinterher zeigt, was er nun tut oder läßt.

Warum nach Bremerhaven?

Auf den nächsten Seiten dieses Atom Express dokumentieren wir den Stand der Vorbereitungen für die Herbstaktionen in Bremerhaven-Nordenham. Wir fänden es ungemein wichtig, wenn sich viele Anti-AKW-Gruppen und Einzelpersonen mit den geplanten Aktionen am 13.-15.10. auseinandersetzen, sich in die örtlichen und regionalen Vorbereitungen einklinken und vor allem die Aktionen selbst mittragen. Warum?

Viele von uns haben in der Vergangenheit große Schwierigkeiten mit der 'Friedensbewegung' gehabt. Die Gründe für diese Schwierigkeiten sind unter anderem auch in vielen Atomexpress Artikeln der letzten Zeit zum Ausdruck gekommen und sollen an dieser Stelle nicht noch einmal aufgeführt werden. Dennoch haben einige von uns in und mit der Friedensbewegung gearbeitet, haben um Inhalte, Widerstandskonzepte und Aktionsformen gekämpft. Mit unseren Positionen waren und sind wir in der traditonellen Friedensbewegung in der Minderheit. Dennoch ist unser Engagement nicht wirkungslos. Mit unseren Argumenten und Initiativen haben wir nicht unwesentlich dazu beitragen, daß Loccum geplatzt ist. Und wir haben in dem ganzen Gerangele um die Herbstaktionen die Aktion in Bremerhaven-Nordenham durchgesetzt. Zum ersten Mal konnten wir eine Aktion von ihren Inhalten und Aktionsformen her weitgehend durchsetzen. Nun gilt es, 'unsere Aktion in Bremerhaven-Nordenham' auch praktisch umzusetzen und massenhaft dorthin zu mobilisieren. Denn Bremerhaven ist eine der ganz wenigen, wenn nicht die einzige Aktion im Herbst, in der unsere Inhalte, Vorstellungen und Erfahrungen am ehesten zum Ausdruck kommen werden. Wir sollten diese Chance nutzen, denn wir haben in Bremerhaven nichts zu verlieren, wir haben dort nur zu gewinnen.

Zu den Bremerhaven Aktionen ruft das gesamte Spektrum der norddeutschen Friedensbewegung auf. SPD und DKP orientierte Kräfte haben aus Gründen der politischen Opportunität nachgegeben und rufen zu 'zwei gleichberechtigten' Aktionen in Bremerhaven am 13.-15. und in Hamburg am 22.10. auf. Diese Tatsache ist zunächst einmal ein Erfolg. Daß man sich damit natürlich auch einhandelt, bei den entsprechenden Treffen über die konkrete Ausgestaltung nicht mehr unter sich zu sein, sondern sich mit dem gesamten Spektrum herumschlagen zu müssen (also auch mit den ewigen Bremsern), darf aber nicht dazu führen, sich unter dem Vorwand, auch bei dieser Aktion hätten SPD und DKP ihre Finger im Spiel, von der Aktion abzuwenden. Denn bei den bisherigen Treffen und Vorbereitungen hat sich ganz deutlich gezeigt, daß das unabhängige Spektrum ganz wichtige Positionen hat durchsetzen können und den Charakter der Aktion bestimmen kann, wenn der beschlossene Aktionsrahmen in unserem Sinne ausgefüllt wird. Aber das können nur wir selbst tun und organisieren.

Wie wollen wir in Bremerhaven Widerstand leisten, das ist die entscheidende Frage. Blockaden scheinen zur Zeit die Aktionsform zu sein, mit der wir am ehesten Druck ausüben können und mit der eine halbwegs einheitliche Aktion möglich ist. Unter Blockaden kann man sich aber sehr unterschiedliche Dinge vorstellen. Wir haben im Rahmen des Widerstandes gegen das Atomprogramm, insbesondere in Gorleben, einige Erfahrungen mit Menschen, Material und Autoblockaden gemacht und das waren keine schlechten. Unsere Erfahrung war dabei, daß wir möglichst viele sein müssen, sehr flexibel reagieren müssen und mit Phantasie und Entschlossenheit zu Werke gehen müssen. Die Blockadeformen, die in den letzten Monaten innerhalb der Friedensbewegung entwickelt und praktiziert wurden, haben einen anderen Charakter. So ist es kein Wunder und es ist ja auch gut für die Auseinandersetzung und Entwicklung, daß in der Diskussion um Bremerhaven die unterschiedlichen Vorstellungen aufeinanderprallen. Auf der einen Seite viele Bezugsgruppen und Trainingskollektive aus der gewaltfreien Szene mit ihren Vorstellungen überschaubarer Blockaden, nicht zu klein, aber auch nicht zu groß, wobei möglichst alle ein gewaltfreies Trainingslager absolviert haben sollten bzw. kurz vor der Aktion noch einen Schnellkurs durchlaufen. Dagegen unsere Vorstellung in Richtung Massenblockaden (also sich nicht gleich zerfuseln in viele Schichten, sondern erstmal gemeisam beginnen und sehen, wie weit man kommt) und mehr Flexibilität im Verhalten und Vorgehen.

Die Bremerhavenaktion ist bis jetzt sehr offen und weder für uns, noch für den Staat kalkulierbar und berechenbar. Sorgen wir dafür, daß es so bleibt, daß am 13., 14. und 15.Oktober Staat und Polizei unter Druck kommt, vor Tausenden entschlossener Menschen steht, die sich den Kriegsvorbereitungen und der Militär- und Unterdrückungsmaschinerie so in den Weg stellen, daß sie nicht so einfach weggetragen, weggespritzt oder niedergeknüppelt werden können. Wir werden in Bremerhaven der 'militanten' Konfrontation ausweichen, uns in keinem Fall auf sie einlassen. Wir werden uns nicht schlagen mit Staat, Polizei und Militär. Aber wir werden kämpfen. Schwerpunktmäßig mit Blockaden. Ob und wie das in der Praxis überhaupt umzusetzen ist, daß werden wir erst vor Ort erfahren. Aber in jedem Fall gilt: Je mehr wir sind, desto entschlossener und stärker werden wir sein.

Nächste Treffen:
Blockierertreffen am 1.Oktober und Unterweserkonferenz am 2.Oktober jeweils in Bremerhaven (genaue Zeit und Ort sind bei den Vorbereitungsbüros zu erfragen)

P.S.: Dieses Jahr gibt es einen Taschenkalender gegen den Krieg 84, der zum Preis von 8.-DM - mit entsprechenden Rabatten für Wiederverkäufer - beim Arbeitskreis bestellt werden kann.

Aktionsrahmen für den 13. bis 15.10. in Bremerhaven / Nordenham

(beschlossen auf der Unterweserkonferenz am 14.8.)

Grundsätzlich

»Die Zeit drängt: Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles muß verhindert werden«, heißt es im Kölner Aufruf für die Herbstaktionen. Es ist gelungen, die Friedensbewegung zu einer der stärksten Bewegungen in der BRD zu machen. Dies wurde erreicht durch das Zusammenwirken vielfältiger Aktionen: z.B. Unterschriftensammlungen zum Krefelder Appell oder zu »Atomwaffenfreien Zonen«, Großaktionen gegen Rekrutenvereidigungen bis zu Aktionen des zivilen Ungehorsams. Das reicht aber nicht aus: sowohl eine zusätzliche Verbreiterung als auch Intensivierung des Kampfes der Friedensbewegung werden notwendig sein, um dieses Ziel zu erreichen. Massenhafter und entschieden vertretener Widerstand muß die politischen Kosten für die »Nachrüstung« so hoch treiben, daß das Risiko für sie nicht mehr tragbar erscheint. Auch nach den Auseinandersetzungen im Herbst wird der Widerstand gegen ein Militär, eine Strategie und eine Politik notwendig sein, die den Untergang der halben Menschheit als »notwendiges Übel« ihrer Machterhaltung einkalkuliert. Auch das soll in Bremerhaven deutlich werden.

Wir sind der Überzeugung, daß einerseits die angestrebte Intensivierung des Widerstands in der Luft hängt, wenn sie nur durch kleine Teile der Friedensbewegung vollzogen werden kann. Auf der anderen Seite wird eine Verbreiterung der Reihen der Friedensbewegung allein noch keine neue Qualität des Kampfes schaffen. Es ist unverzichtbar, neue Menschengruppen aus den Betrieben und den Verwaltungen in den Widerstand aktiv mit einzubeziehen und Aktionsformen des zivilen Ungehorsams (von Blockaden bis zum Generalstreik) zu entwickeln.

Unser Widerstand kann sich angesichts der drohenden Kriegsgefahr nicht ausschließlich in den vorgegebenen Bahnen angeblich »legaler« parlamentarischer Spielregeln bewegen. Die Ablehnung selbst einer nur »konsultativen« Volksbefragung zur »Nach«Rüstung durch die Herrschenden macht deutlich, welchen Beschränkungen dieser Weg unterliegt und wie wenig er jetzt noch für die Verhinderung der Stationierung taugt. Wenn die Vorbereitung der atomaren Vernichtung Europas sich angeblich »im Rahmen der Gesetze«bewegt, kann unser Leitspruch nur sein:
Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Für den 13. bis 15. Oktober streben wir eine Kombination verschiedenster Widerstandsebenen an, die in einem integrierten Gesamtkonzept zusammengefaßt sein sollen. Dabei wollen wir sowohl neu gewonnene und noch zu gewinnende Mitstreiter - etwa aus der Gewerkschaftsbewegung - einbeziehen als auch Raum geben für die massenhafte demonstrative Praktizierung unseres Widerstandsrechts.

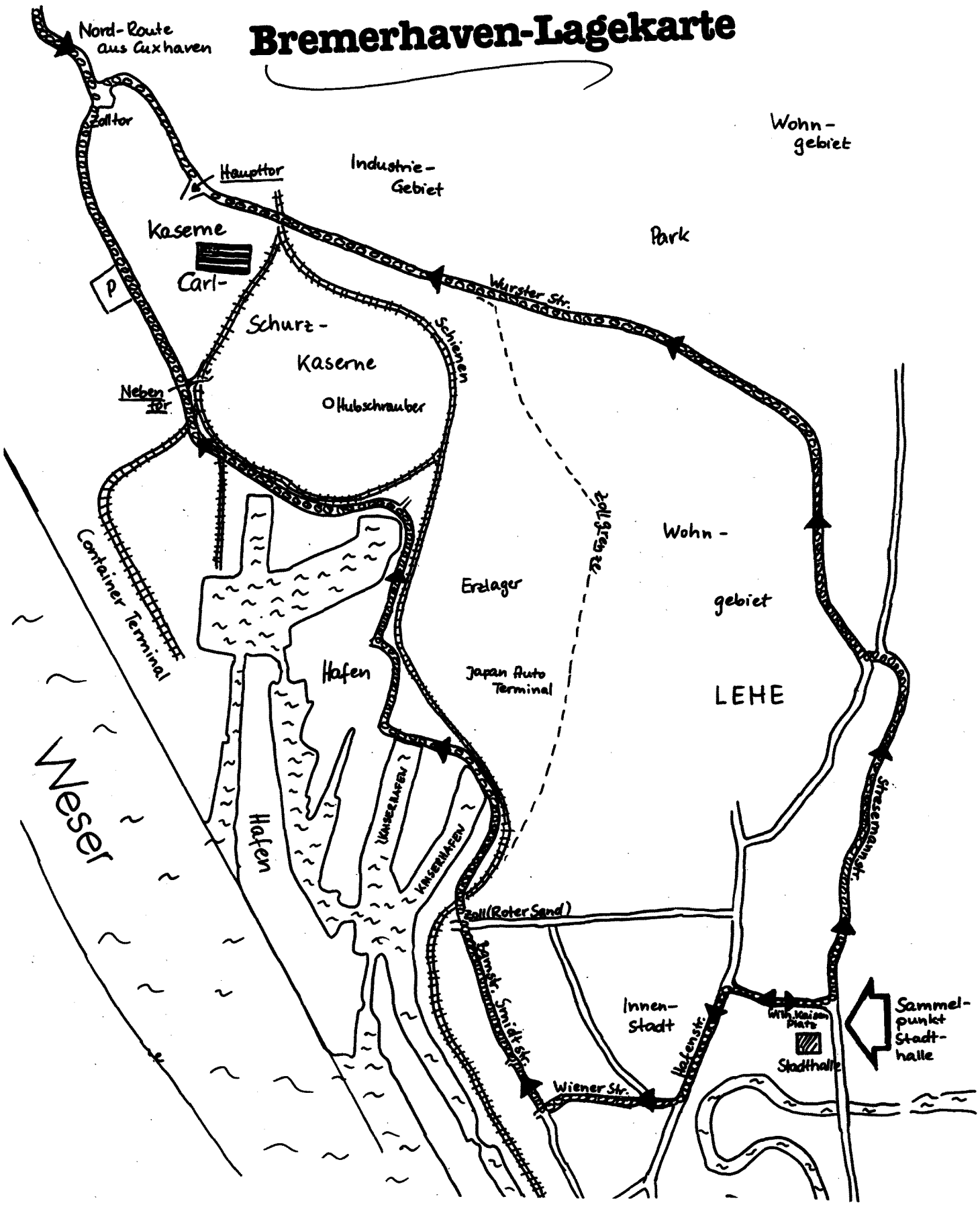
Die Aktionsformen müssen die verschiedenen in der Friedensbewegung vertretenen Positionen berücksichtigen und vereinigen. Ziel sollte immer sein, bei aller Vielfalt die Einheit der Friedensbewegung zu entwickeln und zu bewahren. Erfolgreich werden die Herbstaktionen nur sein, wenn alle beteiligten Kräfte der Friedensbewegung sich gegenseitig respektieren und nicht versuchen, ihr Konzept den anderen aufzuherrschen. Aktivitäten der verschiedensten Gruppen sollen sich an diesen Aktionsrahmen halten.

Mit ihren Aktionen in Bremerhaven und Nordenham will die Friedensbewegung auf die besondere militärische Bedeutung dieser Region im Rahmen der US - NATO -Strategie aufmerksam machen und ihren Protest gegen die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft massenhaft zum Ausdruck bringen. Bremerhaven/Nordenham ist der mögliche Landepunkt für Pershing II und Cruise Missiles und Haupthafen für US-Militärmaterial.

Für Bremerhaven als Anlandepunkt spricht:

- Auch die Pershing I kam auf dem Seeweg nach Europa.
- In der Carl-Schurz-Kaserne ist der Sitz des »Military Sealift Commands«, zuständig für allen Nachschub, der auf dem Seeweg nach Europa und dem Nahen Osten gelangt.
- In Nordenham werden auch Atomsprengköpfe verladen.
- In Nordenham werden chemische Kampfstoffe, demnächst binäre Gasgranaten verladen.
- Über Nordenham werden jährlich 90.000 Tonnen Munition angelandet und per Bahn und Schiff in den Süden der BRD transportiert.
- In Bremerhaven kommen ca. 1,5 Millionen Tonnen Waffensysteme und Militärmaterial ins Land.
- **Die gesamte Unterweser-Region wird systematisch militarisiert:**
- In Bremerhaven sind amerikanische Einheiten stationiert, die im Zusammenhang mit Atomwaffen stehen. Dafür spricht sowohl der Troposcatter auf dem Kasernengelände, als auch andere Radar-und Kommunikationseinrichtungen in umliegenden Orten.
- In Garlstedt ist die US-Panzereinheit »Hölle auf Rädern« stationiert.
- Allein auf der Autobahn Bremen - Cuxhaven sind zwei Ausweichflughäfen.
- In der Region liegen mindestens drei Nike-Herkules-Atomraketenstellungen.

Aber Bremerhaven zeigt nicht nur den ganzen Umfang der Aufrüstung. Es zeigt auch, wie sehr die US-Army in Europa, bzw. in die NATO verwickelt ist und in alle Kriege in der 3. Welt, wenn es darum



geht, Einflußgebiete abzustecken und aufbegehrende Völker niederzuhalten — wie jetzt in El Salvador, Nicaragua, Südafrika oder Palestina.
Wenn wir das Military Sealift Command blockieren, ist das auch praktische Solidarität mit diesen Völkern.

Waffen- und Munitionsim- und Export findet laufend in Bremerhaven / Nordenham statt:
- Über Bremerhaven lief der Nachschub für die Libanon- und Nahostkriege 1958, 1973, 1982...
- Schon 1973 wurde der Nordhafen in Bremerhaven von amerikani-

scher Militärpolizei abgeriegelt, um Waffen für Israel — Nahost Krieg — zu verladen. So etwas ist bisher einzigartig in Europa geblieben.
- Über Nordenham lief Material für den gegenwärtigen türkischen Völkermord an den Kurden.

Konkret

Vorbereitet wird die Demonstration in Bremerhaven durch Blockaden am 13. und 14. Oktober an verschiedenen militärischen Einrichtungen in der Region, wobei der Schwerpunkt auf Bremerhaven und Nordenham gelegt wird.

Am 15. Oktober findet in Bremerhaven eine Großdemonstration statt, deren Ziel die Umzingelung und totale Blockade der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven/Weddewarden ist. Die Demonstration durch den Hafen wird auf die Funktion der Hafenanlage für die NATO-Hochrüstung und die ständige Ausweitung der militärischen Nutzung hinweisen, da über den Hafen ein großer Teil des Nachschubs der US-Streitkräfte in Europa abgewickelt wird.

Die Demonstration wird am späten Vormittag mit einer Auftaktkundgebung vor der Stadthalle beginnen. Sie wird in zwei Zügen zur Kaserne führen, wobei die eine Route über die Wuster Straße führt, die andere durch den Hafen (Franziusstr./Brückenstr./Am Erzhafen/Am Nordhafen/Senator/Bordschellerstr.). Beide Züge vereinigen sich vor der Kaserne zu einer Umzingelungs- und Blockadeaktion, wobei die Demonstranten der Hafenroute die dem Container-Terminal zugewandte Seite, die der anderen Route, den Abschnitt vom Zolltor Weddewarden bis zur Weserportstr., die ebenfalls in die Umzingelung mit einbezogen wird, blockieren.
Nach Beendigung der Umzingelung und der Blockade wird die Demonstration geschlossen zurückgeführt. Der Abmarschzeitpunkt wird vor Einbruch der Dunkelheit liegen.
Für Demonstranten aus dem Landkreis Cuxhaven wird eine Demonstrationsroute, ausgehend von einem Punkt nördlich Weddewardens, angeboten, die abgestimmt mit den Aktionen, die von Bremerhaven ausgehen, einen eigenen Aktionsorientierten Beitrag zur Blockade der Carl-Schurz-Kaserne am 15.10. leistet.
Für Demonstrantengruppen, die per Fähre oder per Zug in Bremerhaven eintreffen, bietet sich die Möglichkeit, den Weg zur Stadthalle zur Agitation zu benutzen.

Wir wollen durch den Hafen demonstieren. Der Hafen hat für uns zentrale Bedeutung, weil hier die Dinge umgeschlagen werden, gegen die sich unser Protest richtet und eine Umzingelung ist ohne diesen Anmarschweg schwierig zu realisieren.

Die Demonstration richtet sich nicht gegen die Hafenanlagen als solche und in keiner Weise gegen die Kollegen, die hier ihren Lebensunterhalt verdienen. Wir verstehen die Sorge um den Arbeitsplatz - gerade in einer Stadt mit einer Arbeitslosenquote von fast 14%. Eine Information der Kollegen ist daher für uns ebenso unabdingbar wie die Beteiligung gewerkschaftlicher Gliederungen an der Aktion selbst und ihre öffentliche Vermittlung wünschenswert ist.

Umzingelung und Blockaden wollen wir mit friedlichen Mitteln erreichen. Wir erklären, daß von uns keine Gewalt ausgehen wird. Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei, sondern unseren Widerstand gegen die »Nach«Rüstung politisch zum Ausdruck bringen.

In diesem Zusammenhang fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, jede Provokation zu unterlassen. Dazu gehört der Verzicht auf Schikanen, Einschüchterungsversuche, Diffamierungen und Kriminalisierung seitens Justiz und Polizei.

Demonstrationsverbote und —Einschränkungen werden unseren entschiedenen Widerstand finden.
Die konkrete Aktionsplanung wird auf einer 2. Unterweser-Konferenz beschlossen und muß sich an die Grundsätze des Aktionsrahmens halten.

A Aufrufentwurf

Wir rufen auf zu einer bundesweiten Demonstration in Bremerhaven am 15.10. gegen NATO-Kriegsplanung, gegen die Funktion und den Ausbau der NATO-Infrastruktur im Militärdreieck Bremen-Bremerhaven-Nordenham. Am 13. und 14. finden in Bremerhaven und Nordenham schon Aktionstage und Blockaden statt.

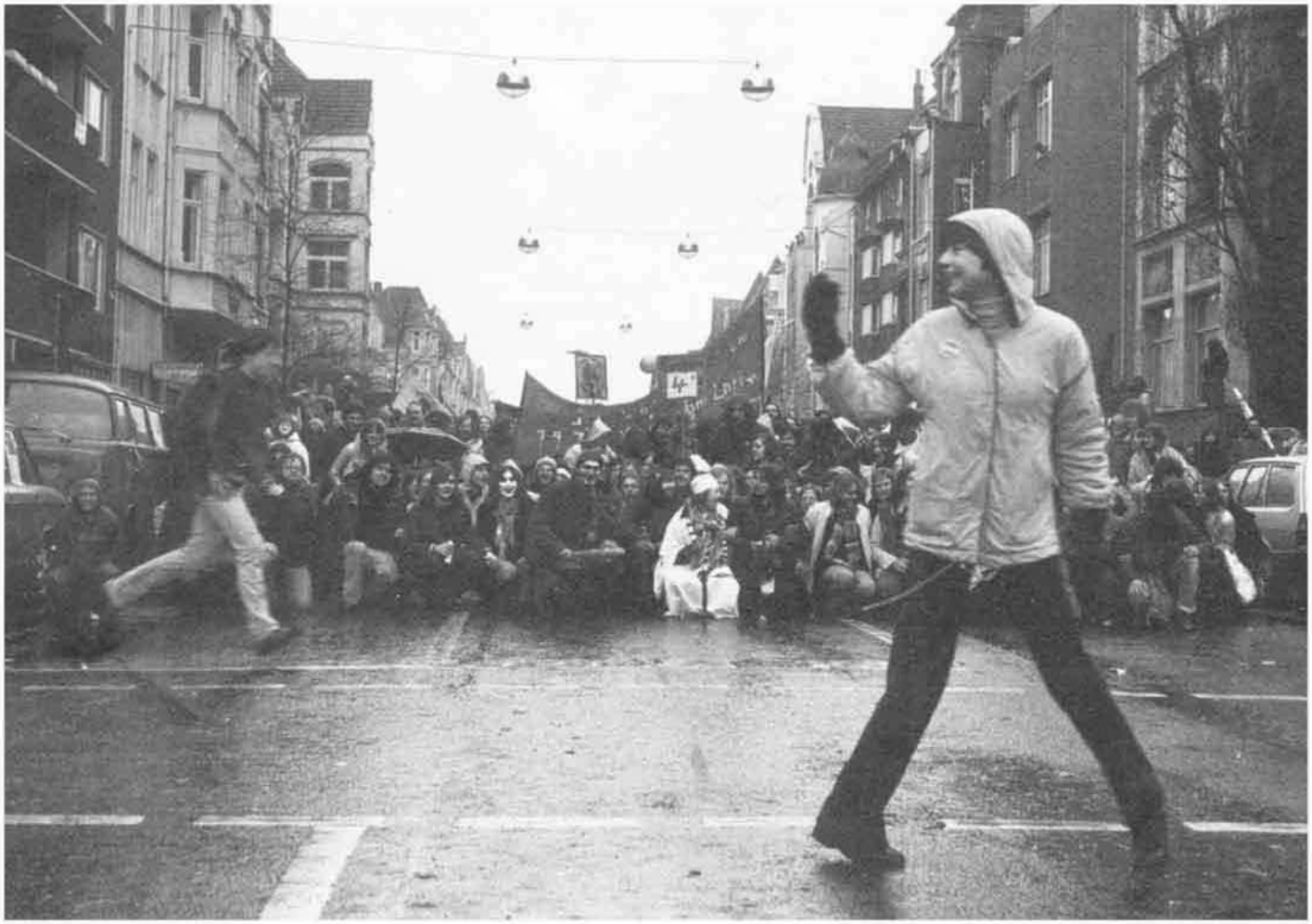
Das Militärdreieck Bremen-Bremerhaven-Nordenham ist zentraler Umschlagplatz für den Nachschub der US-Armee. Über Bremerhaven kommen jährlich 2 Mio. t an Militärmaterial und Waffensystemen. Im Rahmen der NATO-Herbstmanöver im August und September dieses Jahres werden ca. 40000 t Rüstungsgüter in die BRD gebracht, von denen erfahrungsgemäß 90% auf dem Seeweg angelandet werden. Die BRD hat sich verpflichtet, im Rahmen des wartimeshorst-nation-support-program zusätzliche Militärmittel für die US-Armee bereitzustellen. So wurden z.B. sämtliche Depots mit Militärmaterial aufgefüllt, welches zum großen Teil über den Seeweg, also Bremerhaven-Nordenham, in die BRD transportiert wird.

Bremerhaven ist von der NATO zum größten Containerhafen Europas ausgebaut worden. Der allergrößte Teil des Nachschubs von Militärgütern wird heute mittels Containerverkehrs abgewickelt oder über die ebenso im Hafengelände existierende sogenannte roro-Anlage, über die innerhalb von Stunden große Kriegsgeräte wie Panzer verladen können. In ihrer Kriegsplanung brauchen sie diese Infrastruktur, um innerhalb kürzester Zeit riesenhafte Mengen von Militärmaterial nach Europa zu bringen oder von dort aus weiter zu transportieren.

In der amerikanischen Carl-Schurz Kaserne, die direkt an das Hafengelände anschließt, befindet sich das Hauptquartier für militärische Seetransporte (military sealift command/msc), das zuständig ist für die Organisation von Material und Munitionsnachschub für Europa, Asien, Afrika und den Nahen und Mittleren Osten. Es orderte 1982 einen Teil des amerikanischen Nachschubs für die israelischen Angriffe gegen den Libanon über Nordenham. In diesem Jahr wurden zur Zeit der Angriffe des türkischen Militärs gegen die Kurden Waffen und Munition auf türkische Schiffe verladen. Für die Abwicklung des Nachschubs für die schnelle Eingreiftruppe der USA bei einer Intervention in der dritten Welt werden Bremerhaven und der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt die Drehscheibe sein.

Die Demonstration in Bremerhaven läuft zu dem Zeitpunkt, wo die Stationierung von Mittelstreckenraketen geplant ist und wogegen sich in den verschiedenen Regionen der BRD Protestaktionen und Widerstand entwickelt haben. Die Stationierung der atomaren Erstschlagswaffen kann nicht losgelöst werden von den gesamtmilitärischen Kriegsplanungen der USA und der NATO, Kriege gewinnbar zu machen. Diese Planungen bedingen sowohl den Ausbau der BRD als Ausgangsbasis für ihre Kriege, den Einsatz von schnellen Eingreiftruppen, die Stationierung der Mittelstreckenraketen, die konventionelle Hochrüstung und die Militarisierung der Gesellschaft im Innern.

Angesichts der Bedeutung, die Bremerhaven-Nordenham als zentraler Punkt in der Infrastruktur ihrer Kriegsplanung hat, rufen wir dazu auf, daß die Aktion in Bremerhaven bundesweit aufgegriffen wird.



Die geplante Demonstration durch das Hafengelände soll nicht nur ins Blickfeld rücken, um welche zentrale Drehscheibe es sich hier handelt, sondern - zumindest für eine Zeit - ganz materiell die militärische Funktion dieses Hafengeländes lahmlegen.

Jetzt, wo die westlichen Wirtschaftsinteressen mit brutalen militärischen Mitteln der NATO gesichert werden sollen, wo die CDU versucht, Protest und Widerstand niederzuknüppeln und die SPD die Friedensbewegung in staatskonforme Bahnen lenken will, wo wir viele geworden sind, die erfahren haben, daß Appelle an die Herrschenden nicht ausreichen, werden wir mit dieser Demo direkt in ihren militärischen Ablauf eingreifen.

Je stärker sich hier unser Widerstand entwickelt und wir fähig werden, den reibungslosen Ablauf ihrer Kriegsvorbereitungen zu stören, desto mehr nehmen wir ihnen die Ruhe und Sicherheit, die sie brauchen, um von hier aus ihre Kriege zu führen und die Unterdrückung und Machtpolitik fortzusetzen.

B Aktionsrahmen (Vorschlag)

Wir halten die Hafenroute für unverzichtbar! An diesem Punkt soll der Verkehr/Betrieb innerhalb des Hafens soweit wie möglich lahmgelegt werden. Das betrifft hauptsächlich den Betrieb zwischen dem Containerterminal und der Carl-Schurz Kaserne. Eine vollständige Blockade der Carl-Schulz Kaserne (unter Berücksichtigung der beiden anderen Demozüge) ist nur **mit** *der Hafenroute gewährleistet. Da das Ziel eine vollständige entschlossene Blockade der Kaserne ist, kann die Diskussion über verschiedene Widerstandsformen und deren Verquickung nur an der Durchsetzung dieses Zieles orientiert sein und nicht allgemein geführt werden. Verschiedene Widerstandsformen können und müssen sich ergänzen.*

Ablauf:

Treffpunkt der Demo am 15.10. ist die Stadthalle Bremerhaven. Der Demozug teilt sich dann nach einer gemeinsamen Strecke in zwei Züge, von denen der eine die Wursterstraße in Richtung Carl-Schurz Kaserne laufen wird, um dort das Haupttor zu blockieren. Der andere Zug wird in Richtung Hafen laufen, um über die Hafenroute zum Nebentor der Carl-Schurz Kaserne zu gelangen, sich dort mit dem 3.Zug aus Weddewarden vereinigen und zusammen das Nebentor der Kaserne blockieren. Es wird zwar diskutiert, daß die Hafenroute eventuell verboten sein wird, doch davon wollen wir nicht grundsätzlich ausgehen.

a) Die Hafenroute ist möglich (ob trotz Demoverbot die Hafenroute genommen wird, muß vor Ort aufgrund des Kräfteverhältnisses entschieden werden. Das trifft den Fall, wenn Route verboten, aber keine Polizeisperren, die den Zugang zum Hafen verhindern). Für die Begehung der Hafenroute finden wir folgende Sachen wichtig: Wir gehen durch die Zollstelle 'Roter Sand' in den Hafen und bewegen uns dann in Richtung Kaserne. Dieser Weg wird bestimmt dadurch, daß es eine Straße ist, die durch Eingrenzung (Zäune, Wasser) keine Ausweichmöglichkeiten nach links oder rechts läßt. Es gibt nur zwei Rückzugsmöglichkeiten: Zollstelle Roter Sand und eine mehrere Kilometer entfernte Zollstelle oberhalb des Nebentores der Carl-Schurz Kaserne. Das politische Ziel, die Unterbrechung des Hafenbetriebes, wird durch eine große Demonstration durch das Hafengelände erfüllt.

b) wenn die Hafenroute nicht möglich ist (zum Beispiel durch Polizeisperre am Roten Sand): In diesem Fall müßte jeglicher Verkehr aus dem Hafengelände heraus unmöglich gemacht werden.
Unser Schwerpunkt: entschlossene Blockade am Roten Sand z.B. in Form einer Materialblockade. Wir meinen, daß eine Materialblockade an diesem Punkt effektiver sein kann (z.B. bei Einsatz von Distanzwaffen wie Wasserwerfer, Tränengas, ausfahrende Fahrzeuge) als eine reine Sitzblockade. In beiden Fällen - mit und ohne Passieren der Hafenroute - ist es wichtig, den Schienenstrang aus dem Kasernengelände heraus (neben dem Haupttor) zu blockieren, da dies der einzige Scheinenstrang aus dem Kasernengelände heraus ist.

Oldenburg, den 4.9.83

Blockadekonzept (Vorschlag)

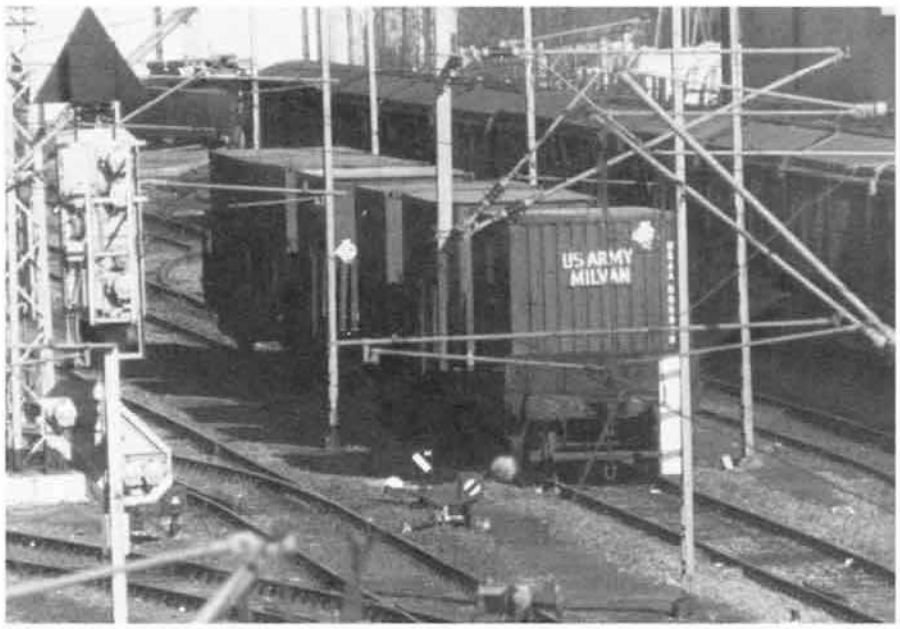
aus dem Komitee gegen die Bombenzüge

1. Vom 13.-15.10 *findet eine Menschenblockade der Carl Schurz Kaserne durch uns statt. Im selben Zeitraum sind alle beteiligten Gruppen aufgerufen, in der Stadt und an allen anderen Einrichtungen in Bremerhaven, die mit der Aufrüstung und Militarisierung dieser Region zusammenhängen, Aktionen durchzuführen, die die Öffentlichkeitswirksamkeit und politische Aussage der Blockade unterstützen. Im selben Zeitraum soll es auch zu Aktionen bei der Midgard in Nordenham kommen.*

2. Technische Voraussetzungen für Bremerhaven

3 Tore müssen rund um die Uhr blockiert werden, am besten scheint uns dies in Schichten möglich zu sein. Vorschlag:

- eine Schicht sollte 4 bis maximal 6 Stunden umfassen
- bei einer 24 stündigen Blockade ergeben sich für 3 zu blockierende Tore bei 4-stündiger Schicht mindestens 18 und bei 6-stündiger Schicht minestens 12 Blockadeschichten.
- nach unseren Erfahrungen mit der Blockade in Weddewarden sind mindestens 200 Menschen pro Tor als Blockadeure sinnvoll. D.h.: wir benötigen pro Blockadetag 3600 bis mindestens 2400 Menschen, am besten natürlich viel mehr!
- vielleicht können auch 2 auseinanderliegende Schichten von den selben Menschen ausgefüllt werden, sollten sie nicht in Gewahrsam genommen werden ...
- die einzelnen Blockadeschichten sind in Basis/Bezugsgruppen organisiert und entscheiden autonom (gemäß der Rahmenprinzipien, die vorher gemeinsam festgelegt werden sollen), wie ihre Blockadeschicht ausgefüllt wird. Sie versuchen die Blockade so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.



Wird eine Blockadeschicht abgeräumt und an einen anderen Ort gefahren, tritt die nächste Blockadeschicht in Aktion.

Kommunikation zwischen den Toren ist dann nötig, in bezug auf Absprachen, wenn unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, die von einer Blockadegruppe nicht gelöst werden können - ansonsten sind regelmäßige Informationen, wie es an anderen Toren aussieht, sehr dienlich (durch Kurierdienste, walky-talkies u.ä.)

3. Zur Vorbereitung

Erklärung über die Rahmenbedingungen der Blockade

1. Unser Ziel ist die möglichst vollständige Blockade der Kaserne Weddewarden durch unsere Körper. Wir werden nicht in die Kaserne eindringen. Das Kasernengelände beginnt für uns hinter dem Zaum.
2. Wir wenden keine Gewalt gegen Menschen an. Sachbeschädigungen aus der Blockade heraus entsprechen nicht dem Charakter der Aktion. Das heißt nicht, daß keine kreativen Aktionen stattfinden. Malereien usw. sind notwendig!
3. Gewalt, die von Polizei und Militärpolizei ausgeht, werden wir nicht mit Gegengewalt beantworten. Wir werden uns dagegen schützen (z.B. Schutzkleidung, Öffentlichkeit herstellen) und gegebenenfalls die Blockade an anderer Stelle wieder aufnehmen - mit dem Ziel, die Kaserne weiträumig

zu blockieren. Auf die dann mögliche Behinderung zivilen Verkehrs muß die Öffentlichkeit schon vor den Blockaden vorbereitet werden.
4. Die jeweiligen Blockadeschichten entscheiden autonom über Ausgestaltung ihrer Schicht innerhalb des Aktionsrahmens.
5. Entscheidungen während der Blockade, die die gesamte Blockade (alle Schichten) betreffen, fällt ein Delegiertenrat.
6. Wir müssen mit Festnahmen rechnen -die nächste Schicht übernimmt dann die Blockade.

4. Infrastruktur der Blockade
(1) Wenn möglich, wird ein Camp in der Nähe der Kaserne organisiert, wo sich das offizielle Infozelt befindet, wo regelmäßige Infoveranstaltungen der Organisatoren stattfinden für neu angereiste Gruppen und einzelne, die sich dort in Gruppen zusammenfinden und alle in Blockadeschichten eingeteilt werden.
Dort ist außerdem Infozentrale für alle Vorkommnisse während der Blockade, ... Großzelte hierfür müssen über beteiligte Organisationen wie z.B. Jugendverbände, Kirchen oder ähnlichem organisiert werden, ebenso Fragen der 'Entsorgung menschlicher Notdurft', Verpflegung ...
(2) Gruppen sollen sich als Beteiligte an der Blockade schon vorher anmelden - mit Zahlenangaben, Zeitangaben. Außerdem sollen sie zur Vorfinanzierung der Infrastruktur schon Gelder einzahlen. Fahrräder sollen wenn möglich mitgebracht werden.
(3) Wenn möglich sollte das Camp ab dem 10.Oktober eingerichtet werden und bis zum 16.Oktober, vielleicht sogar bis zum 22.Oktober dauern (als Basis für weitere dezentrale Aktionen?).
(4) Es ist ohnehin geplant, ein Informationsbüro Brmerhaven einzurichten. Zwischen Informationsbüro in der Satdt und Infozentrale in Weddewarden müssen Kommunikationsstränge gefunden werden ...

5. Organisatorische Vorbereitung
Es sollen mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet werden, die sofort mit der Arbeit beginnen und sich auf regelmäßigen, öffentlichen Sitzungen austauschen sollen.
A Camp Gruppe: Ihre Aufgabe ist die Unterbringung der Blockadeteilnehmer und alles, was mit deren Ver- und Entsorgung zu tun hat. Die Gruppen verpflegen sich selbst - Fahrräder bereitstellen für diejenigen, die keine mitbringen können.
B Informationsgruppe: Betreuung des Infobüros, Anfragen beantworten, Anmeldungen annehmen, Verschickung von Material, vielleicht Angliederung einer Öffentlichkeitsarbeitsgruppe. Während der Aktion: Infozelt (Zentrum) betreuen, Infofluß sicherstellen, Kommunikaionsmöglichkeiten bieten.

C Infoverbreitungsgruppe: Inis und Städte besuchen, Handbuch für Teilnehmer erstellen, während der Aktion ständige Vorbereitung und Information der Neuhinzukommenden.
D Finanzen E Sani F Jura

6. Anfang Oktober sollte ein Delegiertentreffen oder Vollversammlung aller Gruppen, die sich an der Blockade beteiligen, stattfinden. Bis dahin sollte ein regelmäßiger Rundbrief (evt. über Kassel) den Infofluß gewährleisten.

Ideen für Handbuch: Lagekarten – Funktion und Bedeutung von Weddewarden – Militär und Nato im Raum Unterelbe – Struktur der Blockade – Viele Tips zur Vorbereitung – Infrastruktur der Blockade usw.

Aktionsplanung für den 15.Oktober (Vorschlag der BIFA)
Vorläufer sind dezentrale örtliche Aktionen und Informationsarbeit. Die Ausgangsbedingungen für den Ablauf dieses Tages werden durch den Verlauf der Blockadeaktionen am Haupt- bzw. Nebeneingang der Carl-Schurz Kaserne gesetzt. So werden unter Umständen bereits am Samstagmorgen beide Zolleingänge in den Häfen, wie der Haupteingang der Kaserne blockiert. Das ist für den zeitlichen Ablauf deshalb wichtig, damit den Blockierern durch die Demonstrationszüge schnelle Unterstützung zukommt.

***. Zeitlicher Ablauf**
9.00 Anreise
9.00 - 10.30 Sternmarschförmig zur Stadthalle
11.00 - 12.30 Kundgebung
12.30 Abmarsch (Roter Sand 14.00/C.S.K. 15.00)
Abschluß und Rückmarsch je nach Lage (Abfahrtstermine ca. 21.00)
Ordner sind aus den Inis und Gruppen heraus zu stellen. Der Ablaufplan sollte diskutiert sein.

1. Anreise
Es soll drei Aufmarschpunkte geben:
Leher Bahnhof für Sonderzüge *Demozug A*
MBA für Busse und PKW's *Demozug B*
Schiffahrtsmuseum für PKW's und Fähren über die B6 *Demozug C*
Jeder Demozug muß über einen Lautsprecherwagen verfügen. A erreicht die Stadthalle über die Stresemannstr. und nimmt Aufstellung in der mittleren Position. B über MBA-Zufahrt, Aufstellung links. C über Columbusstr., Kellstr., Bürger, Lloydstr., Hafenstr., Aufstellung rechts.

2. Kundgebung
Auf dem Platz steht der 4.Lautsprecherwagen. Während der Aufstellung und zwischen den Reden (kurz) sollen bekannte Leute für ein gutes Rahmenprogramm sorgen.
Reden: Eine zum Heute, Hier und Warum (vom Unterweserausschuß); eine oder zwei von Vertretern von Befreiungsbewegungen (ANC, Kurden, ..)

3. Abmarsch
Der Abmarsch sollte aus dem Rahmen der Aufstellung heraus folgen: Der Demozug A und die Hälfte von B verläßt den Platz über die Straße an der SUAG und geht über Hafenstr., Langestr., Am Blink, Wursterstr. Richtung Kaserne. Die Züge sollen vom Kirchglockengeläut möglichst vieler Kirchen begleitet werden (beantragt). Jeder Zug führt mindestens einen Lautsprecherwagen mit, die besonders gut geschützt sein müssen. Der erste im 1.Drittel (ziemlich weit vorn), der 2. in der Mitte.
Aktionen: Die-Ins: Bürger/Hafenstr., bzw. Langestr., Am Blink zu Sirenengeheul. Diverse Malaktionen an öffentlichen Gebäuden. Sinnvoll sind Wandmalereien und ähnliches. Während der Demonstrationen: kurze Reden, Lieder, Parolen. Die Lautsprecherwagen sollten immer von Leuten aus der Demoleitung besetzt sein, die auch untereinander in Verbindung stehen sollten.

4. Rickmerstr./Roter Sand
a) Die Hafenroute ist erlaubt: Dann ist davon auszugehen, daß am Nebeneingang noch blockiert wird. Das Ziel besteht darin, beide Züge am Nebeneingang zu vereinigen. Weiteres siehe Aktionsrahmen. Der politische Erfolg wäre erreicht.
b) Die Hafenroute wird verboten:
1. Der Nebeneingang der C.S.K. müßte geräumt werden. Die Blockade verlagert sich vor den Roten Sand bzw.
2. er kann von den Kräften her nicht blockiert werden.
Diese Situation schließt die Hafenblockade durch BGS-Kräfte, die hinter den Zolltoren stehen werden, ein. Dieser Situation werden wir mit der Drohung, den Weg über die Kai-

serschleuse zu nehmen, begegnen und auch handlungsmäßig umsetzen. Der Hafen wäre dann total blockiert. Die Carl-Schurz Kaserne wäre nicht 'durch unsere Hände' umzingelt, aber eingeschlossen. Das politische Ziel einer Totalblockade wäre erreicht. Unter Umständen kann die Mesnchenkette entlang des Zollzaunes hergestellt werden. Aufgrund der örtlichen Verhältnisse und starker Massierung von BGS-Kräften wäre jeder Versuch, die politisch unverzichtbare Hafenroute durchzusetzen, zum Scheitern verurteilt, würde den Erfolg schmälern und dem Aktionsrahmen zuwiderlaufen.

5. Wurster Straße

Ab Weserportstr. bzw. Neubau des Zubringers sollte die Menschenkette aufgenommen werden. Die Blockierer am Haupteingang werden durch Demonstranten und einen Lautsprecherwagen unterstützt, die Menschenkette wird bis zum Zoll und gegebenenfalls bis zum Deich ausgedehnt.
Taktische Sitiuation wie unter 4.

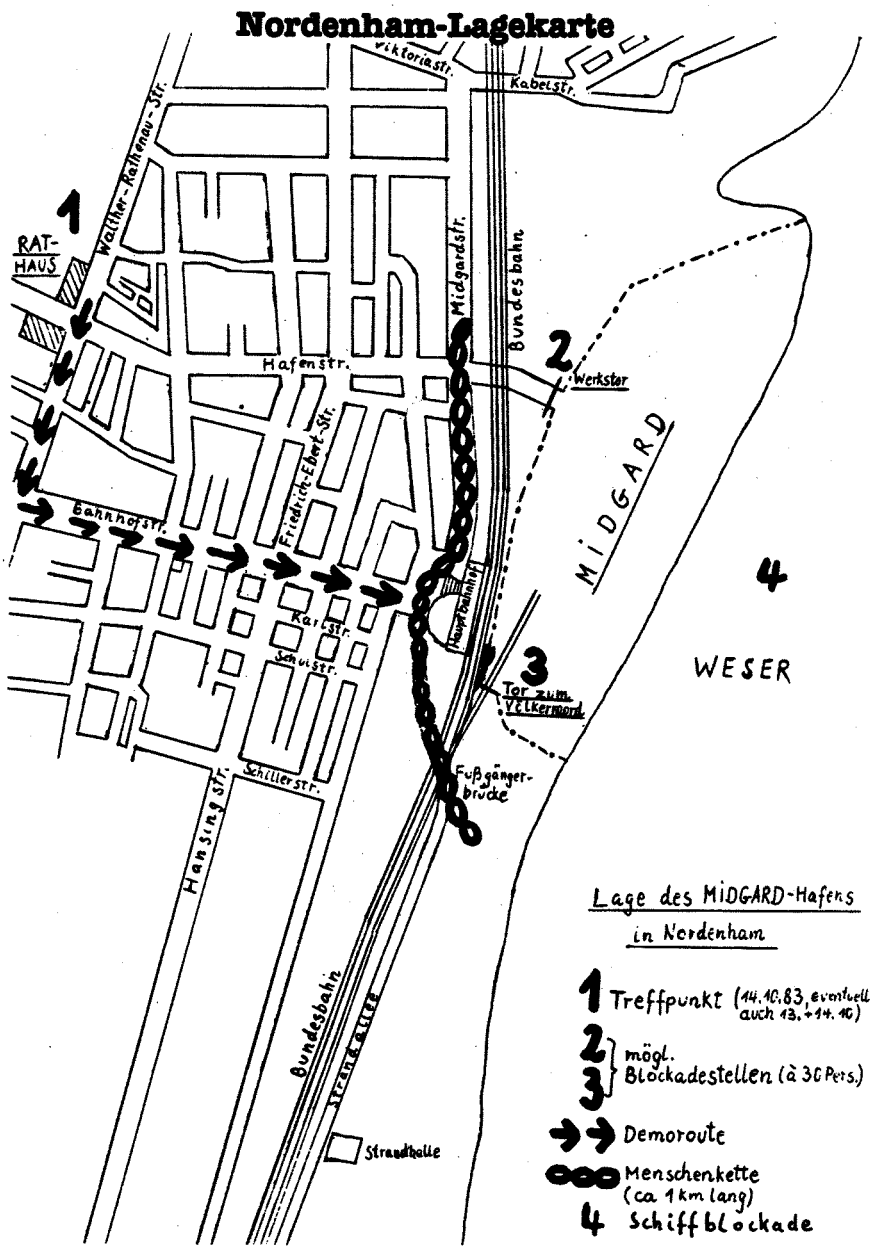
6. Abschluß

1. Abschlußkundgebungen im Falle 4b. am Haupteingang der Kaserne und Roten Sand oder
2. wie unter 4a (Aktionsrahmen)

7. Ein Verbot der Demonstration

insgesamt impliziert ein eigenes Konzept.
(folgt)

Achtung...Achtung...Achtung...Achtung-...Achtung..
Es gibt seit Ende Juni ein bundesweites Koordinierungsbüro der unabhängigen Friedensbewegung in Kassel. Das Büro gibt 14 tägig einen Rundbrief heraus, in dem alle wichtigen Fakten bundesweit zusammengestellt sind. Für alle Leute bzw. Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten, ist der Rundbrieg unentbehrlich. Bitte bestellt ihn (20.- DM Schein beilegen für dieses Jahr) bei:
Koordinationsbüro Ziviler Ungehorsam
Bodelschwinghstr.14
35 Kassel
Tel.0561/772121



Nordenham-Blockaden

Ablauf des 13. und 14.10 in Nordenham

Ziel ist an beiden Tagen den Midgardhafen nachhaltig zu blockieren (Wasser, Schiene, Straße), um politisch und praktisch zu demonstrieren, daß wir diese Aufrüstung (atomar, chemisch und konventionell) nicht länger hinzunehmen gedenken...
Praktisch wird dies folgendermaßen ablaufen:
Es ist davon auszugehen, daß an diesen beiden Tagen keine oder kaum Munition oder ähnliches dort umgeschlagen wird. Da »nur« ein Teil der Midgardarbeiter bzw. Angestellten (im Gegensatz zur Carl-Schurz Kaserne in Bremerhafen) im Rüstungsbereich arbeitet und das 'Verdrängungssyndrom' in Nordenham besonders groß ist (Umwelt-, AKW- und Rüstungskloake), wurde mit großer Mehrheit von den regionalen Vorbereitungsinitiativen beschlossen, die Midgardbeschäftigten an dem einen Blockadepunkt hinein bzw. heraus zu lassen (Gasse bilden, versuchen, Gespräche zu führen, Flugblatt, Veranstaltung etc.), die Güter jedoch voll zublockieren. Die Blockade wird in Bezugsgruppen stattfinden (stündlicher Wechsel, a cirka 30 Personen). Diese Bezugsgruppen sollen sich aus den regionalen Zusammenhängen heraus jeweils autonom, jedoch am Aktionsrahmen orientierend, auf die Blockade vorbereiten. Auf dem nächsten Treffen am 24.9. wird auch darüber entschieden, ob am 14. in Nordenham eine Demonstration stattfinden wird.
Alle Gruppen, die sich an den Aktionen in Nordenham (Achtung! Schiffsbesitzer! Vielleicht gibts ne Schiffblockade der Weser) und/oder Bremerhaven beteiligen wollen, wenden sich bitte schnellstens an folgende Kontaktadressen (dort gibts auch Info-Material usw.):

Zentrales Info-Büro für Bremerhaven-Nordenham der Unterweserkonferenz
Förderverein für Kommunikation und Kultur
Bürgermeister Smidtstr.209
2850 Bremerhaven
Tel.0471/412340

Informationsstelle für Nordenham
c/0 Ruth und Alwin de Buhr
Wartfelderstr.54
2890 Nordenham
Tel.04731/7483

Kontaktadressen

Energie-Broschüre aktuell

Die 2. Auflage der Energiebroschüre wird in allernächster Zeit in Druck gehen. Das, obwohl der Bundeshauptausschuß der GRÜNEN auf seiner Sitzung am 26.6.83 einen Zuschuß für das Projekt aus formalen und vordergründig finanztechnischen Gründen endgültig ablehnte!
Demgegenüber ist von vielen Kreis- und Landesverbänden der Grünen Geld in Form von Spenden oder Darlehen überwiesen worden, und auch eine Vielzahl von anderen Gruppen, Bürgerinitaitiven und Organisationen hat Gelder locker gemacht.
Das Kasseler Büro regt die folgenden Möglichkeiten zur weiteren Beschaffung finanzieller Mittel an:

1. Eine Möglichkeit sind Artikel in Alternativ- und Stadtzeitungen, in denen die Finanzlage des Projektes und das Projekt selber natürlich auch dargestellt und massiv zu Spenden aufgerufen wird.
2. Holger Strohm hat Bücher (von ihm selbst verfaßte) in einem Gesamtwert von 3.500 DM gespendet. Alle sollten sich überlegen, ob und wo sie die Bücher verkaufen wollen und die Werke dann in Kassel anfordern.
3. Schließlich kann das Energiebroschürenplakat als Medium zur Geldbeschaffung genutzt und eingesetzt werden.

Um die inhaltliche Diskussion über die Energiebroschüre weiterzuführen, drucken wir in dieser Ausgabe eine Stellungnahme von W. aus Kiel, einem der Autoren, ab.
Er setzt sich mit der Kritik der BUU Hamburg, die wir in der Nummer 34 veröffentlicht hatten, auseinander.

Kontakt und Konto:

Koordinationsbüro Energiebroschüre
c/o Umweltzentrum Kassel
Elfbuchenstraße 18
Tel. 0561/10 47 36

Stadtsparkasse Kassel
Nr. 199919
BLZ 520 501 51

DIE GRÜNEN

BREMEN

Am Dobben 92 2800 Bremen 1 Tel. 04 21/70 14 74
Konto: 43 41 61-201 PSchA Hamburg BLZ 200 100 20

15. Juli 1983

In die
Bundesgeschäftsstelle der
GRÜNEN

Betr. der Bitte um Weiterleitung
Bundesvorstand,Bundeshauptausschuss,Landesverbände,Bundes- und Landtagsfraktionen

Liebe!

Wißt, liegt den GRÜNEN ein Antrag der Energiebroschüren-
der Anti-Atom-Initiativen auf Mitfinanzierung der bundes-
Energiebroschüre in Höhe von DM 50.000.- vor.
weiter, daß dieser Antrag alt, schon mehrfach angemahnt
auf den vergangenen beiden BHA-Sitzungen besprochen
noch nicht entschieden ist.
Kommissionen und ihr Ergebnis haben uns ziemlich entsetzt.
den Eindruck, daß den GRÜNEN, die gegen eine Unterstützu
geredet haben, einige wesentliche Fakten aus dem
Ohr sind.
unsere Bundesrepublik langsam aber sicher mit Atom-
belastert wird - vielleicht ist da eine neuere Infor-
hilfreich, was sich auf diesem Sektor z.Zt.abspielt-,
ich schon vergessen, daß es ohne die Anti-AKW-
GRÜNEN wohl kaum geben würde.
auch, daß die Energieversorgungsunternehmen z.Zt.
Mark-Werbekampagne für die Atomenergie laufen
der Fakten die Antragsteller einerseits bürokratisch
traditioneller Manier und andererseits politisch-
eln: da fehlen uns die Worte!
Protokoll vom BHA beschlossen, dem Proje
tützung zu geben. Phantastisch! Nur da
zufrieden sein.
Bremen fordert alle Landesverb
BHA auf, die Sache nun end
r uns nicht nur lächer
hürenprojekt
ungen mit

DIE GRÜNEN IM LANDTAG

Schloßplatz 2, 6200 Wiesbaden
Tel. 06121/350-291

Wiesbaden,19.5.83

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG
GESCHÄFTSFÜHRUNG
5300 BONN

Liebe Freunde,

Die Verteilung der "Energie Broschüre" ist zur Zeit die einzige bundesweite Initiative der Anti-AKW-Bewegung,abgesehen von den Aktionen und offensiven der Standort-BI's.Dieses wurde auch auf dem bundesweiten Treffen der Initiativen vom 7./8.5.83 in Gorleben deutlich.

Es ist unverständlich,weshalb Ihr ... gesagt,zumal ein sehr ... weiter

Diskussionsbeitrag

Zunächst einmal: es ist eine gewollte Absicht der »Energiebroschüre« gewesen, eine kontroverse Diskussion um alle Fragen der AKW's und der Energieversorgung zu fördern. Schade ist, daß sich die BUU Hamburg an der tatsächlich mühseligen Erarbeitung nicht beteiligt hat. Das im Unterschied zur Bremer Stadtteilgruppe Gete, die ähnliche inhaltliche Auffassungen vertritt, wie sie aus der Kritik der BUU deutlich werden, und was sehr befruchtend gewirkt hat.

Die Kritik der BUU mit der Konsequenz der Nichtverteilung, ist gegliedert in die Punkte »Unvollständigkeit« und »Politische Bedenken«.

Zur Unvollständigkeit«:

-Es werden eine Reihe wichtiger Punkte aufgeführt, die in der »Energiebroschüre« fehlen, eher: den Kritikern zu verkürzt behandelt erscheinen mit der entsprechend geschlußfolgerten und tatsächlich vorhandenen Möglichkeit von Falschaussagen bzw. der Möglichkeit von Fehlschlüssen. Das ist richtig, beide Möglichkeiten sind drin und man kann das so sehen. Daraus läßt sich aber konsequent nur eines folgern: Auf das »Projekt Energiebroschüre« hätte verzichtet werden müssen. Denn man kann diesen Kritikansatz noch weiter treiben: Selbst ein Punkt allein (z.B. Energiewirtschaftsgesetz/Monopolproblematik der EVU's, aber auch andere) läßt sich in Form einer Broschüre nur unzureichend behandeln. Und es wäre völlig witzlos, überhaupt so eine Form der Veröffentlichung in's Auge zu fassen. Entweder man macht 20 oder mehr dicke Rampfen (das heißt Schwarten!) zu allen wichtigen Punkten (was erkennbar nicht drin war und ist) oder man läuft Gefahr, bei der Beschränkung auf einen Punkt nur entsprechend punktuelle Interessen abzudecken. Beides tauchte übrigens viele Male bei der Vorbereitung der Broschüre auf, wobei zwei Argumente immer wieder den Ausschlag gaben, weiterzumachen: Erstens, daß die Broschüre eine Stütze sein soll in Verbindung mit konkreten Aktionen vor Ort (ansonsten ist sie tatsächlich eher langweilig!). Und zweitens, daß in der inhaltlichen Gestaltung und im Aufbau der »AKW-Nee-Position« hinausgegangen werden muß, was nur geht vom stofflichen Ansatz der Energieversorgung selber. Dies mit allen daraus folgenden notwendigen Einschränkungen in der Behandlung einzelner Themen. Beide Gesichtspunkte leiten über zu dem zweiten Kritikschwerpunkt

»Politische Bedenken«:

-Auch dies ist oft und gerade in Auseinandersetzung mit den Gete-Positionen diskutiert worden. Haarig wird das Ganze für die BUU an dem Punkt, wo stillschweigend angeblich Positionen der Anti-AKW-Bewegung aufgegeben würden. An dieser Kritik sind mehrere Sachen fragwürdig:

Erstens: Was ist eigentlich die Anti-AKW-Bewegung und was sind ihre Positionen? Ich habe einen wichtigen Fortschritt in den ganzen Debatten darin gesehen, daß z.B. solche Erscheinungen wie Auseinandersetzung um kommunale Energieversorgung endlich auch mal als objektiver Teil »der Bewegung« akzeptiert wurden (inhaltliche Ausweitung). Ein Fortschritt war auch, daß Leute/BI's, die nicht von stillschweigender konsequenter Antistaatlichkeit ausgehen (so berechtigt diese Position auch sein mag, aber es ist eben nur eine), als Teil der Bewegung angesehen wurden (politische Ausweitung). Etwas polemisch zugespitzt würde ich die Position der BUU so sehen: Der Bau von AKW's nützt der Kapitalistenklasse, der Staatsapparat hat dabei den ausschließlichen Zweck, das Kapitalverwertungsinteresse gegenüber dem Volk durchzusetzen. Daraus folgt, daß für »die Bewegung« nur Abwehrkämpfe im Sinne von »AKW-Nee« mit radikalen Formen möglich und erfolgversprechend sind. Und was die Energieversorgung betrifft, zerbrechen wir uns nicht den Kopf der Kapitalisten.

Daß das nicht hinhaut, hat doch die Praxis selber zur Genüge gezeigt, auch und gerade an dem Schwerpunkt Hamburg/Brokdorf. Mir geht es nicht um die Richtigkeit dieser Auffassung, sondern darum, daß es eben nur eine aus einem ganzen Spektrum unterschiedlicher ist. Nicht zuletzt hat dies die Beteiligung an der Erstellung der Broschüre bewiesen und auch die Abstimmung auf der Kasseler Buko.

Der von der BUU nicht ausformulierte, aber stillschweigend unterstellte Reduktionismus in Bezug auf die Inhalte und die politischen Formen der Bewegung ist meiner Meinung nach auch eine der Ursachen für dir gegenwärtige Resignation! Oder sind »die Leute« etwa schuld??

Zweitens: Die BUU schreibt:»Warum stillschweigend von einer Grundposition der Anti-AKW-Bewegung, der Forderung nach sofortiger Abschaltung aller AKW's, abgegangen wird zugunsten einer (vorübergehenden, übergangsweisen) Tolerierung von Atomenergie, sollte einmal von den Autoren erläutert werden.«

Was heißt »sofortige Stillegung« konkret? Morgen den großen Hebel runterreißen?? Ich halte das für genauso konsequent wie illusionär. So einfach läuft das nämlich auch mit den Stromüberkapazitäten nicht. Allenfalls in der Bartelsstraße in Hamburg und auf dem Papier durch die Addition von 3 Zahlen!

Wenn es z.B. gelänge, durch politischen Druck verbindliche Stillegungspläne für z.B. die AKW', Brunsbüttel und Stade durchzusetzen, bezogen durchaus auf einen 2- oder 5-jährigen Zeitraum (je kürzer, desto besser), wäre mehr gewonnen als durch 5 Jahre Festhalten an der reinen Lehre, die so nicht aktionseinheitsfähig ist, und in der Realität laufen die AKW's und zwar immer mehr.

Der Ansatzpunkt für solche Überlegungen ist eben nicht die »stillschweigende Aufgabe von Positionen der Anti-AKW-Bewegung«, sondern der, eine möglichst breite Front aufzubauen, ohne vom Ziel abzugehen. Wenn jemand sagt: Wenn morgen alle AKWs abgeschaltet werden, bricht als erstes mal das Stromnetz zusammen. Bestenfalls kann aus dem Verbundnetz zugekauft werden, was das Problem dann aber nur auf z.B. die Franzosen verlagert. Wo ist der Ersatz für die AKWs (und die großen, alten Kohledreckschleudern!!), z.B. in Form von kleinen Heizkraftwerken? Wenn das nicht beantwortet wird, kommt man nicht weiter! Fazit: die Forderung nach sofortiger STillegung aller AKWs verliert nur dann ihren zwar berechtigten und abstrakt richtigen Charakter zugunsten eines politisch um- und durchsetzbaren, wenn sie eingebunden ist in Überlegungen zur Gestaltung der Energieproduktion und -verteilung insgesamt mit ganz konkreten Vorstellungen auch, was die zeitlichen Abläufe der Stillegung angeht. Und noch eines: Ich glaube, daß nur von einem solchen Ansatz her Fortschritte in Bezug auf das Monopolproblem bei den EVUs gemacht werden können.

Was auch noch für eine Beurteilung wichtig ist: die Broschüre ist ausdrücklich nicht als »Schulungsmaterial« für BIs gedacht. Sie wendet sich in 1. Linie an Leute, die bislang eher wenig mit der Gesamtproblematik zu tun hatten, theoretisch und praktisch. Auch deswegen hat sie nicht nur die Seite »Warum keine AKWs«, sondern gerade auch die der inhaltlichen Alternative. Zugegeben, auf Kosten des inhaltlichen Tiefgangs und bei Gefahr schiefer Aussagen. Sowieso fängt damit ja erst die Politik, d.h. die Umsetzung an.

Ich sehe das Problem auch weniger in der Broschüre selbst: wenn sie Widerspruch herausfordert, kontroverse Diskussionen fordert, ist ein wesentlicher Zweck erreicht. Wenn diese Seite mit konkreten Aktionen/konkreter Politik vor Ort verbunden wird, ist der Zweck, den diese Broschüre haben kann, voll erfüllt. Sie soll ja nicht die Bibel der Anti-AKW-Bewegung sein!

Die Kritik der BUU Hamburg ist sicher an vielen Punkten berechtigt, was die Unzulänglichkeit der Inhalte angeht. Das war aber von vornherein allen Beteiligten selber klar. Nur: aus dieser Kritik ergeben sich für die BUU aber nur allerlei Spekulationen, was wohl jetzt alles aufgegeben würde. Und das ist dünn! Wäre es nicht besser, ihr würdet euch z.B. mit der GAL-Energiegruppe und anderen Leuten zusammmensetzen, die Inhalte vertiefen und euch gemeinsam an der Auseinandersetzung um die Hamburger Energiepolitik beteiligen? Ihr würdet wahrscheinlich nicht nur schnell merken, daß soherum die Broschüre sehr wohl ihren begrenzten Zweck erfüllen kann, sonder auch, daß man aus einer gewissen Lethargie heraus kommt, was immer so gern als »Krise der Bewegung« beschworen wird. Der Sache insgesamt uns auch konkret dem Kampf gegen das AKW Brokdorf wäre damit mehr gedient!

Willi Voigt, Kiel

Dieses Foto hat uns Günter Zint zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt. Es wird auch in seinem bald erscheinenden Buch »Fluß-lauf« zu sehen sein. Das Sulzhoftal in Nordhessen soll einer Schnellbahntrasse der Bundesbahn Platz machen.

www.sekdorg
Digitized 2016